

RESOCONTO STENOGRAFICO - SITZUNGSBERICHT

Ore 10.22

VORSITZ VIZEPRÄSIDENT DENICOLÒ
PRESIDENZA DEL VICE PRESIDENTE DENICOLÒ

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Sitzung und bitte um den Namensaufruf.

PINTER: *(Segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Danke! Die Sitzung ist somit eröffnet. Es haben sich folgende Kolleginnen und Kollegen entschuldigt: Amistadi, Berger, Biancofiore, Bombarda, Cogo, Durnwalder, Magnani, Widmann und Zorzi.
Ich bitte um die Verlesung des Protokolls.

PINTER: *(Segretario):(legge il processo verbale)*
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine.

Mitteilungen gibt es auch keine. Dann gehen wir in der Bearbeitung des vorliegenden **GESETZENTWURFES NR. 11: Neuordnung der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen – öffentliche Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste** - *eingbracht vom Regionalausschuss* weiter. Wir sind beim Art. 7.

Art. 7
(Präsident)

1. Der Präsident des Verwaltungsrates ist der gesetzliche Vertreter des Betriebs, er pflegt die institutionellen Beziehungen mit den anderen Rechtssubjekten des integrierten Systems sozialer und soziosanitärer Dienste und Maßnahmen, mit den Nutznießern der Dienste und ihren Vertretungen sowie mit den örtlichen Gemeinschaften; er regt die Betriebsstrategien an und entwickelt sie.

2. Dem Präsidenten obliegen folgende Aufgaben:

- a) Er beruft die Sitzungen des Verwaltungsrates ein, führt den Vorsitz und erstellt die Tagesordnung.
- b) Unbeschadet anders lautender Satzungsbestimmungen ernennt er unter den Mitgliedern des Verwaltungsrates seinen Stellvertreter, der ihn bei Abwesenheit oder Verhinderung vertritt.
- c) Er gewährt dem Direktor vergütete Sonderbeurlaubungen und Wartestand.
- d) Er erteilt dem Direktor die Ermächtigung für Gelegenheitsarbeiten, die mit seinem Amt vereinbar und außerhalb der Dienstzeiten auszuführen sind.

e) In den von der Satzung vorgesehenen Fällen übt er die Aufgaben gemäß Artikel 6 Absatz 2 - ausgenommen jene laut Buchstaben a), b), e) und j) - aus, die ihm vom Verwaltungsrat zum Teil oder zur Gänze übertragen werden.

3. Der Präsident kann direkt in die Durchführung der Zuständigkeiten des Verwaltungsrates eingreifen und zu diesem Zweck vom Direktor die notwendigen Informationen anfordern.

PINTER:

Art. 7 (Presidente)

1. Il presidente del consiglio di amministrazione ha la rappresentanza legale dell'azienda; cura i rapporti istituzionali con gli altri soggetti del sistema integrato di interventi e servizi sociali e socio-sanitari, con l'utenza e le relative rappresentanze, con le comunità locali; dà impulso e promuove le strategie aziendali.

2. Il presidente:

- a) convoca e presiede le sedute del consiglio di amministrazione, e ne stabilisce l'ordine del giorno;
- b) salva diversa previsione dello statuto, nomina, tra i componenti del consiglio di amministrazione, il vicepresidente, il quale sostituisce il presidente in caso di assenza o impedimento;
- c) concede al direttore i congedi straordinari retribuiti e le aspettative;
- d) autorizza il direttore a prestare attività occasionali non incompatibili al di fuori dell'orario di servizio;
- e) nei casi consentiti dallo statuto, esercita le funzioni di cui al comma 2 dell'articolo 6, che gli siano in tutto o in parte delegate dal consiglio di amministrazione, eccettuate in ogni caso quelle di cui alle lettere a), b), e) e j).

3. Il presidente può integrare direttamente l'istruzione degli affari di competenza del consiglio di amministrazione, e a tal fine chiede al direttore tutti i necessari elementi di informazione.

PRÄSIDENT: Gibt es Stellungnahmen zum Art. 7? Keine. Dann wird darüber abgestimmt. Wer spricht sich für den Art. 7 aus? Dagegen? Enthaltungen? Bei 12 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Art. 7 genehmigt.

Art. 8 (Vergütungen, Beurlaubungen, Kostenrückerstattungen und Versicherungen)

1. In der allgemeinen Betriebsordnung werden die Vergütungen und die Kostenrückerstattungen für die Verwalter festgelegt, und zwar gemäß den vom Regionalaussschuss nach Anhören der Vertretungsvereinigungen auf Landesebene festgesetzten Kriterien.

2. Die Fälle, in denen den Verwaltern, dem Direktor und dem Personal die Rückerstattung von Gerichts- und Anwalts- sowie Sachverständigenkosten zusteht, werden in der allgemeinen Betriebsordnung sowie in der Personalordnung geregelt.

3. Für die Mitglieder des Verwaltungsrats gelten die Bestimmungen

laut Artikel 79 Absatz 3 und 4 sowie der Artikel 81, 85 und 86 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 18. August 2000, Nr. 267.

4. Die Betriebe schließen zugunsten der Verwalter und des Personals eine Versicherung für die zivilrechtliche Haftung gegenüber Dritten sowie zwecks Abdeckung der mit der Ausübung der jeweiligen Aufgaben verbundenen Risiken ab.

PINTER:

Art. 8

(Compensi, permessi, rimborso spese e assicurazioni)

1. Il regolamento di organizzazione generale dell'azienda determina i compensi e i rimborsi spettanti agli amministratori, sulla base dei criteri definiti dalla Giunta regionale sentite le associazioni rappresentative a livello provinciale delle aziende.

2. Il regolamento di organizzazione generale e il regolamento per il personale disciplinano le ipotesi nelle quali agli amministratori, al direttore, e al personale, è dovuto il rimborso di spese giudiziarie, legali e peritali.

3. Nei confronti dei componenti del consiglio di amministrazione trovano applicazione gli articoli 79, commi 3 e 4, 81, 85 e 86 del decreto legislativo 18 agosto 2000, n. 267.

4. Le aziende stipulano polizze assicurative per gli amministratori e per il personale contro i rischi di responsabilità civile verso terzi, nonché contro qualsiasi altro rischio connesso alle mansioni.

PRÄSIDENT: Der Abänderungsantrag, Prot. Nr. 762/9, ist zurückgezogen. Es gibt keine weiteren Anträge. Gibt es Wortmeldungen zum Artikel selbst? Keine. Dann stimmen wir darüber ab. Wer spricht sich für den Art. 8 aus? Dagegen? Niemand. Enthaltungen? Bei 9 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Artikel genehmigt.

Art. 9

(Direktor)

1. Der Direktor wird vom Verwaltungsrat gemäß den in der Satzung festgelegten Kriterien - auch unabhängig von den Planstellen - mit begründeter Maßnahme aufgrund seiner beruflichen und technischen Fähigkeiten und Erfahrung ernannt. In den von der regionalen Verordnung vorgesehenen Fällen kann auch ein nicht im Rang der Führungskräfte eingestufte Bediensteter des Betriebs zum Direktor ernannt werden, sofern er die erforderliche berufliche und technische Erfahrung nachweisen kann und der leitenden Ebene angehört.

2. Die Führung und die Verwaltungstätigkeit des Betriebs, einschließlich des Ergreifens von Maßnahmen, welche die Verwaltung nach außen verpflichten, fallen unter die Zuständigkeit des Direktors, dem autonome Befugnisse in Hinblick auf die Ausgaben, das Management der Humanressourcen, die materiellen Ressourcen und die Kontrolle zustehen.

3. Der Direktor ist in Bezug auf die vom Verwaltungsrat für die Verwaltungstätigkeit vorgegebenen Zielsetzungen und allgemeinen Richtlinien sowie im Rahmen der ihm zugewiesenen Ressourcen und Befugnisse für eine

ordnungsgemäße Verwaltung und eine effiziente und wirksame Führung verantwortlich.

4. Der Direktor stellt Kopien der Betriebsakte aus und beglaubigt sie; er arbeitet mit den Organen des Betriebs zusammen, unterstützt sie unter dem juristischen und verwaltungstechnischen Gesichtspunkt und in Bezug auf die Rechnungslegung, so dass die Verwaltungstätigkeit den Gesetzen, der Satzung und den Betriebsordnungen entspricht; er gibt verwaltungstechnische sowie - sofern es keinen Verantwortlichen für das Rechnungsamt gibt – buchhaltungstechnische Stellungnahmen zu den Beschlüssen des Verwaltungsrates ab; er sorgt für die Durchführung der Maßnahmen des Verwaltungsrates und ist für die Bearbeitung der Beschlüsse verantwortlich.

5. Der Direktor führt den Vorsitz der Kommissionen bei Vergabeverfahren und Wettbewerben, schließt Verträge ab und ist für die diesbezüglichen Verfahren zuständig; er veranlasst die Veröffentlichung der mit diesem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen und leitet letztere, falls erforderlich, an das Kontrollorgan weiter.

6. Sollte der Direktor abwesend oder verhindert sein oder sollte er ein besonderes Interesse in Zusammenhang mit der Beschlussfassung haben, so werden gemäß der regionalen Verordnung die in seine Zuständigkeit fallenden Aufgaben vom stellvertretenden Direktor wahrgenommen. Bei Nichtvorhandensein des Stellvertreters werden die Aufgaben von einem im Rang der Führungskräfte eingestufteten Bediensteten, der vom Verwaltungsrat unter dem in Betriebsangelegenheiten sachkundigen Personal des Betriebs oder einer anderen öffentlichen Verwaltung gewählt wird, ausgeführt.

7. In der Betriebsordnung werden die Modalitäten festgesetzt, nach denen der Direktor den Verwaltungsrat und den Präsidenten über die wichtigsten Akte des Betriebs unterrichtet.

PINTER:

Art. 9
(Direttore)

1. Il direttore è nominato, sulla base dei criteri definiti dallo statuto, dal consiglio di amministrazione, anche al di fuori della dotazione organica, con atto motivato in relazione alle caratteristiche ed all'esperienza professionale e tecnica del prescelto. Nei casi previsti dal regolamento regionale, può essere incaricato della direzione un dipendente dell'azienda non appartenente alla qualifica dirigenziale, purché dotato della necessaria esperienza professionale e tecnica e comunque appartenente all'area direttiva.

2. La gestione e l'attività amministrativa dell'azienda, compresa l'adozione degli atti che impegnano l'amministrazione verso l'esterno, sono affidate al direttore, cui competono autonomi poteri di spesa, di organizzazione delle risorse umane, strumentali e di controllo.

3. In relazione agli obiettivi e alle direttive generali per l'azione amministrativa, indicati dal consiglio di amministrazione, e nei limiti delle risorse assegnate e delle attribuzioni conferite, il direttore è responsabile della correttezza amministrativa e dell'efficienza e dell'efficacia della gestione.

4. Il direttore autentica e rilascia copia degli atti dell'azienda; svolge compiti di collaborazione e funzioni di assistenza giuridico amministrativa e

contabile nei confronti degli organi dell'azienda in ordine alla conformità dell'azione amministrativa alle leggi, allo statuto ed ai regolamenti; esprime parere tecnico-amministrativo, nonché contabile ove non esista il responsabile della ragioneria, sulle deliberazioni del consiglio di amministrazione; cura l'attuazione dei provvedimenti del consiglio di amministrazione ed è responsabile dell'istruttoria delle deliberazioni.

5. Il direttore presiede le commissioni di gara e di concorso, stipula i contratti ed è responsabile delle relative procedure; provvede alla pubblicazione dei provvedimenti previsti dalla presente legge e al loro invio all'organo di controllo, ove necessario.

6. In caso di assenza o impedimento del direttore, o qualora egli abbia un particolare interesse in ordine alla deliberazione, secondo quanto previsto dal regolamento regionale, le funzioni di sua competenza sono esercitate dal vicedirettore o, in mancanza, da un funzionario di area direttiva, individuato dal consiglio di amministrazione, tra i dipendenti dell'azienda o di altra amministrazione pubblica, esperti in materia di aziende.

7. Il regolamento di organizzazione generale disciplina le modalità con le quali il direttore informa il consiglio di amministrazione e il presidente in ordine ai principali atti di gestione.

PRÄSIDENT: Es liegen nun folgende Abänderungsanträge vor: Prot. Nr. 1024/1, Nr. 762/10, 1024/2 und 762/11, die in entsprechender Reihenfolge behandelt werden.

Ich verlese den Antrag Prot. Nr. 1024/1, eingebracht von den Abg. Lunelli, Casagrande, Stocker und anderen:

Artikel 9 Absatz 2 wird durch den nachstehenden ersetzt: „2. Die Führung und die Verwaltungstätigkeit des Betriebs fallen unter die Zuständigkeit des Direktors, dem das Management der Humanressourcen, der materiellen Ressourcen und die Kontrolle in Bezug auf die Bestimmungen laut Art. 2 Abs. 4 zustehen“. – Il comma 2 dell'art. 9 è così sostituito: „2. La gestione e l'attività amministrativa dell'azienda sono affidate al direttore cui compete l'organizzazione delle risorse umane, strumentali e di controllo in riferimento a quanto previsto dall'articolo 2, comma 4“. Gibt es Wortmeldungen dazu? Dies ist nicht der Fall. Dann wird darüber abgestimmt. Wer spricht sich für den Abänderungsantrag aus? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Bei 11 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Antrag angenommen.

Der Abänderungsantrag Prot. Nr. 762/10 ist zurückgezogen.

Wir kommen zum Antrag Prot. Nr. 1024/2: Im Artikel 9 Punkt 5 werden die Worte „schließt Verträge ab“ gestrichen. – Al punto 5 dell'articolo 9, le parole „stipula contratti“ sono soppresse. Gibt es Wortmeldungen dazu? Keine. Wer spricht sich für den Antrag aus? Wer ist dagegen? Niemand. Enthaltungen? Bei 10 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Antrag genehmigt.

Der nächste Antrag, Prot. Nr. 762/11: Im Art. 9 Abs. 6 werden die Worte „vom stellvertretenden Direktor wahrgenommen. Bei Nichtvorhandensein des Stellvertreters werden die Aufgaben von einem im Führungsrang eingestufteten Bediensteten, der vom Verwaltungsrat“ durch die Worte „von einem Bediensteten, der vom Verwaltungsrat unter Beachtung der Tarifverträge“ ersetzt. – All'articolo 9, comma 6, le parole „dal vicedirettore o, in

mancanza, da un funzionario dell'area direttiva, individuato dal consiglio di amministrazione," sono sostituite dalle parole „da un funzionario individuato dal consiglio di amministrazione, nel rispetto dei contratti collettivi,“.

Abg. de Eccher, Sie haben sich zu Wort gemeldet.

de ECCHER: Per fare presente al Presidente che esiste, da parte dei consiglieri, una oggettiva difficoltà nel seguire i lavori, perché noi abbiamo gli emendamenti a blocchi, presentati in una cadenza temporale e continuata nel tempo, con effettive difficoltà, forse per il futuro sarebbe meglio predisporre il materiale in modo diverso. Se a questo si aggiunge che siamo nella condizione di dover operare mediante le cuffie per sentire quelle che sono le sue parole, che a mio giudizio dovrebbero comunque essere ripetute anche in italiano, questo quadro complessivo ci mette nella condizione di non poter lavorare nelle condizioni migliori.

PRÄSIDENT: Danke für den Hinweis. Ich werde mir Zeit lassen und zwar so, dass meine Muttersprache übersetzt werden kann und die Abänderungsanträge werde ich langsam vorlesen, dass Sie auch die Zeit finden, die entsprechenden Anträge herzurichten. Inzwischen werden wir versuchen, die nächsten Anträge entsprechend zu ordnen und Ihnen dann zu übergeben. Danke auch für den Hinweis und wir werden darauf achten.

Nun noch einmal zum Abänderungsantrag Prot. Nr. 762/11. Gibt es Wortmeldungen dazu? Es sind Erläuterungen erwünscht. Ich ersuche den Regionalausschuss um Erläuterungen.

STOCKER: Danke, Herr Präsident! Hier nur eine allgemeinere Formulierung. Wir hatten ursprünglich den Vizedirektor vorgesehen. Hier wird eine allgemeinere Formulierung genommen, allerdings nachher auf den Kollektivvertrag Bezug genommen und somit kann es der Vizedirektor sein, aber auch eine andere Person.

PRÄSIDENT: Danke! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stimmen wir über den Antrag des Regionalausschusses ab. Wer spricht sich dafür aus? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Bei 5 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen wird der Antrag angenommen. Möchte jemand zum Art. 9 insgesamt Stellung nehmen? Nein. Dann wird darüber abgestimmt. Wer spricht sich für den so abgeänderten Art. 9 aus? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Bei 7 Enthaltungen und dem Rest dafür ist Art. 9 genehmigt.

Wir kommen zum Art. 10:

Art. 10

(Gemeinsamer Führungsauftrag)

1. Der Betrieb kann mit anderen Betrieben eine Vereinbarung abschließen, um einen einzigen Direktor mit der Führung zu beauftragen.

2. In der Vereinbarung werden die Dauer und die Modalitäten des vom Direktor in den verschiedenen Betrieben zu leistenden Dienstes, die zustehende Besoldung sowie die Kriterien für die Kostenaufteilung festgelegt.

PINTER:

Art. 10
(Incarico della direzione in forma associata)

1. L'azienda può stipulare una convenzione con altre aziende per l'affidamento dell'incarico di direzione ad un unico direttore.

2. La convenzione definisce la durata e le modalità della prestazione del servizio del direttore nelle varie aziende, gli emolumenti spettantigli, i criteri per il riparto della spesa.

PRÄSIDENT: Zum Art. 10 gibt es keine Abänderungsanträge. Gibt es Wortmeldungen zum Artikel selbst? Niemand. Dann stimmen wir ab. Wer spricht sich für den Art. 10 aus? Dagegen? Enthaltungen? Bei 7 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Art. 10 mehrheitlich genehmigt.

Art. 11
(Interne Kontrolle)

1. Die Betriebe müssen Mittel und Organe für die Kontrolle der verwaltungs- und buchhaltungstechnischen Ordnungsmäßigkeit, für die Betriebsführung, für die Bewertung der Führungskräfte sowie für die strategische Planung und Kontrolle vorsehen.

2. Die Modalitäten betreffend die Einsetzung und Tätigkeit der Kontroll- und Bewertungsorgane werden unter Beachtung der im Gesetz und in der Verordnung der Region vorgesehenen Grenzen in der Betriebsordnung geregelt. Die Verordnung der Region kann einheitliche Kriterien zur Ausübung der Kontroll- und Bewertungstätigkeit festsetzen.

PINTER:

Art. 11
(Controllo interno)

1. Le aziende si dotano degli strumenti e degli organi di controllo di regolarità amministrativa e contabile, di gestione, di valutazione della dirigenza, di valutazione e controllo strategico.

2. Le modalità di costituzione e di funzionamento degli organi di controllo e di valutazione sono disciplinate con regolamento dell'azienda, entro i limiti stabiliti dalla legge e dal regolamento regionale. Il regolamento regionale può stabilire standard uniformi per l'esercizio delle funzioni di controllo e di valutazione.

PRÄSIDENT: Zu diesem Artikel gibt es einen Abänderungsantrag, Prot. Nr. 425/4, eingebracht vom Abg. Catalano, der folgendermaßen lautet: All'art. 11 è aggiunto il comma 3: „3. L'azienda deve predisporre una carta dei servizi ed un apposito comitato misto amministrazione-utenti o loro rappresentanti per l'attuazione dei principi e delle modalità operative previste nelle carte di servizio.“. - Im Artikel 11 wird der nachstehend angeführte Absatz 3 eingefügt: „3. Der Betrieb muss eine Dienstcharta erarbeiten und ein aus der Verwaltung und den Nutznießern der Dienste oder ihren Vertretern zusammengesetztes

Komitee für die Anwendung der in der Dienstcharta vorgesehenen Grundsätze und für deren Umsetzung einsetzen.“

Der Einbringer hat das Wort zur Erläuterung.

CATALANO: Diciamo che in parte questo emendamento non è una novità, per quello che riguarda perlomeno il Trentino, dove le RSA hanno già prevista una carta dei servizi. La novità sta qui nell'introdurre questo criterio come criterio generale e di normatizzarlo e dall'altro lato quello di prevedere, anche per quello che riguarda l'applicazione della carta dei servizi che la sua gestione, attuazione sia sorvegliata e gestita da un comitato misto, amministrazione utenti o loro rappresentanti.

L'altro aspetto è che di solito la carta dei servizi è esclusivamente per quello che riguarda i servizi sanitari e non i servizi assistenziali. Noi riteniamo quindi che sarebbe utile introdurre una carta dei servizi che invece riguarda il complesso delle prestazioni che vengono gestite ed attuate all'interno dell'ente stesso.

Credo che questo sia da un lato un criterio di trasparenza e di chiarezza e da un lato permetta anche una partecipazione migliore, sia del personale che degli utenti che della gestione dell'IPAB da un punto di vista democratico nella gestione dei servizi. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Stellungnahmen dazu? Keine.

Bitte Assessorin Stocker.

STOCKER: Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die meisten öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen diese Dienstcharta bereits besitzen. Insofern halte ich es für überflüssig, das hier noch einmal anzuführen, nachdem es auch bereits in staatlichen Gesetzen geregelt ist und die meisten sich dieser Dienstcharta bedienen.

Zum Zweiten denke ich, ist es sicher sehr wichtig, eine Reihe von Komitees und Mitspracheformen im Sinne der Transparenz, der Demokratisierung vorzusehen. Ich denke besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass wir Formen der Mitbeteiligung, der Mitbestimmung, der Mitsprache der Angehörigen der Pflegebedürftigen, der alten Menschen vorgesehen haben und das haben wir bereits in einem vorhergehenden Artikel gemacht und ich glaube, dass diese Form besonders von Nutzen ist, um die beste Dienstleistung für die älteren Menschen in diesen Strukturen zu gewährleisten. Insofern halte ich diesen Abänderungsantrag für überflüssig und setze mehr darauf, dass wir die anderen Formen tatsächlich so gut als möglich umsetzen.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Antrag des Abg. Catalano ab. Wer spricht sich dafür aus? 8. Dagegen? ... So geht es nicht. Wir wiederholen die Abstimmung. Wer spricht sich für den Antrag aus? Wer spricht sich dagegen aus? Wer enthält sich der Stimme? Bei 12 Jastimmen, 23 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Wer möchte zum Artikel selbst Stellung nehmen? Bitte, Kollege Catalano.

CATALANO: Mi asterrò sull'art. 11, visto che non è passato l'emendamento, che l'assessore ha ritenuto superfluo. Capisco che superfluo non era, perché evidentemente quello che solo in parte è stato fatto è solo in Trentino. Evidentemente l'assessore è preoccupato per la situazione della gestione del Sudtirolo-Alto Adige e quindi ha deciso di non ritenere che queste garanzie invece vadano estese nel territorio che ritiene più di sua competenza.

In realtà non era un di troppo, ma era soltanto mettere in maniera chiara quelli che sono i diritti e le esigibilità dei diritti.

Adesso che questo non è passato, non potrò pronunciarmi a favore dell'articolo, così come è scritto.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Stellungnahmen? Keine. Dann wird über den Art. 11 abgestimmt. Wer spricht sich dafür aus? Wer enthält sich der Stimme? Dagegen? Bei 3 Gegenstimmen, 12 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Art. 11 genehmigt.

III. KAPITEL

Errichtung, Zusammenschluss, Auflösung und Umwandlung der Betriebe in juristische Personen des privaten Rechts

Art. 12 (Errichtung)

1. Die Errichtung des Betriebs wird mit einer Ermessensmaßnahme der Landesregierung auf Antrag von natürlichen Personen oder von Körperschaften privaten Rechts mit oder ohne Rechtspersönlichkeit oder von öffentlichen Körperschaften unter Beachtung der entsprechenden Bestimmungen verfügt.

2. Dem Antrag sind die Gründungsakte oder der Gründungsbeschluss sowie die Satzung beizulegen. Die Autonome Provinz fordert von Amts wegen die Genehmigung der Satzung seitens der Region an. Die Gründungsakte kann durch Testament entstehen und die Errichtung kann bei nicht gerechtfertigter Untätigkeit der zur Vorlegung des Antrags befähigten Person von Amts wegen erfolgen.

3. Für die Anerkennung ist es auf jeden Fall unabdingbar, dass das Vermögen für die Verwirklichung des Zieles angemessen ist; der Vermögensbestand ist anhand entsprechender, dem Antrag beizulegender Unterlagen nachzuweisen.

4. Die Anerkennung als Betrieb ist jedenfalls ausgeschlossen, wenn aus der Gründungsakte oder der Satzung Elemente hervorgehen sollten, auf deren Grundlage die Körperschaft im Sinne des Dekretes des Präsidenten des Regionalausschusses vom 29. März 1991, Nr. 6/L betreffend „Genehmigung der Durchführungsverordnung zum Artikel 29 Absatz 2 des Regionalgesetzes vom 26. August 1988, Nr. 20“ mit seinen späteren Änderungen als juristische Person des privaten Rechts anerkannt werden könnte.

5. Die Körperschaft erlangt gemäß Artikel 18 Rechtspersönlichkeit nach der von Seiten der Provinz unverzüglich vorzunehmenden Eintragung der Maßnahme laut Absatz 1 und der Satzung in das Betriebsregister.

PINTER:

CAPO III

Istituzione, fusione, estinzione e trasformazione in persone giuridiche di diritto privato

Art. 12 (Istituzione)

1. L'istituzione dell'azienda è disposta con provvedimento discrezionale della Giunta provinciale, su domanda di persone fisiche, o di enti di diritto privato, con o senza personalità giuridica, o di enti pubblici, nel rispetto delle norme che li riguardano.

2. Alla domanda deve essere allegato l'atto costitutivo o la deliberazione di costituzione, e lo statuto. La Provincia autonoma richiede d'ufficio l'approvazione regionale dello statuto. L'atto costitutivo può risultare da testamento e l'istituzione può avvenire d'ufficio, in caso di ingiustificata inerzia del soggetto abilitato alla presentazione della domanda.

3. Ai fini del riconoscimento è comunque necessario che il patrimonio risulti adeguato alla realizzazione dello scopo; la consistenza del patrimonio deve essere dimostrata da idonea documentazione allegata alla domanda.

4. In ogni caso il riconoscimento come azienda è escluso qualora dall'atto costitutivo o dallo statuto risultino gli elementi che consentirebbero il riconoscimento dell'ente come persona giuridica di diritto privato, ai sensi del decreto del Presidente della Giunta regionale 29 marzo 1991, n. 6/L recante "Approvazione del regolamento di esecuzione dell'articolo 29, comma 2 della legge regionale 26 agosto 1988, n. 20" e successive modificazioni.

5. L'ente acquista personalità giuridica con la tempestiva iscrizione, a cura della Provincia, del provvedimento di cui al comma 1, e dello statuto, nel registro delle aziende di cui all'articolo 18.

PRÄSIDENT: Dazu hat der Abg. Catalano einen Abänderungsantrag eingebracht, Prot. Nr. 425/5. Dieser ist zurückgezogen. Damit die Frage, wer zum Art. 12 Stellung nehmen will.

Abg. Urzì, bitte.

URZÌ: Signor Presidente, la ringrazio per la parola, ma non costituisce più un motivo di sorpresa, né ormai riesce più a catalizzare nemmeno il dibattito della sede più alta dell'istituzione regionale, quindi il Consiglio, il rilievo che ciclicamente viene sollevato all'interno di quest'aula, in relazione non alla migliore organizzazione dei servizi, la migliore organizzazione della cosa pubblica secondo un riferimento che tiene conto dell'esistenza delle due Province autonome nella cornice regionale – se vogliamo usare ancora questa datata affermazione – ma di una cessione di sovranità scientifica che viene operata e rispetto alla quale, signor Presidente, solleviamo dubbi che sono certamente di ordine morale, sono di ordine politico, sono quindi di ordine generale, ma che motivano e giustificano anche una obiezione di carattere formale, sostanziale, funzionale.

Signor Presidente, ritengo che, anche se il tema non pare più costituire, come avevo detto in precedenza, motivo di interesse del dibattito, sia pubblico che all'interno della più alta istituzione della Regione, quindi del

Consiglio, da parte nostra sia doveroso annotare come sia fatto indubbiamente singolare quello per cui il Consiglio regionale, la Giunta regionale che si è fatta promotrice di questa iniziativa di legge, tendono a smembrare competenze, funzionalità, interessi della Regione Trentino-Alto Adige cedendo queste quote di sovranità alle due Province, tanto da preconstituire le condizioni che sono chiarissime anche all'interno dell'art. 12, dove la stessa istituzione di un'azienda è disposta con provvedimento discrezionale della Giunta provinciale, sottraendo quindi un autonomo potere di intervento della Giunta regionale. Anche successivamente, in altri passaggi che non voglio citare, perché sono all'attenzione di tutti i colleghi, si fa riferimento ripetutamente alla funzione della Provincia autonoma di Bolzano per quanto attiene tutta una serie di passaggi.

Uno di questi passaggi, peraltro, è poco chiaro, quando si afferma che la Provincia autonoma richiede d'ufficio l'approvazione regionale dello statuto. Chiedo all'assessora Stocker se è possibile chiarire questo passaggio, laddove si dice: la Provincia autonoma richiede d'ufficio l'approvazione regionale dello statuto. L'approvazione regionale è l'approvazione da parte di quale soggetto regionale? Può essere chiarito questo passaggio?

Ma rimane l'obiezione di fondo, per cui, ancora una volta signor Presidente e si creda non è la nostra un'osservazione di principio punto e basta, il Consiglio regionale lavora attorno ad un testo che va a definire lo svuotamento ulteriore della Regione anche in una materia nella quale un coordinamento delle attività potrebbe rivelarsi assolutamente produttivo e utile nell'interesse collettivo, invece no, la direzione che seguiamo è opposta e pone tanti interrogativi che continuano a gravare sulle nostre coscienze e che rimangono in grande parte anche senza risposta. Grazie.

PRÄSIDENT: Kollege Mosconi, bitte.

MOSCONI: Grazie, Presidente. Vorrei anch'io ribadire la richiesta fatta dal collega de Eccher, sulla quale lei aveva dato anche una certa disponibilità a provvedere al riordino degli emendamenti, perché è veramente difficile seguire, non so se la previsione è per un prossimo disegno di legge o per questo, perché andiamo avanti con articoli anche importanti, come quello che stiamo esaminando, l'art. 12 dove si parla di istituzione. Qui entriamo nel cuore del disegno di legge e vorrei fare anch'io qualche riflessione ed una richiesta di chiarimento all'assessora Stocker.

La riflessione è sulla linea di quella fatta in questo momento dal collega Urzì, stiamo ancora una volta esaminando un disegno di legge di iniziativa della Regione e quindi sarà approvato dal Consiglio regionale, con una previsione di applicazione di questo disegno di legge da parte delle Province, distintamente e discrezionalmente, con questo introducendo una ulteriore delega di funzione, rispetto a quel poco che è rimasto in capo alla Regione.

Mi rendo conto di affrontare un argomento che è sicuramente e decisamente minoritario all'interno di questo Consiglio regionale, però per la visione che ho io delle nostre istituzioni regionali e per la concezione che ho anche della nostra autonomia, mi sento in obbligo di ribadirlo in ogni momento e quindi di fronte ad ogni occasione, ad ogni possibilità.

Rimango profondamente convinto che soprattutto in determinati settori della nostra attività istituzionale sarebbe opportuno che venisse rispettato un ambito di autonomia regionale, quindi anche di attuazione delle attività in essa contenute, stiamo parlando di un settore di attività che riguarda le pubbliche istituzioni di assistenza e beneficenza e mi chiedo per quale motivo debbano esistere regolamenti e modalità operative diverse, nel campo dell'assistenza e della beneficenza fra la Provincia di Trento e la Provincia di Bolzano, come se esistessero persone non autosufficienti o in situazione di disagio esistenziale diverse fra Trento e Bolzano.

Francamente faccio molta fatica a capire queste distinzioni, la necessità di differenziare, di caratterizzare diversamente fra Trento e Bolzano, rimango della mia opinione, sarebbe sicuramente preferibile che rimanesse una disciplina unica, uniforme, unitaria per tutto l'ambito regionale.

In questa osservazione, come riflessione di carattere generale, che mi sento in dovere di fare, anche se so che la stragrande maggioranza dei colleghi che mi stanno ascoltando la pensano diversamente, oppure la pensano come me, ma non prendono la parola e non dicono che le cose dovrebbero essere forse riviste rispetto al disegno di legge presentato dalla Giunta regionale.

Per quanto riguarda l'aspetto specifico, al primo comma dell'art. 12 si dice testualmente: *L'istituzione dell'azienda è disposta con provvedimento discrezionale della Giunta provinciale, – ecco dove sta la prima dimostrazione di quello che dicevo – su domanda di persone fisiche, o di enti di diritto privato, con o senza personalità giuridica, o di enti pubblici, nel rispetto delle norme che li riguardano.* Quindi la Giunta provinciale, in modo del tutto discrezionale, si prende l'impegno di istituire per conto di terzi l'azienda se ritiene che questa debba essere costituita, ma potrebbe anche discrezionalmente dire di no per qualsiasi motivo, faccio fatica a capire un po' la finalità di questo articolo. Perché si deve dire che è la competenza discrezionale della Provincia per l'istituzione? Potrei capire la competenza di riconoscere l'istituzione di un'azienda fatta da terzi, ma che si dica che è la Giunta provinciale che decide discrezionalmente di istituire su richiesta di terzi, di privati, di enti di diritto privato o enti di diritto pubblico, mi lascia un po' perplesso, non capisco perché si è voluto agire in questo modo.

Riterrei molto più logico prevedere che persone fisiche, persone giuridiche di diritto privato, di diritto pubblico possano istituire il proprio chiedendo riconoscimento alla Giunta provinciale. Poi si entra nei particolari, nel comma 3, ad esempio, si parla del riconoscimento che è comunque necessario per un patrimonio che risulti adeguato alla realizzazione dello scopo, anche qui però sarà il regolamento a dire qualcosa in più, però si fa fatica a capire quali requisiti dovrebbero possedere le aziende, è difficile anche qui, perché prima dell'istituzione come si fa a capire, ci sarà una dotazione, si fa riferimento anche alla possibilità che queste istituzioni avvengano per disposizione testamentaria. Chi stabilisce la congruità del patrimonio, perché questa azienda possa essere costituita?

Poi si fa riferimento a quello che troveremo nel Titolo V, per quanto riguarda il riordino delle IPAB esistenti – sono anche questi chiarimenti che chiedo alla collega Stocker – immaginavo che l'art. 12 si riferisse alla istituzione ex novo di aziende, per le quali non esiste assolutamente nulla, una

disposizione testamentaria che vuole far nascere un'azienda, oppure un gruppo di persone fisiche che vogliono che venga istituita un'azienda, mentre in altri commi dell'art. 12 troviamo casi di aziende già esistenti. Direi che ein chiarimento su questo aspekt, da parte dell'assessora, sarebbe utile. Grazie.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Assessorin, bitte.

STOCKER: Danke, Herr Präsident! Zum ersten Absatz dieses Artikels, wo vorgesehen ist, dass die Errichtung mit Ermessensmaßnahmen der Landesregierungen verfügt werden, ist zu präzisieren, dass selbstverständlich der Antrag von natürlichen Personen oder von öffentlichen Körperschaften kommt und dass die Landesregierungen entsprechend verfügen. Dass die Landesregierungen hier die Zuständigkeiten im Verwaltungsbereich haben, ist nichts Neues, sondern ist bereits mit einer Durchführungsbestimmung im Jahr 1975, mit der Nr. 469, so verfügt worden. Also insofern ist es nicht eine weitere Übertragung von Kompetenzen an die Landesregierungen, sondern etwas, was schon sehr früh in diese Richtung verfügt worden ist.

Zum zweiten Absatz: Wenn hier die Rede ist „Die Autonome Provinz fordert von Amts wegen die Genehmigung der Satzung seitens der Region an“, dann ist zum Ersten anzumerken, dass zu den weiteren Aufgaben der Gesetzgebung der Region die Ordnungskompetenz im Bereich der Durchführungsverordnungen gehört und zum Zweiten die Genehmigung der Statuten. Ich denke, es ist vereinfachend, es ist entbürokratisierend, wenn die Region entsprechend einer Nachfrage der Landesregierungen diese Statuten an die Landesregierungen übermittelt und dass nicht in Zukunft die einzelnen öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen öffentlichen oder privaten Rechts wieder angeschrieben werden müssen und diese Statuten den Landesregierungen übermitteln. Also insofern geht es hier ganz einfach um eine Verwaltungsvereinfachung, die ganz im Sinne der Antragsteller ist.

Was den Absatz drei und den entsprechenden Vermögensbestand anbelangt, der hier angesprochen wird bei der Errichtung neuer Betriebe, so ist es sicher so, dass wir in einem entsprechenden Reglement, das noch zu verabschieden ist, hier einiges präzisieren werden, aber insgesamt denke ich schon, dass abschätzbar ist, welchen Vermögensbestand eine Einrichtung braucht, um die im Statut vorgesehenen Dienste dann tatsächlich über längere Zeit leisten zu können. Insgesamt was den Unterschied zwischen den beiden Ländern anbelangt ist Folgendes zu sagen: Einerseits gibt es natürlich eine Gesetzgebung auf gesamtstaatlicher Ebene, an die sich beide Länder zu halten haben. Das betrifft – wenn ich noch einmal auf ein vorher gebrachtes Argument zurückgehen darf – selbstverständlich die Dienstcharta. Es gibt Bestimmungen, die in einem Regionalgesetz und in den entsprechenden Verordnungen enthalten sind, die für beide Länder gelten. Es gibt aber auch die eine oder andere Verordnung, das eine oder andere Gesetz, sei es auf Landes- wie auf Regionalebene, wo man versucht, den Realitäten der beiden Länder Rechnung zu tragen und ich denke, das ist im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer dieser Strukturen, aber sicherlich auch insgesamt der Menschen in den beiden Ländern.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Morandini, bitte.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Ho ascoltato con attenzione la risposta dell'assessora Stocker e debbo dire che, nel mentre ha corrisposto ad alcune richieste, mi pare che restino inevase alcune domande. Mi spiego. Se non vado errato la Regione ha competenza legislativa primaria in materia di ordinamento delle istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza, quindi siamo sul versante in cui con i limiti della Costituzione, delle norme fondamentali, la Regione ha una competenza piuttosto profonda in materia di ordinamento delle istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza.

Orbene, questo art. 12, a parte che nel primo comma forse sarebbe stato più chiaro se si poteva precisare se il tipo di discrezionalità che viene appuntata in capo alla Giunta provinciale è di natura tecnica o di natura amministrativa, si parla solamente di provvedimento discrezionale, si vede che secondo coloro che hanno scritto questo comma questo aggettivo è sufficiente, secondo me sarebbe stato meglio precisare.

Il secondo comma induce, secondo me, ad una riflessione che non ha solamente un rilievo giuridico, ma anche di tipo politico. Nel mentre è compito della Giunta provinciale, naturalmente dentro un potere discrezionale che il primo comma le attribuisce, disporre circa l'istituzione di nuove aziende, fra l'altro il termine *aziende* non è il massimo quando si parla di servizi alla persona, ma comunque è stato introdotto anche nella sanità, è un termine che ho sempre contestato e contesterò continuamente, perché mi pare davvero che aziendalizzare, anche dal punto di vista nominalistico, il terreno delicatissimo ed estremamente umano dei servizi alla persona sia qualcosa che assolutamente non condivido, vedasi azienda provinciale per i servizi sanitari, eccetera.

Vengo al secondo comma. Nel mentre è competenza delle Giunte provinciali disporre circa la istituzione o meno di "aziende", qui lo fanno esaminando eventuali domande, richieste di persone fisiche, eccetera, alle quali domande deve essere allegato l'atto costitutivo e lo statuto, spetta alla Regione unicamente l'approvazione richiesta d'ufficio dalla Giunta provinciale dello statuto.

Approvazione regionale vuol dire che deve farla la Giunta regionale? Ho capito bene o ho capito male assessora Stocker? Vuol dire che la Giunta provinciale manda d'ufficio lo statuto alla Giunta regionale e questa esamina unicamente lo statuto e poi lo rimette alla provincia competente, è così. Debbo dire che trattandosi di materia in cui la Regione – sottolineo la Regione – ha competenza legislativa primaria, mi pare davvero una *expoliatio* profonda, ancora una volta, di poteri regionali. Cioè alla Regione, una volta che le è stato affidato il compito di legiferare, quindi di approvare una legge regionale in materia di ordinamento delle istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza, le viene in via amministrativa sottratta tutta una serie di compiti che invece dovrebbero appartenere, proprio come corollario della sua competenza legislativa.

In questo senso vedo con preoccupazione questa norma dell'art. 12, è già accaduto allorquando abbiamo trattato della legge in materia di ordinamento dei comuni, in cui in alcune norme sicuramente si è derogato a norme statutarie, secondo me in modo illegittimo. Qui vi rappresento che anche quando abbiamo parlato di assestamento di bilancio, in uno dei precedenti ordini del giorno, sono state pochissime le voci che si sono levate a tutela

dell'ente Regione, che anche con questa manovra di assestamento di bilancio approvata ieri dalla maggioranza di questo Consiglio regionale, è stata ridotta la Regione ad ufficiale pagatore delle due Province, non solo, ma si sono anche operate una serie di *deminutio* per quanto riguarda alcuni poteri che fino a quel momento erano in capo alla Regione.

Torno sull'art. 12, esprimendo appunto questa preoccupazione per le ragioni che ho esposto.

PRÄSIDENT: Danke! Gibt es weitere Wortmeldungen zum Art. 12? Dies ist nicht der Fall. Dann wird über den Art. 12 abgestimmt. Wer spricht sich dafür aus? Dagegen? Enthaltungen? Bei 4 Gegenstimmen, 9 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist Art. 12 genehmigt.

Art. 13 (Zusammenschluss)

1. Für eine rationellere und wirksamere Verwaltung der Dienste und zwecks deren Koordinierung können zwei oder mehrere Betriebe zu einem einzigen Betrieb zusammengeschlossen werden.

2. Der Zusammenschluss kann außerdem aufgrund der Geringfügigkeit des Vermögens, aufgrund der objektiven Feststellung, dass der Betrieb nicht funktionsfähig ist, oder im Falle von kleineren Betrieben verfügt werden, sollte es möglich sein, die Tätigkeit im Sozialbereich fortzusetzen und die Beibehaltung der Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts gerechtfertigt sein.

3. Die Autonomen Provinzen können für Zusammenschlüsse mehrerer Einrichtungen die Auszahlung von Beiträgen und Zuwendungen vorsehen, um die Erbringung von Pflege- und Betreuungsdiensten durch öffentliche Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste zu fördern und zu erweitern.

PINTER:

Art. 13 (Fusione)

1. In relazione alla più razionale ed efficiente gestione dei servizi prestati ed ai fini del coordinamento dei servizi medesimi, due o più aziende possono essere fuse in una unica azienda.

2. La fusione può essere inoltre disposta in caso di esiguità del patrimonio, per l'impossibilità oggettivamente dimostrata di funzionare o, qualora sia possibile continuare l'attività in campo sociale e sia giustificato il mantenimento della personalità giuridica di diritto pubblico, in caso di ridotte dimensioni dell'azienda.

3. Allo scopo di incentivare e potenziare la prestazione di servizi alla persona nelle forme dell'azienda pubblica di servizi alla persona, le Province autonome possono prevedere la corresponsione di contributi e incentivi alle fusioni di più istituzioni.

PRÄSIDENT: Dazu liegen zwei Abänderungsanträge vor. Der eine ist ein Ersetzungsantrag, eingebracht vom Abg. Catalano, Prot. Nr. 425/6, der andere ein weiterer Abänderungsantrag zum Absatz 3, eingebracht vom Regionalausschuss, Regionalassessorin Stocker.

Zunächst zum Ersetzungsantrag des Abg. Catalano:
Il testo dell'art. 13 viene così modificato:

Art. 13
(Fusione e concorsi)

1. In relazione ad una gestione più razionale dei servizi prestati, due o più aziende possono dare luogo da una fusione in un'unica azienda o ad un consorzio anche con enti locali territoriali. Tale condotta può essere adottata anche per migliorare il funzionamento delle aziende o per la necessità di adeguare l'organizzazione aziendale e le sue dotazioni al loro bacino d'utenza ed alle necessità da questo espresse.

2. Allo scopo di incentivare e potenziare la prestazione di servizi alla persona, le Province possono prevedere la corresponsione di contributi e incentivi sia alle fusioni che alla costituzione di consorzi". - Der Wortlaut von Artikel 13 wird wie folgt abgeändert:

Art. 13
Zusammenschlüsse und Konsortien

„1. Für eine rationellere Verwaltung der Dienste können sich zwei oder mehrere Betriebe zu einem einzigen Betrieb oder einem Konsortium, auch mit örtlichen Gebietskörperschaften, zusammenschließen. Dieser Zusammenschluss kann auch erfolgen, um ein besseres Funktionieren der Betriebe zu ermöglichen oder falls es notwendig ist, die betriebliche Organisation und seine Gliederung an die Notwendigkeiten des Einzugsgebietes und die von den Benutzern erklärten Erfordernisse anzupassen.

2. Die Provinzen können sowohl für Zusammenschlüsse als auch für die Errichtung von Konsortien die Auszahlung von Beiträgen und Zuwendungen vorsehen, um die Erbringung von Pflege- und Betreuungsdiensten zu fördern und zu erweitern.“

Kollege Catalano, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

CATALANO: Scopo dell'emendamento è quello di introdurre un'altra figura, cioè la figura del consorzio. Vi sono già esperienze nel resto d'Italia, segnatamente in Piemonte di enti che si consorziano per rendere più efficienti e per migliorare i servizi alle persone.

Lo scopo di questo emendamento è di introdurre questa ulteriore possibilità di utilizzo delle risorse, di messa a valore delle risorse anche delle piccole IPAB che, messe insieme con altre strutture possono migliorare i servizi resi alla persona.

PRÄSIDENT: Danke! Sind weitere Stellungnahmen?

Der Regionalausschuss – Frau Assessorin, bitte.

STOCKER: Danke, Herr Präsident! Ich gebe zu, dass wir selber auch relativ lange darüber nachgedacht haben, ob wir diese Genossenschaften mit hinein

nehmen. Mir selber wäre es sehr sympathisch gewesen. Eine Überprüfung hat allerdings ergeben, dass bisher diese Genossenschaften vorgesehen waren, aber nicht genutzt worden sind. Aus diesen Gründen sind sie nicht im Gesetz, in diesem Artikel berücksichtigt worden. Ich denke aber, dass vielleicht der Hinweis wichtig ist, dass die Formulierung, die wir im Art. 13 drinnen haben, auf jeden Fall die Möglichkeit beinhaltet, dass sich zwei oder mehrere Betriebe ohne weiteres zu Konsortien zusammenschließen können und ich verpflichte mich - wenn eventuell auch der Kollege Catalano von der Möglichkeit Gebrauch macht, den Antrag zurückzuziehen -, dass wir das sicher im Reglement so berücksichtigen werden, dass dort eben auch die Möglichkeit vorgesehen wird, dass sich ein oder mehrere Betriebe auch zu Konsortien zusammenschließen können.

PRÄSIDENT: Abg. Catalano, bitte.

CATALANO: Prendo atto delle dichiarazioni dell'assessora e quindi ritiro l'emendamento.

PRÄSIDENT: Danke! Der Antrag des Abg. Catalano ist somit zurückgezogen.

Ich verlese nun den Antrag der Assessorin Stocker, Prot. Nr. 762/12: Il comma 3 dell'articolo 13 è sostituito dal seguente: „3. Allo scopo di incentivare la fusione di aziende pubbliche di servizi alla persona le Province autonome possono prevedere la corresponsione di contributi ed incentivi.“. – Artikel 13 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt: „3. Die Autonomen Provinzen können die Auszahlung von Beiträgen und Zuwendungen vorsehen, um den Zusammenschluss öffentlicher Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste zu fördern.“.

Frau Assessorin Stocker hat das Wort zur Erläuterung.

STOCKER: Herr Präsident! Dies ist hier wieder nichts anderes als eine Vereinfachung, eine Verkürzung des Ganzen. Der Zweck bleibt derselbe. Die autonomen Länder können für den Zusammenschluss von öffentlichen Betrieben Unterstützungen vorsehen und es ist ganz klar, was heraus kommt, ist weiterhin ein öffentlicher Betrieb.

PRÄSIDENT: Danke! Sind weitere Wortmeldungen zum Antrag? Keine. Dann wird abgestimmt. Wer spricht sich für den Antrag des Regionalausschusses aus? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Bei 8 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Antrag angenommen.

Wünscht jemand zum Art. 13 das Wort? Niemand. Dann wird darüber abgestimmt. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen? Bei 7 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Art. 13 genehmigt.

Art. 14 (Auflösung)

1. Die Betriebe werden aufgelöst:
 - a) wenn sie über kein Vermögen mehr verfügen;

- b) wenn der Vermögensbestand und das Haushaltsvolumen nicht für die Verwirklichung der in der Satzung vorgesehenen Zielsetzungen und Dienste ausreichen und kein Zusammenschluss gemäß Artikel 13 zustande kommt;
- c) wenn festgestellt wird, dass der Betrieb für mindestens zwei aufeinander folgende Kalenderjahre keine Tätigkeiten im sozialen Bereich ausgeübt hat;
- d) wenn die in der Gründungsurkunde oder in den Satzungen vorgesehenen Zielsetzungen erschöpft oder nicht mehr verfolgbar sind und keine Änderung derselben im Sinne des Artikels 3 vorgenommen wird;
- e) wenn Vermögensverfall besteht.

2. Die unter Absatz 1 angeführten Umstände sind in der regionalen Verordnung festgelegt.

PINTER:

Art. 14 (Estinzione)

1. Le aziende sono estinte:

- a) quando sono rimaste totalmente prive di patrimonio;
- b) quando l'entità del patrimonio e il volume del bilancio sono insufficienti per la realizzazione delle finalità e dei servizi previsti dallo statuto, e non si provvede alla fusione secondo quanto stabilito all'articolo 13;
- c) quando risultano inattive nel campo sociale per almeno due anni solari consecutivi;
- d) quando sono esaurite o non sono più conseguibili le finalità previste nelle tavole di fondazione o negli statuti, e non si provvede a modificare le finalità ai sensi dell'articolo 3;
- e) quando si trovano in condizioni economiche di grave dissesto.

2. Il regolamento regionale definisce le ipotesi del comma 1.

PRÄSIDENT: Gibt es Stellungnahmen zum Artikel? Keine. Dann stimmen wir ab. Wer ist für den Art. 14? Wer ist dagegen? Niemand. Enthaltungen? Bei 8 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist Art. 14 genehmigt.

Art. 15 (Liquidation)

1. In der Maßnahme über die Auflösung werden ein bzw. mehrere Liquidatoren namhaft gemacht und es wird festgelegt, welchem Rechtssubjekt bzw. welchen Rechtssubjekten die nach der Liquidation noch bestehenden Aktiva übertragen werden. Dafür werden unter der weitgehendsten Berücksichtigung des Gründungswillens vorrangig die Betriebe, die in einer der Gemeinden ihren Sitz haben und wirken, in denen der Betrieb satzungsmäßig seine vornehmliche Tätigkeit ausgeübt hat, bzw. die Gemeinden selbst in Betracht gezogen.

2. Das der Gemeinde übertragene Vermögen behält seinen Bestimmungszweck zugunsten von Fürsorge- und Sozialdiensten bei. Die Zweckbindung der Liegenschaften wird durch Anmerkung im Grundbuch bei der Eintragung der Übertragung bekannt gegeben. Die Provinz kann auf begründeten Antrag der Gemeinde die Zweckbindung löschen oder ändern.

3. Das zum Zeitpunkt der Auflösung im Dienst stehende Personal wird im Sinne der Bestimmungen der Tarifverträge für die Dauer von drei Jahren in eine Liste der Provinz über das verfügbare Personal der aufgelösten Betriebe eingetragen, auf welche die anderen Betriebe in der Provinz zurückgreifen müssen, bevor sie Neueinstellungen mittels öffentlicher Auswahlverfahren vornehmen.

4. Die Liquidation des laut Artikel 14 Buchstabe e) aufgelösten Betriebs erfolgt gemäß Artikel 41. Diese Bestimmungen finden auch auf die anderen Auflösungsgründe Anwendung, sofern die Liquidatoren nach Feststellung der Aktiva und Passiva des Betriebs anerkennen, dass das Vermögen nicht ausreicht, um die Passiva vollständig zu tilgen.

PINTER:

Art. 15
(Liquidazione)

1. Con il provvedimento di estinzione sono nominati uno o più commissari liquidatori ed individuati il soggetto o i soggetti ai quali sono devolute le attività che residuano dopo la liquidazione. La individuazione, tenuto conto per quanto possibile delle volontà fondazionali, è operata prioritariamente tra le aziende aventi sede ed operanti in uno dei comuni nei quali l'azienda esplicava in via principale, ai sensi dello statuto, la propria attività, ovvero tra i comuni medesimi.

2. Il patrimonio trasferito al comune mantiene comunque il vincolo di destinazione a favore dei servizi assistenziali e sociali. Il vincolo sugli immobili è reso pubblico mediante annotazione nel Libro fondiario, all'atto dell'iscrizione del trasferimento. La Provincia, su motivata richiesta del comune, può disporre l'estinzione o la modificazione del vincolo.

3. I dipendenti in servizio al momento dell'estinzione sono inseriti, per un periodo di tre anni, in una lista provinciale di disponibilità dei dipendenti delle aziende estinte, alla quale le altre aziende della Provincia devono attingere prima di procedere a nuove assunzioni attraverso la selezione pubblica, secondo quanto previsto dai contratti collettivi.

4. La liquidazione dell'azienda estinta ai sensi della lettera e) dell'articolo 14, comma 1 è regolata dall'articolo 41. Le stesse disposizioni si applicano in relazione alle altre cause di estinzione, qualora i liquidatori, dopo aver determinato la consistenza dell'attivo e del passivo dell'azienda, riconoscano che il patrimonio non è sufficiente al pagamento integrale delle passività.

PRÄSIDENT: Gibt es Wortmeldungen zum Artikel? Keine. Dann stimmen wir ab. Wer ist für den Art. 15? Wer ist dagegen? Niemand. Enthaltungen? Bei 12 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Art. 15 genehmigt.

Art. 16
(Umwandlung der Betriebe in juristische Personen des privaten Rechts)

1. Kleinere Betriebe, welche die Voraussetzung für die Beibehaltung der Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts nicht erfüllen, werden - sofern

kein Zusammenschluss im Sinne des Artikels 13 möglich ist - in Vereinigungen oder Stiftungen des privaten Rechts umgewandelt, und zwar unbeschadet der in der Gründungsurkunde und in den Satzungen vorgesehenen Zielsetzungen.

2. Die regionale Verordnung legt die Kriterien fest, nach welchen ein Betrieb als kleinerer Betrieb zu betrachten ist.

PINTER:

Art. 16

(Trasformazione in persone giuridiche di diritto privato)

1. Le aziende di ridotte dimensioni, per le quali non è giustificato il mantenimento della personalità giuridica di diritto pubblico, nel caso in cui non si possa procedere alla fusione ai sensi dell'articolo 13, sono trasformate in associazioni o fondazioni di diritto privato, fermo restando il rispetto delle finalità stabilite dalle tavole di fondazione e dagli statuti.

2. Il regolamento regionale definisce quando l'azienda è da considerarsi di ridotte dimensioni.

PRÄSIDENT: Der Abg. Catalano hat zu diesem Artikel einen Änderungsantrag vorgelegt, Prot. Nr. 425/7, der folgendermaßen lautet: L'art. 16 è abrogato. – Art. 16 ist aufgehoben.

Abg. Catalano, Sie haben das Wort.

CATALANO: Due ragioni che mi suggeriscono l'abrogazione di questo articolo ed anche una questione di razionalità. Se una IPAB è troppo piccola e di conseguenza non funziona un patrimonio insufficiente va liquidata, è un problema di liquidazione, cioè se non si riesce a trovare una soluzione per cui si possa arrivare ad una fusione d'accordo, evidentemente non funziona, allora va messa in liquidazione, non ha senso il fatto di trasformarla in "azienda" – uso quel termine che condivido che è brutto – è un'azienda che va messa in liquidazione e non è un'azienda che vada trasformata in diritto privato. Il problema poi è quello delle dimensioni e dice: *Il regolamento regionale definisce quando l'azienda è da considerarsi di ridotte dimensioni*. Mi sembra evidente che affidare questo criterio al regolamento può determinare situazioni di strisciante privatizzazione dell'IPAB, perché non sappiamo se andremo a votare che dimensioni, qual è l'impatto che verrebbe ad avere questa norma, non avendo un criterio così elastico e quindi demandato esclusivamente al regolamento.

Pertanto è sbagliata da un lato, secondo me è pericolosa dall'altro per la discrezionalità lasciata al regolamento e pertanto ho proposto l'abrogazione dell'art. 16.

PRÄSIDENT: Kollege Parolari, bitte.

PAROLARI: Grazie, Presidente. Questo art. 16 determina che tutte le aziende di ridotte dimensioni vengono in sostanza privatizzate. Il rischio è che entri in rotta di collisione con una serie di emendamenti che troveremo successivamente, uno dei quali andrà a definire che le IPAB che gestiscono RSA, quelle previste dalla legge provinciale, rimarranno comunque pubbliche.

Per questa ragione credo che andrebbe, all'interno di questo articolo, proprio perché poi non ci possono essere in futuro difficoltà di interpretazione, chiarito questo aspetto e quindi le aziende di ridotte dimensione, ad esclusione di quelle che gestiscono RSA.

Per questa ragione, d'accordo con l'assessore, chiedo cinque minuti di sospensione, se possibile, per chiarire questo aspetto.

PRÄSIDENT: Dazu Frau Assessorin.

STOCKER: Ich kann dies nur unterstützen und ersuchen, dass wir die Sitzung für fünf Minuten unterbrechen.

PRÄSIDENT: Im Einvernehmen wird die Sitzung also bis 11.30 Uhr unterbrochen.

(ore 11.24)

(ore 11.31)

PRÄSIDENT: Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Es geht um den Antrag des Abg. Catalano. Darf ich ersuchen, dass von jenen ein Ergebnis mitgeteilt wird, die um eine Unterbrechung ersucht haben.

...Es wird zu diesem Art. 16 ein weiterer Änderungsantrag eingebracht. Dieser muss übersetzt und verteilt werden. Ich unterbreche die Sitzung für weitere 10 Minuten. Um 11.42 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.

(ore 11.32)

(ore 11.53)

PRÄSIDENT: Kolleginnen und Kollegen, die Übersetzung eines Abänderungsantrages nimmt mehr Zeit in Anspruch als eingeschätzt. Deshalb bleibt die Sitzung bis 12.00 Uhr unterbrochen.

(ore 11.53)

(ore 11.59)

PRÄSIDENT: Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Es liegt zum Art. 16 ein weiterer Änderungsantrag vor, eingebracht von den Abg. Parolari, Barbacovi, Catalano und weiteren Abgeordneten, der folgendermaßen lautet: Emendamento all'art. 16, comma 1: All'art. 16 comma 1 dopo le parole „personalità giuridica di diritto pubblico“ sono inserite le parole „ad esclusione delle aziende che gestiscono residenze sanitarie assistenziali previste dalla legge 28 maggio 1998, n. 6 della Provincia autonoma di Trento“. – Im Art. 16

Absatz 1 werden nach den Worten "Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts" folgende Worte eingefügt: "mit Ausnahme jener Betriebe, die Wohnstätten im Sanitäts- und Betreuungsbereich gemäß Gesetz der autonomen Provinz Trient Nr. 6 vom 28. Mai 1998 verwalten".

Die Einbringer haben das Wort. Bitte, Abg. Catalano. ...Der Antrag ist noch nicht verteilt worden. Wir warten ein wenig.

Kolleginnen und Kollegen, gemäß Geschäftsordnung kommen die Streichungsanträge zuerst dran. Deswegen steht der Antrag des Abg. Catalano „L'art. 16 è abrogato“ immer noch zur Diskussion und ich möchte wissen, ob der Abgeordnete seinen Antrag zurückzieht oder ob er ihn jetzt abstimmen lässt. Bitte, Kollege Catalano.

CATALANO: Ho sottoscritto il nuovo emendamento e quindi ritiro quello abrogativo, ovviamente ho sottoscritto una toppa e tale è il valore di questo emendamento; mettere una toppa su uno squarcio che si era aperto, non ha certamente la dignità di una normativa di legge fatta decentemente.

PRÄSIDENT: Der Antrag ist somit zurückgezogen.

Zum Fortgang der Arbeiten hat Frau Kollegin Kury das Wort.

KURY: Nachdem wir jetzt aufgrund der Lektüre des Änderungsantrages mitbekommen haben, dass die Ausnahmeregelung ausschließlich auf das Trentino beschränkt ist, würden wir ersuchen, ob es möglich ist, dass wir diesen Änderungsantrag als unseren bezeichnen. Also er bleibt aufrecht, wenn das von der Geschäftsordnung her möglich ist.

PRÄSIDENT: Habe ich richtig verstanden: Sie machen sich den Streichungsantrag des Kollegen Catalano zu Eigen. Natürlich geht das. Dann wird über diesen Antrag, den sich Frau Kury zu Eigen gemacht hat, jetzt abgestimmt. ...Wenn Sie ihn noch erläutern wollen, bitte.

KURY: Herr Präsident, ich denke, dass es notwendig ist zu erklären. Es war ja eine lange politische Diskussion um diesen Artikel. Wir hatten bei der Vorlage unserer Änderungsanträge den Änderungsantrag des Abg. Catalano gesehen und deshalb keinen eigenen präsentiert und hatten gehofft, dass im Rahmen der politischen Diskussion eine Regelung gefunden wird, die auch für Südtirol das Problem aus dem Weg räumt, nämlich eine Definition der Frage, was unter kleineren Betrieben zu verstehen ist. In der vorliegenden Fassung ist ja nichts geklärt und es obliegt im Grunde - wie auch die späteren Artikel bezeugen - dem Verwaltungsrat dann zu entscheiden, ob sie den Weg der Privatisierung gehen wollen oder nicht. Es liegt also ausschließlich in der Kompetenz des Verwaltungsrates sich als kleiner Betrieb zu definieren, wenn sie diesen Weg beschreiten wollen. Auch weil bei den späteren Artikeln bis jetzt für uns kein genügender Änderungsantrag vorliegt und es weiterhin ausschließlich Zuständigkeit des Verwaltungsrates ist, diesen Beschluss zu fassen, möchten wir doch noch ersuchen, über diesen Artikel nachzudenken und ob es im Interesse der öffentlichen Hand ist, hier den Weg zu öffnen, dass eine nicht klar definierte Anzahl von Betrieben einfach privatisieren kann. Wir haben auch im Gespräch mit den Gewerkschaften gehört, dass es einerseits großen Druck

gibt, diese Privatisierung vorzunehmen, weil damit auch mögliche Reduzierungen der Personalkosten verbunden sind und das kann aus unserer Sicht nicht der Grund sein, dass wir jetzt plötzlich diesen Weg zur sehr willkürlichen - weil unklar definierten - Privatisierung öffnen. Deshalb ersuchen wir diesen Änderungsantrag des Abg. Catalano beizubehalten und ersuchen auch gleich um eine geheime Abstimmung zu diesem Änderungsantrag.

PRÄSIDENT: Allein kann der Antrag nicht stehen bleiben. Also es wird um die geheime Abstimmung ersucht. ...Gut, dann wird sie geheim durchgeführt. Es geht um den Streichungsantrag Prot. Nr. 425/7 des Abg. Catalano, den sich Frau Kury zu Eigen gemacht. Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

Ich ersuche um den Namensaufruf.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	54
Jastimmen:	10
Neinstimmen:	36
Weißer Stimmzettel:	7
Ungültige Stimmzettel:	1

Damit ist der Streichungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Antrag, den ich bereits verlesen habe. Es hat sich der Einbringer, Abg. Parolari, zu Wort gemeldet.

PAROLARI: Grazie, Presidente. Per presentare questo emendamento che porta la mia firma e di altri consiglieri, è un emendamento di tutta la maggioranza, che ha trovato l'adesione anche del cons. Catalano, dopo che ha ritirato il suo ed è un emendamento che serve a far sì che le modifiche che ci saranno successivamente agli artt. 45 e 48 non rischiano di essere vanificate.

In sostanza si prevede che le IPAB che gestiscono delle RSA, quindi delle residenze sanitarie assistenziali previste dalla legge della Provincia di Trento, la n. 6 del 1998, queste vengano trasformate, indistintamente dalla loro dimensione, in aziende pubbliche di servizi alle persone.

Allora se rimaneva anche questo articolo inalterato, rischiava di entrare in contraddizione e quindi di trovare una legge che aveva bisogno di interpretazioni non semplici.

Oltre agli articoli 45 e 48 si è ritenuto di modificare anche l'art. 16, che prevede che le RSA, previste dalla legge della Provincia autonoma di Trento, n. 6 del 1998, non siano trasformate in persone giuridiche di diritto privato, indipendentemente dalla loro ridotta dimensione.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Catalano, bitte.

CATALANO: Solo per ribadire che ho convintamente firmato questo emendamento, ritenendo che potesse essere un buon compromesso, tale da scongiurare i pericoli di privatizzazione nel campo dell'assistenza alla persona. Mi rendo conto che questo è un compromesso che vale esclusivamente per la

Provincia di Trento, sarebbe quindi utile che anche i consiglieri della Provincia di Bolzano su questo avviassero anche delle forme di comunicazione con i consiglieri di Trento, in modo da poter ragionare da consiglieri regionali e non soltanto da salvatori del piccolo pezzo di patria di ognuno. Grazie.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Mosconi, bitte.

MOSCONI: Grazie, Presidente. E' difficile capire la logica, o forse non è proprio così difficile, che si sta seguendo nell'esame di questo disegno di legge, perché ci troviamo di fronte ad un emendamento sottoscritto in rappresentanza dell'intera maggioranza, che riguarda la sola Provincia di Trento ed un auspicio che anche Bolzano rifletta su questo problema, prenda qualche iniziativa, non so se ci sarà un'altra sospensione per fare in modo che l'emendamento riguardi anche la Provincia di Bolzano.

Rimane il fatto che, così come è stato sottoposto all'aula, l'esclusione riguarda solo le RSA del Trentino.

Al di là di questo è chiaro lo scopo che ha illustrato il collega Parolari, riferendosi in particolare all'art. 45 che vedremo più avanti e quindi segue una logica, un'impostazione ben precisa, mi riferisco all'art. 16 così come è stato proposto dalla Giunta dove si dice: *Le aziende di ridotte dimensioni, per le quali non è giustificato il mantenimento della personalità giuridica di diritto pubblico, nel caso in cui...*, eccetera.

Mi vengono da fare due osservazioni, prima di tutto sulla denominazione di aziende. Qualche collega questa mattina auspicava quasi una diversa denominazione, come se il termine azienda fosse un termine da leggere con una connotazione negativa. Non riesco francamente a capire, perché il termine azienda, dal punto di vista normativo, giuridico, ma anche nell'opinione pubblica ha una sua dignità, si riferisce evidentemente agli aspetti organizzativi di una attività imprenditoriale che tutti quanti utilizzano ed applicano, a prescindere dalle forme e dalle ideologie che possono influenzare il dibattito e le prese di posizione, è quello della cultura aziendalistica – come diceva recentemente un notissimo commentatore sulla stampa – che fa riferimento a concetti di efficienza, di risultato nelle attività e di compatibilità nelle attività. Un termine quello della cultura aziendalistica che tutti quanti utilizzano, a prescindere dalle loro posizioni ideologiche e quindi penso che, essendo stato previsto nella legge nazionale, fra l'altro voluta da un governo di centrosinistra, non ci si debba scandalizzare se si utilizza il termine "azienda".

Questo lo dicevo per fare un po' di giustizia, riferendosi agli aspetti positivi che si vogliono esaminare con questo termine.

È difficile capire quando non si giustifica il mantenimento della personalità giuridica di diritto pubblico di una azienda. Qui si tratta di un articolo di portata prescrittiva, quindi quando non si giustifica il mantenimento della personalità giuridica di diritto pubblico e sono trasformati in associazioni o fondazioni di diritto privato.

Effettivamente è difficile capire come possa essere applicato questo articolo, anche se si sa che interverrà poi il regolamento, ma ormai questa mattina abbiamo sentito diverse volte che sarà il regolamento a dire, è stato fatto anche su qualche articolo precedente. Sarebbe opportuno che l'assessore ci chiarisse un po' di più, per capire cosa sarà contenuto nel regolamento se

questo se ne occuperà. Comunque qual è la portata, lo scopo e le finalità di questo articolo e per quale motivo l'eventuale trasformazione debba dipendere da un elemento esclusivo dimensionale, cioè si parla di aziende di ridotte dimensioni. Per quale motivo dovrebbe essere solo l'elemento dimensionale a prendere questa decisione? Grazie.

PRÄSIDENT: Es wird zur Zeit der Abänderungsantrag Prot. Nr. 1031 und nicht der Art. 16 diskutiert. Bitte, Abg. Carli.

CARLI: Grazie, signor Presidente. Ho partecipato, con il terrore tra il resto dell'assessora Stocker, al dibattito su questo disegno di legge in Commissione, che in realtà è stato molto più sereno di quello che ci si poteva aspettare. Avevo già visto sulla stampa che c'erano diverse perplessità, all'interno della maggioranza, sull'articolo 16 e che si profilava un rischio di rottura all'interno della coalizione e la mediazione si è raggiunta con questo articolo, che non solo stabilisce due discipline diverse per la Provincia di Trento e per la Provincia di Bolzano, a fronte di un tipo di servizio più o meno simile, non credo che le esigenze curative o assistenziali siano diverse per le persone che abitano in provincia di Trento o in provincia di Bolzano.

Questo rappresenta un ulteriore piccolo elemento di indebolimento di un quadro regionale, laddove in Regione ci troviamo a fare delle norme che hanno poi interpretazioni e significati diversi per la Provincia di Trento e per la Provincia di Bolzano.

Vorrei mettere in evidenza una cosa, avviandomi alla dichiarazione di voto su questo emendamento, che il terrore per il "diritto privato" che si può utilizzare rispetto ad una forma giuridica anziché l'altra, non presuppone un diverso tipo di erogazione di un servizio, semplicemente rimane vero il fatto che il privato ha, dal mio punto di vista, un'attenzione per il controllo del bilancio e della qualità del servizio che viene erogato diversa da quella dell'ente pubblico. Penso che molti di noi possono su questo essere d'accordo.

Allora non si tratta di privatizzare l'assistenza, ma di introdurre un criterio metodologico diverso per quanto riguarda l'erogazione del servizio di assistenza, tenuto conto poi che l'ente pubblico e quindi noi in Regione possiamo anche disciplinare con delle leggi il criterio preciso, attraverso il quale i privati possono erogare questo servizio, tenendo conto che il privato ha un vincolo di bilancio che è rigido, il pubblico ne ha un po' meno ed anche questa penso sia un'evidenza storica.

Per cui voterò contro questo emendamento e lo dichiaro per conto del gruppo UDC, perché è un emendamento che non coglie la finalità e lo spirito dell'articolo e va a vivere, in termini normativi, una paura quasi preconcepita rispetto ad una sobrietà con cui molto spesso i privati sanno erogare dei servizi anche di riconosciuta efficienza e qualità nei confronti di chi ne ha bisogno. Grazie.

PRÄSIDENT: ...dann brauchen wir fünf weitere Zustimmungen. Es ist also für diesen Antrag die Geheimabstimmung verlangt worden. Es gibt aber weitere Wortmeldungen.

Bitte, Kollege Bezzi.

BEZZI: Noi come autonomisti, rispetto al tema delle privatizzazioni delle piccole case di riposo, nelle quali personalmente ho lavorato come obiettore di coscienza e dove evidentemente ho visto direttamente che le cose funzionano bene se gestite dal pubblico. Quello che non condividiamo è che questa paura che un disegno di legge in materia legislativa possa, se prevede la possibilità anche della collaborazione del privato, in qualche modo vedere minata la possibilità che il settore dell'assistenza in Trentino sia gestito dalla pubblica amministrazione che bene gestisce.

Queste false paure che in particolare la sinistra ha evidenziato non appartengono al mondo autonomista, non crediamo che un provvedimento legislativo debba necessariamente escludere qualcosa, ma sarà nel senso di responsabilità della politica trentina, degli amministratori, di chi vive il territorio e anche l'assistenza sapere quale sarà la soluzione politico-amministrativa più opportuna.

Questo emendamento io non l'ho firmato, perché non ho queste false paure, il che non significa che non condivido l'azione della maggioranza di trovare le mediazioni, però ritengo importante evidenziare pubblicamente qual è la posizione mia personale e degli autonomisti.

PRÄSIDENT: Abg. Seppi, Sie haben das Wort.

SEPPI: Francamente non mi trovo certamente privatizzatore convinto, ritengo che certe fondamentali condizioni primarie, quali possono essere forniture di energia o comunque anche l'assistenza sanitaria, non possa nemmeno essere discussa all'esterno di un determinato concetto.

Devo dire che fare riferimento ad una legge provinciale della provincia di Trento su un disegno di legge regionale, francamente si poteva spiegarsi anche in altri termini, questo comunque fa parte della forma, non della sostanza.

Per quanto riguarda il concetto di fondo penso che non ci sia, colleghi firmatari del documento, perché avrei chiesto dal vostro punto di vista l'abrogazione e quindi l'impossibilità che le aziende di ridotte dimensioni, per le quali non è giustificato il mantenimento della personalità giuridica, perché non è giustificato il mantenimento della personalità giuridica? È questo il punto, chi lo stabilisce che non è garantito questo?

Ancora più avanti: *nel caso in cui non si possa procedere alla fusione ai sensi dell'articolo 13, sono trasformate in associazioni o fondazioni di diritto privato, fermo restando il rispetto delle finalità stabilite dalle tavole di fondazione e dagli statuti.* Quindi ci sono delle determinazioni che non sono poi tanto determinate, perché la determinazione di quanto debba essere piccola o ridotta questa dimensione non ci è dato da capire, o meglio non è spiegato nei termini che possono catalogare una condizione di questo tipo in una situazione determinata a priori e quindi chiaramente definita. Questo è un altro problema.

Considerato tutto ciò quindi e considerata anche la confusione sulla quale questo articolo poggia, come il comma 2 che delega al regolamento regionale, quindi alla Giunta regionale, quindi non più al potere legislativo quest'aula, ma al potere esecutivo la possibilità di considerarsi di ridotte dimensioni.

Allora se noi vogliamo definire un discorso espresso da questo emendamento, che posso o meno riconoscere come valido, non lo posso definire o giudicare nel momento stesso in cui non ho stabilito a priori cosa si intenda per azienda di piccole dimensioni, perché se con il comma 2 delego questa possibilità di definizione alla Giunta regionale, che creerà il regolamento regionale non so nemmeno più di cosa sto parlando. Come non so a chi questo articolo di legge si riferisca nel comma 1, ecco perché voterò contro e di conseguenza non si capisce nemmeno a cosa si riferisca il vostro emendamento.

Prima di pretendere di cambiare qualcosa e su questo qualcosa non voglio neanche esprimere un giudizio, perché non so nemmeno di cosa stiamo parlando, bisogna stabilire di cosa stiamo parlando e come facciamo a stabilire di cosa stiamo parlando se diamo delega, con il comma 2, alla Giunta regionale e quindi con un regolamento regionale di stabilire che cosa si intenda per ridotte dimensioni e quindi di stabilire chi, cosa e come ricada in questa condizione.

Francamente ritengo che qui ci sia da fare una seria riflessione, cari colleghi, perché al di là di quello che noi scriviamo e chiediamo bisognerebbe stabilire per chi lo stiamo chiedendo, oppure diciamo che a noi questo tipo di privatizzazione non ci va in alcun modo ed allora chiediamo l'abrogazione in toto dell'articolo in questione. Ma su questo articolo, se noi lo emendiamo, non riusciamo nemmeno a capire di cosa stiamo parlando. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Viola, bitte.

VIOLA: Grazie, Presidente. C'è un certo imbarazzo a trattare queste questioni, perché questa legge, che tra l'altro non è nuova, nel senso che già nella precedente legislatura ci si era occupati della riforma ed è arrivata in commissione qualche tempo fa, quindi c'è stato tutto un dibattito che ha preceduto l'arrivo in aula di questa norma, questa norma trae origine da una legge nazionale, la n. 328 che è stata fatta dal precedente Governo ed il ministro allora era il ministro Turco.

Nella legge, all'art. 10, fra le varie cose si dice che nella riforma delle IPAB bisogna prevedere la possibilità della trasformazione delle IPAB in associazioni o in fondazioni di diritto privato, fermo restando il rispetto dei vincoli posti dalle tavole di fondazioni e dagli statuti, tenuto conto della normativa vigente che regola la trasformazione dei fini e la privatizzazione delle IPAB, nei casi di particolari condizioni statutarie e patrimoniali.

Allora capisco che ci possano essere anche delle osservazioni in ordine a cosa vuol dire privatizzare, a cosa voglia dire trasformare le attuali IPAB, soggetto peraltro pubblico di vecchissima data, come è stato detto più volte, in soggetti di diritto privato, però detto questo, caro collega Parolari primo firmatario di questo emendamento, teniamo conto che questa legge è stata voluta dall'allora ministro Turco, che è peraltro un suo collega di partito.

Allora qua c'è un atteggiamento un po' schizofrenico, anche perché siamo di fronte ad un concetto dell'autonomia rovesciata, invece che prendere una normativa nazionale e cercare di migliorarla e se possibile di svilupparla, tenuto conto del nostro particolare contesto normativo e di specialissima autonomia, alla fine si riduce il tutto e si riduce anche la portata della riforma.

Per cui, oltre alle considerazioni fatte dai colleghi Mosconi, Carli, Bezzi, peraltro condivisibili, volevo anche aggiungere questa semplice considerazione, cioè da un lato che stiamo vedendo come applicare nel nostro speciale contesto di autonomia una legge nazionale proposta dall'allora ministro DS Turco, che prevede la possibilità delle fondazioni, non è una cosa calata dall'assessore Stocker improvvisamente su quest'aula come un fulmine a ciel sereno, è prevista da una legge del 2000 e dal 2000 ad oggi c'erano tutte le possibilità per verificare come applicare questa norma.

Questo svegliarsi all'ultimo momento in questo modo, di fronte ad un iter della Commissione, che ha visto la rappresentanza sindacale anche delle organizzazioni delle IPAB, sia altoatesine che trentine, concordare su un certo percorso, qualche punto di domanda lo pone e lo pone molto grosso. Poi ribadisco, secondo me, ci si trova di fronte ad un'autonomia rovesciata, perché se il problema di usare la nostra autonomia è per ridurre la portata di provvedimenti che vanno nel verso di migliorare il servizio, forse qualche domanda dovremo porcela.

Per cui annuncio il mio voto nettamente contrario.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Morandini, bitte.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Prendo le mosse dall'affermazione che poco fa faceva il collega Catalano, dicendo che in sostanza ha ritirato il proprio emendamento interamente abrogativo, perché condivide nella sostanza questo subemendamento che verrebbe a mettere un tassello su uno strappo.

Allora mi viene in mente un vecchio proverbio, caro cons. Catalano, "*pezo el tacon del buso*" peggio la toppa del buco e spiego subito il perché. Prima di tutto per una ragione istituzionale e politica mi rivolgo a lei che è difensore estremo della Regione, siamo rimasti in pochi, allora questo emendamento introduce, qualora venisse approvato, ma è sottoscritto da gran parte dei colleghi della maggioranza, quindi temo che sarà approvato, di fatto come prima nota politico-istituzionale introduce un'ennesima divaricazione fra le due Province, perché la legge provinciale n. 6 del 1998 che richiama è una legge della Provincia autonoma di Trento e quindi ancora una volta, con una norma legislativa, se verrà approvata si introduce un'ennesima divaricazione. Questo non lo posso condividere.

Allora che non sia ancora matura una cultura e me ne rendo conto, ognuno ha le proprie sensibilità, per cui la scelta fra azienda erogatrice di servizi, ribadisco che dal punto di vista nominalistico non mi va il termine "azienda" quindi su questo convengo con lei che la scelta fra azienda erogatrice di servizi pubblici alla persona e fondazione, che questo passo non sia a tutt'oggi ancora un passo su cui c'è una sufficiente maturità, questo lo posso capire, però da questo ad avere un sacro terrore, semplicemente perché si possa dare la possibilità alle singole comunità, ai consigli di amministrazione, comunque alle singole case di riposo, perché è chiaro che la casa di riposo della valle di Fassa o della Valle di Fiemme non può avere la stessa natura, avrà problemi diversi da quella della Val Giudicarie e quindi che si privino queste comunità di questa possibilità, è totalmente in controtendenza alla tanto declamata rivendicazione di autonomia, eccetera.

Quindi da questo punto di vista non capisco questa paura, quando si lascia alle singole comunità questo.

Vorrei un attimo partire dalla legge Turco, Ministro allora agli affari sociali, la quale ha fatto, collega Barbacovi, la legge 328, la legge di riforma del welfare nel 2000, nella quale tra le varie cose la titolarità passava dalle IPAB ai comuni. Per cui non c'è più senso che l'IPAB risponda a quei bisogni, nel senso che diviene azienda erogatrice dei servizi alla persona, però la titolarità non è più dell'IPAB, ma è del comune il quale la delega all'IPAB, ma la titolarità resta del comune.

Allora se è così, perché faccio questo ragionamento? Che sia un'azienda pubblica, che sia una fondazione, teniamo presente che comunque qualsivoglia fondazione deve avere scopi nobili, quindi se parliamo di assistenza sociale deve perseguire questi scopi. Quindi che sia una fondazione o che sia altra struttura giuridica che eroga i servizi, a mio avviso poco conta, perché deve avere certi requisiti, nel senso dell'accreditamento, eccetera. Quindi anche una fondazione deve avere i suoi requisiti, non può fare quello che vuole, non è che è in mezzo all'arbitrio, per cui il prodotto finale non dipende dalla natura dell'organismo che eroga il servizio, ma evidentemente va messa attenzione alla qualità del servizio, per poi aggiungere anche che c'è il cosiddetto controllo sociale, cioè la gente se non è soddisfatta sceglie altri servizi.

Allora lasciamo questa benedetta libertà, cioè nella legge regionale, a parte la divaricazione fra le due Province, che non ha alcuna ragione in una legge regionale di esserci, lasciamo che siano le singole comunità a decidere circa la propria natura giuridica, proprio per mettere nelle condizioni ciascuna comunità di esercitare questa sua autonomia.

Aggiungo e chiudo, che c'è un conchiuso di Giunta provinciale del novembre scorso, il quale dice che il pagamento che verrà corrisposto sarà molto presto a tariffa, di fatto questo indurrà ad una possibilità di autonomia di gestione di queste singole realtà, per cui diamo questa possibilità, diversamente rischiamo di non fare un buon servizio agli ospiti ed al personale.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Giovanazzi, bitte.

GIOVANAZZI: Grazie. Intervengo per la prima volta su questo disegno di legge, anche perché ho notato che in questo Consiglio ci sono le maggioranze che compongono il Consiglio provinciale di Trento, le maggioranze che compongono il Consiglio provinciale di Bolzano ed all'interno di questo Consiglio regionale si legifera un po' per la provincia di Trento, un po' per la Provincia di Bolzano, ma in modo separato, distinto. Credo che questo non dovrebbe essere la funzione del Consiglio regionale, le leggi regionali dovrebbero essere uguali sia per Trento che per Bolzano.

E' anche questo un segno evidente che questo Consiglio regionale ormai è diventato un punto di incontro dove si raggiungono tutti gli accordi possibili, basta che questi siano funzionali al mantenimento di questa maggioranza.

Questo subemendamento mi fa un po' specie, perché credo che le RSA che non riescono a reggere, in termini di bilancio, di servizi, eccetera, nel

momento che si fa una riforma si chiudono e quei servizi vengono erogati da un'altra realtà che è in grado di poterlo fare.

Ho l'impressione che questo subemendamento sia stato fatto solo ed esclusivamente per andare incontro ad una richiesta che è stata fatta o le preoccupazioni che sono state manifestate dai dipendenti delle piccole RSA, cioè la privatizzazione potrebbe anche mettere a rischio posti di lavoro, eccetera.

Su questo ci sarebbe da aprire una discussione, perché credo non sia solo il pubblico che garantisca posti di lavoro o dà sicurezza, ma c'è anche il privato che potrebbe essere in grado di fare altrettanto e forse anche meglio.

Un'altra cosa che mi lascia un po' perplesso è l'atteggiamento dei DS, perché hanno atteggiamenti diversi a seconda degli argomenti trattati. Quando riguardano problemi strettamente legati alla Provincia di Trento sono sempre disponibili a privatizzare, cioè tutto quello che si tocca può diventare privato, guardiamo la S.p.a per l'ITEA e quant'altro, quando riguarda la Regione è tutto pubblico. Mi sembra quasi che siano come un Giano bifronte, perché dove c'è la Regione vogliamo tutto pubblico, perché è una cosa distante ed il pubblico ci deve essere, dove invece si trattano questioni provinciali, quello deve essere privatizzato.

Perciò su questo emendamento mi esprimo contrario e manifesto molta perplessità ed anche un pochino di amarezza per come vengono condotti i lavori in quest'aula. Quando intervengono i colleghi generalmente si pensa sempre che dagli interventi si possa ricavarne qualche cosa, sono sempre interventi interessanti, mi rendo conto invece che forse stando fuori dall'aula si ha tutto da guadagnare, perché questi interventi sono finalizzati solo a rispondere ad un piccolo interesse e non hanno una visione complessiva che qualche volta magari farebbe bene da ragionare con una visione un po' più ampia.

Detto questo, esprimo ancora contrarietà a questo emendamento.

PRÄSIDENT: Abg. Divina, Sie haben das Wort.

DIVINA: Il merito dell'intervento del collega Giovanazzi è quello di aver posto l'attenzione su un problema scottantissimo, che è questa maggioranza ipocrita di questa regione e mi rivolgo alla sinistra che continua a fingere, pur di rimanere al governo rischia di spezzare l'istituzione. Se a Bolzano la SVP è tanto forte da proporre qualsiasi tipo di iniziativa, lasciamola fare, basta che ci conceda di salvare la faccia e facciamo una deroga per Trento. State affossando più di quello che ormai vale, perché vale pochi euro cent questa Regione, quel po' che resta di unitarietà della capacità di dare risposte unitarie ad un contesto regionale.

Questo è un tipico esempio, non ci importa della cosa, non ci importa della serietà, la SVP faccia qualsiasi cosa, qualsiasi nefandezza e noi salviamo capra e cavoli, basta che a Trento ci consentano di dire ai nostri: noi abbiamo salvato quello che bastava. O si fa una rottura, o la legge va bene, se l'istituto sta in piedi sta in piedi, se l'istituto non sta in piedi non lo può stare in piedi a Bolzano sì ed a Trento no.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir über den Änderungsantrag Prot. Nr. 1031 ab. Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

Ich ersuche um den Namensaufruf.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende: 51
Jastimmen: 32
Neinstimmen: 16
Weiße Stimmzettel: 3

Damit ist der Abänderungsantrag angenommen.

Es ist 13.02 Uhr. Die Sitzung wird geschlossen und um 15.00 Uhr geht es weiter.

(ore 13.02)

(ore 15.00)

VORSITZ VIZEPRÄSIDENT DENICOLÒ
PRESIDENZA DEL VICE PRESIDENTE DENICOLÒ

PRÄSIDENT: Ich ersuche um den Namensaufruf.

PAHL: *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist somit eröffnet. Wir sind in der Diskussion des Art. 16. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass Sie auf Ihrem Arbeitsplatz alle Änderungsanträge ab dem Art. 23 vorliegen haben, so wie am Vormittag von Ihnen selbst vorgeschlagen. Sie können somit alle anderen Abänderungsanträge beruhigt auf die Seite legen und ausschließlich mit diesem ausführlichen Dokument arbeiten. Es sind sämtliche Anträge, die bisher vorliegen, in dieses Paket eingearbeitet.

Möchte jemand zum Art. 16 das Wort ergreifen? Kollege Seppi, Sie haben das Wort.

SEPPI: Grazie, Presidente. Francamente quando mi trovo di fronte ad una situazione di questo tipo non riesco a comprendere come una istituzione, composta da persone che hanno voglia di capire, possano prendere posizione su un articolo di questo tipo.

Mi spiego meglio. Se non è definito con questa legge, come cita il comma 2, che demanda ad un regolamento regionale la possibilità di definire quali saranno le ridotte dimensioni che possono far sì che si scivoli nel comma

1, come faccio ad essere favorevole o contrario? Non so neanche di cosa stiamo parlando assessore!

Non è che voglio insistere oltre, ma se mi si chiede cos'è un vitello o cos'è una mucca so capirlo, se mi si chiede cos'è un camion o cos'è un autobus lo capisco, ma se mi si prevedono delle condizioni al comma 1 di una situazione che poi al comma 2 demanda per essere definita ad un regolamento, non ho capito di cosa stiamo parlando, o meglio capisco di cosa stiamo parlando, ma non riesco a definirlo.

Allora non voglio nemmeno astenermi su una votazione di questo tipo, perché sarebbe una turbativa alla mia capacità di interpretare e di capire le cose, forse sarebbe un'offesa all'intelligenza o alla mia poca capacità di comprendere, non lo so.

Dichiaro che non parteciperò al voto, perché non posso votare su una cosa che non so cosa sia.

Ciò detto, ritengo che questo parlamento abbia l'obbligo ed abbia il diritto di pretendere di fare le leggi e non di demandare a regolamenti, eseguiti poi dalla Giunta in un secondo tempo, dei passaggi articolati di legge che faranno riferimento ad una definizione che avverrà in seguito. Non è possibile, non è legislativamente possibile, penso che sia un'offesa al diritto.

Come faccio a dire che una cosa mi sta bene o mi sta male nel momento stesso in cui definirò quale sarà quella cosa in seguito con un'altra istituzione che è la Giunta regionale e non è il potere legislativo presente in quest'aula. Non posso nemmeno prendere una posizione, non posso nemmeno rendermi conto di cosa sto parlando o su cosa mi si chiede di prendere una posizione.

Per cui ritengo assolutamente ovvio non partecipare al voto di questo articolo, perché l'assessore in questo caso spiegazioni non me ne sa dare, perché il regolamento di attuazione verrà dopo, per cui su una cosa che viene dopo non può darmi spiegazioni prima, se questa cosa l'avesse già voluta definire sarebbe già definita in legge, ma siccome verrà dopo me lo dirà dopo ed allora siccome lei me lo dirà dopo io sospendo la votazione dell'articolo 16 e lo voterò solamente quando la Giunta si sarà degnata di spiegarmi cosa si intende per azienda di ridotte dimensioni. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Mosconi, bitte.

MOSCONI: Grazie, Presidente. Ritengo necessario anch'io intervenire su questo articolo, perché si fa veramente fatica a capire che logica si sta seguendo per portare all'approvazione questo disegno di legge.

Questa mattina abbiamo fatto una votazione su un emendamento del collega Catalano che proponeva l'abrogazione dell'art. 16 e l'assemblea ha detto di no a maggioranza significativa, quindi l'articolo sta in piedi secondo la proposta della Giunta. Poi viene presentato un emendamento, firmato da diversi consiglieri della maggioranza, compreso l'assessore proponente ed il capogruppo della SVP, un emendamento che per la verità nella migliore delle ipotesi è da ritenere inutile, nella peggiore delle ipotesi è da ritenere inapplicabile, che provoca solo problemi e confusioni.

E' inutile perché c'è da porsi una domanda: una RSA, prevista dalla legge n. 6 del 1998 nella provincia di Trento, può ritenersi in qualche modo

azienda di ridotte dimensioni? Se la risposta è no diventa inutile l'emendamento, perché l'articolo si riferisce esclusivamente ad aziende di ridotte dimensioni, se la risposta è sì c'è da chiedersi, visto che vengono escluse le RSA, cosa succede delle RSA che si trovassero per caso nell'ipotesi del primo comma?

Le aziende di ridotte dimensioni "RSA" per le quali non è giustificato il mantenimento della personalità giuridica di diritto pubblico, anche questo non riesco a capire di cosa si tratta, non riesco a capire perché un'azienda grande sì e un'azienda piccola no, quindi è un fattore dimensionale che discrimina fra il pubblico ed il privato, perché secondo me ha poco senso.

Allora per quanto riguarda l'emendamento mi chiedo veramente se si vuole a tutti i costi fare confusione o creare problemi anche interpretativi ed applicativi, oppure quale logica si segua quando un disegno di legge, proposto dalla Giunta regionale, discusso all'interno delle Commissioni e mi sembra di aver capito questa mattina che nessuno dei proponenti di questo emendamento in Commissione si sia dichiarato contrario o abbia sollevato obiezioni, adesso si presenti un emendamento di questo tipo che o è inutile o è dannoso. Quindi bisognerebbe mettersi d'accordo.

La seconda osservazione, giustamente questa mattina mi richiamava il Presidente, perché sull'emendamento ho fatto un discorso che riguardava l'art. 16 ed aveva perfettamente ragione, lo riprendo brevemente. Mi chiedo anche che logica e che coerenza ci sia, mi devo riferire per forza alla Giunta regionale, nell'evolversi dell'esame degli articoli di legge passando dai principi che sono riportati all'art. 2 per arrivare poi agli articoli di maggiore specificazione, che riguardano la trattazione di particolari argomenti.

Siamo sul discorso, per me da sempre equivoco, che non riguarda solo questa legge che stiamo esaminando, ma parecchie altre leggi della provincia di Trento sul concetto di privatizzazione. Non voglio fare un trattato qui, perché non avrei il tempo, per ora mi voglio riferire specificatamente ad un problema di coerenza.

All'art. 2 si dice con molta chiarezza che l'azienda pubblica di servizi alla persona ha autonomia statutaria, autonomia regolamentare, autonomia patrimoniale, autonomia contabile, gestionale e tecnica ed opera con criteri imprenditoriali. Se qualcuno è in grado di tradurre quanto ho appena detto deve arrivare ad una conclusione necessitata, forzata, non ci sono alternative, è una metodologia privatistica per gestire un'azienda che si occupa di servizi pubblici alla persona. Su questo mi sentirei di dire che non c'è alcuna possibilità di equivoco e lo diciamo all'articolo 2 che fissa i principi. I principi, secondo logica, dovrebbero essere ispirazione per i successivi articoli e limiti anche per i successivi articoli, non si può dire negli articoli successivi qualcosa che contrasta con i principi.

Allora se questa è la definizione, mi chiedo che logica c'è con ciò che andiamo ad approvare nell'art. 16, che comprende l'emendamento approvato questa mattina.

Il comma 3 dell'art. 2 non si ferma lì, dice ancora: *Essa informa la propria attività di gestione a criteri di efficienza ed efficacia ed economicità, nel rispetto del pareggio del bilancio da perseguire attraverso l'equilibrio dei costi e dei ricavi*. E' la metodologia gestionale tipica delle aziende di natura privatistica. Ancora una volta è un rafforzamento se ci fossero stati dubbi nel primo periodo

del comma 3 dell'art. 2 e questo viene a fare ulteriore chiarezza, perché è quello che dicevo stamattina. Non ci si può scandalizzare se parliamo di cultura aziendalistica, perché la cultura aziendalistica in senso buono viene utilizzata in qualsiasi tipo di attività.

C'è qualcuno che può dichiararsi contrario ai criteri di efficienza ed efficacia? Penso di no. C'è qualcuno che può dichiararsi contro l'applicazione dei criteri di meritocrazia in un'azienda privata o pubblica che sia, che si rivolge a soddisfare i bisogni della collettività? Penso di no. C'è qualcuno che può dichiararsi contrario alla necessità di un pareggio di bilancio da perseguire attraverso l'equilibrio dei costi e ricavi? Il tipico criterio di gestione di un'attività sana, fatta con criteri di buoni principi.

Allora se tutto questo è stato approvato da tutti noi nell'art. 2, perché ci si deve scandalizzare se poi nell'articolo 16, se avessi i chiarimenti che ho chiesto stamattina e che sto chiedendo anche adesso, difenderei la formulazione della Giunta regionale, nel senso che capisco il problema, ma non riesco a capire come si fa a verificare i requisiti, per cui una azienda di ridotte dimensioni possa essere declassata.

Qui sembra di capire che sia veramente un declassamento, anche questa è una cosa che non mi convince, perché sembra che la virtù stia nell'azienda definita pubblica e l'aspetto negativo peggiore stia nel fatto che l'azienda ha natura privatistica. Veramente è difficile capire anche questo, però se riuscissi a capire in quali casi, come diceva il collega Seppi, ci troviamo nel caso di applicazione dell'art. 16, difenderei la formulazione fatta dalla Giunta.

Qui ci troviamo invece di fronte a dei cambiamenti che avvengono all'interno della maggioranza con una composizione variabile, è un po' come il nostro Consiglio provinciale, siamo pochi in Italia. Noi abbiamo in Provincia di Trento un Consiglio a composizione variabile, perché può variare a seconda di determinate circostanze, con la porta girevole che c'è chi entra e chi esce e stamattina abbiamo assistito a qualcosa di simile anche all'interno della maggioranza del Consiglio regionale, perché è la Giunta che propone il disegno di legge, è la maggioranza che lo sostiene, la stessa maggioranza poi introduce un emendamento che vanifica i principi dell'art. 2 come prima osservazione e poi crea problemi nell'applicazione – chiudo Presidente – è qualcuno che mette le mani avanti, perché poi nell'art. 45 si andrà a discutere di nuovo di questa materia.

Francamente in questa collocazione sull'art. 16, obiettivamente, mi sentirei di dire: ottenuti i necessari chiarimenti dall'assessore, sarebbe preferibile mantenere la formulazione dell'art. 16, per cui così come è stato modificato sicuramente noi non saremo d'accordo.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies ist nicht der Fall.

Frau Assessorin, Sie haben das Wort.

STOCKER: Ich denke, ich sollte doch zu einigen Fragen kurz Stellung nehmen. Zum Ersten: Das was im Art. 16 vorgesehen ist, die Möglichkeit, dass sich kleinere Betriebe, für die die Voraussetzung der Beibehaltung der Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts nicht besteht, in private Stiftungen bzw. in Vereinigungen umwandeln, ist laut Staatsgesetz so vorgesehen. Wir haben hier nichts anderes getan, als das, was im Staatsgesetz drinnen ist,

übernommen. Vielleicht sollte generell auch geklärt werden, dass wir hier im Art. 16 nicht von den Umwandlungen reden, die in nächster Zeit aufgrund des Gesetzes und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen durchzuführen sind, sondern dass es hier um einen allgemeinen Artikel geht, der möglicherweise irgendwann in zehn Jahren zur Anwendung kommt, wenn z.B. ein Betrieb öffentlichen Rechts aufgrund von Tatsachen, die jetzt nicht ausgeführt werden sollen, sich immer mehr verkleinert und Dimensionen einnimmt, wo man sagt, hier ist die Aufrechterhaltung als Betrieb öffentlichen Rechts nicht mehr sinnvoll, dass dann die Möglichkeit besteht, den auch in einen privaten Betrieb umzuwandeln. Warum haben wir hier auf eine regionale Verordnung verwiesen? Warum haben wir hier nicht im Gesetz festgelegt, was wir als kleine Betriebe verstehen? Es war so, das bereits im Zusammenhang mit dem Staatsgesetz darauf hingewiesen wurde, dass man in der Konferenz Staat-Regionen gemeinsam festlegen will, welches die Größenordnungen sind. Wir dachen, dass es richtig ist, auf diese Grundsatzausrichtungen von Seiten der Konferenz Staat-Regionen zu warten und dann entsprechend diese Vorgaben, die dort einheitlich festgelegt werden, zu übernehmen. Es ist richtig, inzwischen haben einige Regionen bereits Regelungen verabschiedet. Die sind relativ unterschiedlich ausgefallen. Es gibt diejenigen Regionen, die als kleinere solche definieren, die z.B. einen Jahresumsatz von 500.000 haben, andere haben 1.500.000, andere wieder haben grundsätzlich die Möglichkeit offen gelassen, alle Betriebe in private Betriebe auch umwandeln zu können. Dies ist also relativ unterschiedlich gehandhabt worden. Es steht immer noch die einheitliche Vorgabe von Seiten der Konferenz Staat-Regionen aus. Wir hoffen immer noch, dass es eine gültige Richtlinie gibt, die wir dann in die Verordnung übernehmen können. Wenn das nicht der Fall ist, dann werden wir uns im Wesentlichen auch auf das ausrichten, was andere Regionen machen und hier irgendwo vielleicht auch einen Mittelweg versuchen. Aber das Wichtigste für uns ist wirklich von all diesen Betrieben, jetzt noch ÖFWE, die Informationen zu bekommen über Größenordnung, Vermögen, Bilanzen, über Umsätze, damit wir auch anhand dieser Grundlagen danach eine richtige Entscheidung treffen können.

Ganz kurz noch was das Hineinnehmen dieses Abänderungsantrages betrifft, möchte ich im Zusammenhang mit dem Art. 2, der vom Kollegen Mosconi angesprochen worden ist, noch Folgendes sagen. Es ist vollkommen klar, dass hier für die Betriebe öffentlichen Rechts selbstverständlich alle diese Prinzipien gelten, die im Art. 2 ausgeführt worden sind, d.h. es sind Betriebe öffentlichen Rechts, die aber im Sinne von Betrieben funktionieren, die sich an alle Prinzipien halten sollen, die im Art. 2 aufgelistet sind, von der Transparenz bis hin zur entsprechenden privatwirtschaftlichen Betriebsführung, zur Verwaltung und Organisation, wie sie in einem Betrieb selbstverständlich sind.

PRÄSIDENT: Danke! Weitere Wortmeldungen? Keine. Damit wird abgestimmt. Wer spricht sich für den Art. 16 aus? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Bei 11 Neinstimmen, 2 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Art. 16 genehmigt.

Art. 17

(Verfahren für die Errichtung, den Zusammenschluss, die Auflösung und die Privatisierung)

1. Die Maßnahmen für die Errichtung, den Zusammenschluss, die Auflösung und die Umwandlung der Betriebe in juristische Personen des privaten Rechts werden von der Landesregierung getroffen, wobei - falls erforderlich – vorher von Amts wegen die Genehmigung der Satzung seitens der Region angefordert wird; die Maßnahmen werden in das Betriebsregister gemäß Artikel 18 eingetragen und im Amtsblatt der Region zwecks Bekanntgabe veröffentlicht.

2. Die Verfahren in Bezug auf die Maßnahmen gemäß Absatz 1 werden durch die regionale Verordnung geregelt; die Initiative kann sowohl von Amts wegen als auch auf Antrag der Gemeinden, in denen die Einrichtung vornehmlich ihre Tätigkeit ausübt, ergriffen werden, wobei in den Gemeinden Befragungen vorzusehen sind. Ist die Auflösung bzw. die Umwandlung des Betriebs in eine juristische Person des privaten Rechts auf die Tatsache zurückzuführen, dass kein Zusammenschluss von Betrieben stattgefunden hat, bzw. dass die Satzung nicht geändert wurde, so wird auf die in der regionalen Verordnung festgelegten Modalitäten und Fristen für die Überprüfung der Voraussetzungen Bezug genommen.

3. Die Liquidation des Betriebs wird durch die regionale Verordnung geregelt.

ANDREOTTI:

Art. 17

(Procedure per l'istituzione, la fusione, l'estinzione e la privatizzazione)

1. I provvedimenti di istituzione, fusione, estinzione e trasformazione in persone giuridiche di diritto privato sono adottati dalla Giunta provinciale, previa, quando occorra, acquisizione d'ufficio dell'approvazione regionale dello statuto; essi sono iscritti nel registro delle aziende di cui all'articolo 18 e pubblicati, per notizia, nel Bollettino Ufficiale della Regione.

2. I procedimenti relativi ai provvedimenti di cui al comma 1, sono disciplinati dal regolamento regionale; sono consentite anche l'iniziativa d'ufficio nonché l'iniziativa su richiesta dei comuni nei quali l'istituzione esplica in via principale la propria attività e devono essere previste forme di consultazione dei comuni medesimi. Nel caso in cui la estinzione o la trasformazione in persona giuridica di diritto privato sia condizionata alla mancata fusione con altre aziende o alla mancata modifica statutaria, il regolamento regionale stabilisce le modalità e i termini per l'accertamento della condizione.

3. Il regolamento regionale disciplina la liquidazione dell'azienda.

PRÄSIDENT: Es gibt keine Wortmeldungen. Somit stimmen wir über den Art. 17 ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen? Bei 13 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Art. 17 genehmigt.

Art. 18

(Betriebsregister)

1. In jeder Autonomen Provinz wird ein Betriebsregister eingerichtet.

2. Im Register werden neben den im Gesetz und in der Verordnung der Region vorgesehenen Daten auch alle grundlegenden Angaben in Bezug auf jeden Betrieb sowie die Ordnungen und Akte allgemeinen Inhalts, die von externer Bedeutung sind, eingetragen, um die Koordinierung der jeweiligen Zuständigkeiten seitens der Region und der Provinzen sowie die Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit zu gewährleisten.

3. Das Register wird von der jeweiligen Autonomen Provinz unter Beachtung dieses Gesetzes, der regionalen Verordnung und der Grundsätze laut Dekret des Präsidenten der Republik vom 10. Februar 2000, Nr. 361 geregelt.

ANDREOTTI:

Art. 18
(Registro delle aziende)

1. E' istituito, presso ciascuna Provincia autonoma, il registro delle aziende.

2. Oltre a quanto espressamente stabilito dalla legge e dal regolamento regionale, ai fini del coordinamento delle rispettive competenze della Regione e delle Province autonome e ai fini della conoscibilità da parte dei terzi, nel registro sono annotati i dati essenziali relativi ad ogni azienda, i regolamenti e gli atti a contenuto generale aventi rilevanza esterna.

3. Il registro è disciplinato da ciascuna Provincia autonoma, nel rispetto della presente legge, del regolamento regionale e dei principi desumibili dal decreto del Presidente della Repubblica 10 febbraio 2000, n. 361.

PRÄSIDENT: Es hat sich Abg. Seppi zu Wort gemeldet.

SEPPI: Collegandomi a quanto già espresso dai colleghi del centrodestra e pur trovandomi d'accordo sul metodo, questa legge, che è una legge regionale, non riesco a capire perché queste aziende devono essere iscritte nei registri delle due Province autonome, ai fini della conoscibilità da parte di terzi, quindi ai fini giuridici della loro riconoscibilità sotto tutti i punti di vista, compresi quelli dell'attività e della riconoscibilità giuridica, sono iscritti in registro che verrà istituito, che si chiama registro delle aziende e che sarà istituito da ciascuna delle due Province autonome.

Il registro è disciplinato da ciascuna Provincia autonoma, nel rispetto della presente legge, del regolamento regionale e dei principi desumibili dal decreto del Presidente della Repubblica 10 febbraio 2000, n. 361.

Penso che almeno ci fosse un registro regionale che esprime queste nuove o vecchie realtà aziendali, perché questo tipo di gestione, quindi questo tipo di riconoscibilità debba essere in qualche modo separato fra le due Province, è ancora un passaggio che mi lascia perplesso, perché mi illudo di essere in un'istituzione regionale e quando una istituzione regionale fa delle leggi o dà un aspetto giuridico con una legge di questo tipo a delle aziende di questo tipo, penso che queste dovrebbero essere iscritte in un registro regionale, al limite diviso la prima parte per la Provincia di Trento, la seconda parte per la Provincia di Bolzano, ma un registro regionale non due registri provinciali, dando anche questa delega alle due Province, perché francamente ritengo che un minimo di rispettabilità della forma non viene più onorata, Grazie.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen sind keine. Dann stimmen wir über Art. 18 ab... Entschuldigung, bitte Frau Assessorin.

STOCKER: Sollten in diesem Zusammenhang, was die Verwaltung anbelangt, noch weitere Wortmeldungen sein, möchte ich noch einmal ganz klar auf die Durchführungsbestimmungen aus dem Jahr 1975 hinweisen und das soll jetzt auch eine Antwort für die eventuell folgenden Anmerkungen und Wortmeldungen bei den nächsten Artikeln sein. Es gibt eine Durchführungsbestimmung aus dem Jahr 1975 und diese Durchführungsbestimmung, diese „norma d’attuazione“, hat damals schon festgelegt, dass die Verwaltung auf die Länder übergeht. Wir hatten bereits bisher, was die ÖFWE-IPAB anbelangt, diese getrennten Register nach Provinzen und insofern ist hier nichts Neues dazugekommen.

PRÄSIDENT: Damit ist die Debatte abgeschlossen. Wir stimmen ab. Wer spricht sich für den Art. 18 aus? Gegenstimmen? Enthaltungen? Bei 3 Neinstimmen, 12 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist Art. 18 genehmigt.

Art. 19
(Kontrolle über die Akte)

1. Der Landesregierung steht die vorhergehende Gesetzmäßigkeitskontrolle der Ordnungen, der Beschlüsse betreffend die Tarife der Dienste, welche den einschlägigen Richtlinien der Provinz Rechnung zu tragen haben, sowie der Akte laut Absatz 3 zu.

2. Der vorhergehenden Gesetzmäßigkeitskontrolle unterliegen außerdem die Maßnahmen, welche die Organe des Betriebs auf eigene Initiative der Landesregierung unterbreiten; die Kontrolle wird in der betreffenden Maßnahme vorgesehen.

3. Der vorhergehenden Sachkontrolle unterliegen die Akte betreffend die Übertragung von dinglichen Rechten an Liegenschaften an Dritte. Falls sich die Landesregierung gegen einen Übertragungsakt ausspricht, da er die institutionelle Tätigkeit des Betriebs erheblich beeinträchtigt, so wird dieser nicht wirksam.

4. Die Abschlussrechnung unterliegt der Kontrolle gemäß Artikel 40.

5. Die Fristen und Modalitäten für die Kontrolle werden durch die regionale Verordnung geregelt.

ANDREOTTI:

Art. 19
(Controllo sugli atti)

1. La Giunta provinciale esercita il controllo preventivo di legittimità sui regolamenti, sulle deliberazioni concernenti le tariffe dei servizi prestati, le quali devono tener conto delle direttive provinciali in materia, e sugli atti di cui al comma 3.

2. Sono altresì soggetti al controllo preventivo di legittimità i provvedimenti che gli organi delle aziende intendono, di propria iniziativa,

sottoporre alla Giunta provinciale; l'assoggettamento al controllo è stabilito nei singoli provvedimenti.

3. Sono soggetti al controllo preventivo di merito gli atti di trasferimento a terzi di diritti reali su immobili. Gli atti non acquistano efficacia ove la Giunta provinciale vi si opponga in quanto l'atto di trasferimento risulti gravemente pregiudizievole per le attività istituzionali dell'azienda.

4. Il bilancio d'esercizio è soggetto al controllo di cui all'articolo 40.

5. I termini e le modalità del controllo sono disciplinati dal regolamento regionale.

PRÄSIDENT: Gibt es Wortmeldungen? Keine. Dann wird über den Art. 19 abgestimmt. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen? Bei 2 Gegenstimmen, 10 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Artikel genehmigt.

Art. 20

(Veröffentlichung und Wirksamkeit der Maßnahmen)

1. Die von den Organen der Betriebe getroffenen Verwaltungsmaßnahmen werden innerhalb von zehn Tagen nach deren Erlass durch Anschlag an der Amtstafel am Sitz des Betriebs für zehn aufeinander folgende Tage veröffentlicht. Die Amtstafel muss für die Öffentlichkeit leicht zugänglich sein.

2. Die Veröffentlichung erfolgt unter Beachtung des Regionalgesetzes vom 31. Juli 1993, Nr. 13 „Bestimmungen auf dem Gebiet des Verwaltungsverfahrens und des Rechtes auf Zugang zu den Verwaltungsunterlagen“ mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen sowie des gesetzesvertretenden Dekretes vom 30. Juni 2003, Nr. 196 betreffend den „Datenschutzkodex“.

3. Jene Betriebe, die aus triftigen Gründen keine angemessene Amtstafel aufstellen können, dürfen eine Fläche der Amtstafel der Gemeinde, in der sie ihren Rechtssitz haben, in Anspruch nehmen.

4. Die Maßnahmen, die keiner Kontrolle unterliegen, werden am Tag nach Ablauf der für die Veröffentlichung vorgesehenen Frist gemäß Absatz 1 wirksam.

5. In Dringlichkeitsfällen können alle Maßnahmen - ausschließlich jener für die Genehmigung der Abschlussrechnung - durch eine in der Maßnahme enthaltene Erklärung für unmittelbar wirksam erklärt werden, wobei diese Erklärung - falls es sich um Beschlüsse des Verwaltungsrates handelt - mit der Stimmenmehrheit seiner Mitglieder getrennt zu genehmigen ist.

6. In den Fällen laut Absatz 5 muss die Veröffentlichung bei sonstigem Verfall innerhalb fünf Tagen nach Erlass der Maßnahme erfolgen.

ANDREOTTI:

Art. 20

(Pubblicazione ed esecutività dei provvedimenti)

1. I provvedimenti amministrativi assunti dagli organi delle aziende sono pubblicati, entro dieci giorni dall'adozione, mediante affissione all'albo,

presso la sede dell'azienda, per dieci giorni consecutivi. L'albo deve essere facilmente accessibile al pubblico.

2. Le pubblicazioni sono effettuate nel rispetto della legge regionale 31 luglio 1993, n. 13 concernente "Norme in materia di procedimento amministrativo e di diritto di accesso ai documenti amministrativi" e successive modificazioni ed integrazioni e del decreto legislativo 30 giugno 2003, n. 196 recante "Codice in materia di protezione dei dati personali".

3. Le aziende che, per giustificati motivi, non possono predisporre un adeguato albo si avvalgono di apposito spazio nell'albo del comune nel quale esse hanno la sede legale.

4. I provvedimenti non soggetti al controllo divengono esecutivi il giorno successivo alla scadenza del periodo di pubblicazione di cui al comma 1.

5. Nei casi di urgenza tutti i provvedimenti, ad eccezione di quello relativo all'approvazione del bilancio d'esercizio, possono essere dichiarati immediatamente eseguibili a seguito di apposita dichiarazione contenuta negli stessi, la quale, se si tratta di deliberazioni del consiglio di amministrazione, deve essere stata separatamente approvata con il voto favorevole della maggioranza dei componenti.

6. Nei casi di cui al comma 5, la pubblicazione deve avvenire, a pena di decadenza, entro cinque giorni dall'adozione.

PRÄSIDENT: Gibt es Wortmeldungen? Keine. Dann wird über den Art. 20 abgestimmt. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen? Bei 15 Enthaltungen, keiner Gegenstimme und dem Rest Jastimmen ist der Artikel genehmigt.

Art. 21 (Ersatzgewalt)

1. Falls die Betriebe Maßnahmen, die kraft Gesetzes obligatorisch sind, hinauszögern oder unterlassen, und trotz Aufforderung nicht innerhalb einer angemessenen Frist und auf jeden Fall nicht innerhalb von dreißig Tagen tätig werden, oder falls sie infolge der Pflicht der Stimmenthaltung für die Mitglieder des Verwaltungsrates nicht imstande sein sollten, einen Beschluss zu fassen, so setzt die Landesregierung einen Kommissar ein.

2. Die Ausgaben für den Kommissar gehen zu Lasten des betroffenen Betriebs.

ANDREOTTI:

Art. 21 (Potere sostitutivo)

1. Qualora le aziende, sebbene invitate a provvedere entro un termine congruo e comunque non superiore a trenta giorni, ritardino od omettano di compiere atti obbligatori per legge, o non siano in grado di deliberare a causa dell'obbligo di astensione dei componenti del consiglio di amministrazione, la Giunta provinciale provvede a mezzo di un Commissario.

2. Le spese per il Commissario sono a carico dell'azienda interessata.

PRÄSIDENT: Gibt es Wortmeldungen? Keine. Dann wird über den Art. 21 abgestimmt. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen? Bei 7 Enthaltungen, keiner Gegenstimme und dem Rest Jastimmen ist der Artikel genehmigt.

Art. 22
(Auflösung des Verwaltungsrates)

1. Die Verwaltungsräte der Betriebe werden mit Beschluss der Landesregierung in den nachstehenden Fällen aufgelöst:

- a) wenn sie schwere oder wiederholte Verletzungen gegen das Gesetz oder die Satzung begehen;
- b) wenn die normale Tätigkeit der Organe wegen des Rücktritts oder des Verfalls von mindestens der Hälfte der Mitglieder nicht gewährleistet werden kann;
- c) wenn die Abschlussrechnung nicht innerhalb 30. April des Jahres nach dem Bezugsjahr genehmigt wird und die in der Aufforderung von der gebietsmäßig zuständigen Provinz festgelegte Frist abgelaufen ist.

2. Mit dem Beschluss zur Auflösung ernennt die Landesregierung einen Kommissar, der die ihm mit diesem Beschluss erteilten Befugnisse wahrnimmt.

3. Die Neubestellung des Verwaltungsrates erfolgt im Falle der Auflösung gemäß den in der regionalen Verordnung vorgesehenen Modalitäten und Fristen.

4. In den Betrieben der Provinz Bozen muss der in Absatz 2 angeführte Kommissar jener Sprachgruppe angehören, die entsprechend den bei der letzten allgemeinen Volkszählung abgegebenen Erklärungen als stärkste Sprachgruppe hervorgegangen ist, wobei das Gebiet berücksichtigt wird, in dem der Betrieb im Sinne der Satzung vornehmlich seine Tätigkeit ausübt.

ANDREOTTI:

Art. 22
(Scioglimento del consiglio di amministrazione)

1. I Consigli di amministrazione delle aziende sono sciolti con deliberazione della Giunta provinciale nei casi in cui:

- a) compiano gravi o persistenti violazioni di legge o di statuto;
- b) non possa essere assicurato il normale funzionamento degli organi a causa di dimissioni o decadenza di almeno la metà dei Consiglieri;
- c) non approvino il bilancio d'esercizio entro il 30 aprile dell'anno successivo a quello cui è riferito, e sia decorso il termine della diffida ad adempiere fissato dalla Provincia territorialmente competente.

2. Con la deliberazione di scioglimento la Giunta provinciale provvede alla nomina di un Commissario, che esercita le attribuzioni conferitegli con la deliberazione stessa.

3. Il rinnovo del consiglio di amministrazione, nelle ipotesi di scioglimento, avviene secondo le modalità e nei termini previsti dal regolamento regionale.

4. Nelle aziende della provincia di Bolzano il Commissario di cui al comma 2 deve appartenere al gruppo linguistico maggioritario, quale risulta dalle dichiarazioni rese nell'ultimo censimento generale della popolazione, con riferimento al territorio nel quale l'azienda esplica, a norma di statuto, la propria attività in via principale.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen dazu? Kollege Urzi.

URZÍ: Evidentemente la memoria non ci tradisce, ci riporta a delle considerazioni che abbiamo già svolto nel corso del dibattito ieri e che abbiamo la necessità di riprendere oggi, in relazione all'articolo 22, ma poi troveremo dei passaggi ancora più significativi nel corso della legge ed allora come ci siamo appellati ieri all'attenzione dell'assessore competente, ci appelliamo anche oggi, in modo che in aula ci sia la possibilità di fare una chiarezza che sia al di sopra di ogni possibilità di equivoco su questo passaggio. Spiego subito a cosa mi riferisco. Mi riferisco a quei passaggi che attengono il riconoscimento ad un gruppo linguistico, in relazione alla quota proporzionale di popolazione residente nel territorio nel quale l'azienda esplica la propria attività in via principale. In questo passaggio il diritto attiene l'individuazione di un commissario che deve appartenere al gruppo linguistico maggioritario, con riferimento al territorio nel quale l'azienda esplica la propria attività in via principale.

Allora si pongono due problemi, il primo è che cosa si intenda esattamente per attività in via principale, il secondo tema è il seguente ed è connesso al primo: quali siano i comuni e quale sia il criterio per cui vengono inclusi alcuni comuni piuttosto che altri, rispetto alla qualità dell'attività che viene svolta dall'azienda, perché dal calcolo, dato dalla somma di questo comune, piuttosto che di quel comune, discendono conseguenze che possono essere estremamente diversificate, che possono andare a scomporre un quadro che sembrava assolutamente chiaro e creare una condizione completamente diversa.

Se è vero che nel comune di Bolzano la quota percentuale del gruppo linguistico italiano è del 70% circa, ovviamente ci limitiamo a cifre indicative, è vero che le quote percentuali di cittadini del gruppo linguistico italiano in comuni che sono anche confinanti a quello di Bolzano, ma del territorio, sono molto diverse e magari sfiorano il 5%, il 7%, il 4% complessivo. Quindi è assolutamente chiaro che la determinazione di una maggioranza, ma anche la definizione di una quota percentuale, per l'uno o per l'altro gruppo linguistico, dipende da quali e quanti comuni vengano inclusi nel calcolo generale da cui deve discendere una conseguenza.

L'unico riferimento che abbiamo certo è quello legato al concetto che viene espresso nell'ultimo passaggio, ossia: si considerano i territori dei comuni nei quali l'azienda esplica la propria attività in via principale. Cosa deve intendersi per *attività esplicata in via principale*? Questo è il quesito che grava su questo passaggio e su quelli che seguiranno e che lascia aperto ad una interpretazione molto larga il testo della legge, in modo da poter dare risultati molto diversificati gli uni dagli altri.

Signor Presidente, se intendiamo che l'attività esplicata da una determinata azienda sia verificata sulla base delle indicazioni dello statuto può

essere un conto, se sia data dalla quota dei ricoverati, piuttosto che degli iscritti è un altro conto, quota ovviamente di più persone residenti in comuni terzi rispetto a quelli della sede della struttura e così via. Quindi i criteri non sono per nulla definiti.

E' per vero, signor Presidente, questo mi è possibile affermarlo anche sulla base di una verifica compiuta, grazie alla collaborazione degli uffici della Regione, che devo ringraziare per questo, ma è pur vero che negli statuti delle singole strutture a cui facciamo riferimento, sono indicati quelli che possono essere definiti gli ambiti principali e gli ambiti secondari, ma è pur vero che si tratta di un'indicazione che voglio definire non certa, nel senso sicuramente prevista, inclusa nello statuto, ma suscettibile di interpretazioni che possono essere in senso restrittivo o al contrario in senso estensivo.

Devo anche riconoscere come alcuni di questi statuti creino condizioni ulteriormente particolari, come quello dell'Istituto Rainerum, che prevede come proprio ambito principale la provincia di Bolzano. Quindi una struttura come quella del Rainerum, peraltro molto nota in provincia di Bolzano, per quanto attiene le sue attività di assistenza, di ospitalità a giovani che abbiano la necessità, per motivi di studio, di essere accolti nelle proprie strutture, ebbene prevede come ambito principale la provincia di Bolzano.

Quindi accade la situazione per cui una struttura con un suo radicamento sul territorio del comune di Bolzano, un suo bacino tradizionale rivolto ai cittadini della città di Bolzano, una sua funzione sociale rivolta in modo particolare alla città di Bolzano, che ha una percentuale di cittadini del gruppo linguistico italiano corrispondente circa al 70%, ebbene abbia l'applicazione di una serie di norme che sono inserite nella legge che prevedono determinate conseguenze, sulla base non della proporzionale della città di Bolzano, ma della proporzionale nell'ambito dell'intero territorio della provincia di Bolzano e che quindi al gruppo linguistico italiano dovrebbero riconoscere, attraverso questo tipo di interpretazione, il 26% e non il 70% dei diritti connessi ad una serie di situazioni che la legge individua. Non mi si dica che è poco, ovviamente viaggiamo sul filo delle sottili interpretazioni, perché tutto sarà interpretabile, probabilmente sarà interpretabile anche questo concetto, però è pur vero che il problema si pone, il problema avrebbe la necessità di essere chiarito in sede di disposizioni di legge, in sede di definizione del testo di legge.

Tornando all'art. 22, signor Presidente, in questo caso il diritto riconosciuto è quello dell'indicazione dell'appartenenza linguistica del commissario, ebbene questa appartenenza linguistica viene determinata proprio in relazione alla maggioranza della popolazione residente nel territorio di riferimento dell'azienda. Qual è allora la maggioranza? Nel caso dell'Istituto Rainerum la maggioranza sarebbe del comune di Bolzano o la maggioranza della Provincia di Bolzano? Considerato il testo dello statuto della stessa struttura e considerato il testo della legge che questa discrezionalità la permette?

Signor Presidente, mi raccomando a lei, affinché possa garantire, attraverso un ampio dibattito e confronto su questo punto, una soluzione che permetta una stesura del testo di legge che non lasci aperte le porte ad interpretazioni che possano risultare discriminanti o comunque negative per una parte o l'altra linguistica in provincia di Bolzano. Grazie.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Stellungnahmen? Keine. Auch der Regionalausschuss möchte nicht Stellung nehmen, dann wird abgestimmt. Wer spricht sich für den Art. 22 aus? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Bei 3 Gegenstimmen, 10 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Artikel genehmigt.

Art. 23

(Finanzierung der Tätigkeit der Vertretungsvereinigungen)

1. Zur Unterstützung der von den Vertretungsvereinigungen der Betriebe auf Landesebene ausgeübten Tätigkeit entrichtet die Region diesen auf der Grundlage eines Gesamtplans einen jährlichen Betrag, der auf die zwei Provinzen zu gleichen Teilen aufzuteilen ist.

ANDREOTTI:

Art. 23

(Finanziamento dell'attività delle associazioni delle aziende)

1. Al fine di supportare l'attività svolta dalle associazioni rappresentative a livello provinciale delle aziende, la Regione eroga alle associazioni medesime, sulla base di un programma organico, un finanziamento annuo da ripartire in parti uguali per ciascun ambito provinciale.

PRÄSIDENT: Dazu gibt es einen Abänderungsantrag, Prot. Nr. 762/13, eingebracht von der Regionalassessorin Frau Martha Stocker, der folgendermaßen lautet:

All'articolo 23, comma 1 è aggiunto il seguente periodo "Nei limiti del suddetto finanziamento regionale la Regione può intervenire con indirizzi e proposte di cui le associazioni devono tener conto nella programmazione dell'attività relativa all'anno al quale il finanziamento stesso si riferisce.". – Im Artikel 23 Absatz 1 wird nachstehender Satz hinzugefügt: "Im Rahmen besagter Finanzierung seitens der Region kann die Region Hinweise und Vorschläge erteilen, welche die Vereinigungen bei der Planung der Tätigkeit für das Jahr, auf das sich die Finanzierung bezieht, berücksichtigen müssen."

Gibt es dazu Wortmeldungen? Es wird um Erläuterungen ersucht. Bitte Frau Assessorin Stocker.

STOCKER: Danke, Herr Präsident! Wir dachten, dass es vielleicht zwischendurch durchaus angebracht sein könnte oder zumindest jetzt die Möglichkeit vorgesehen wird, dass man den einen und den anderen Hinweis auch gibt was die Finanzierung von Weiterbildungstätigkeiten dieser Vereinigungen anbelangt. Ich denke hier insbesondere auch im Zusammenhang mit diesem Gesetz, dass man vielleicht auch den Hinweis gibt, dass die Gelder, die von der Region vorgesehen werden, auch für Weiterbildungsveranstaltungen genützt werden z.B. jetzt mit der Umsetzung der etwas anderen Verwaltung, etwas anderen Buchführung und mit Kostenrechnungen und dergleichen Dingen mehr. Oder dass man vielleicht auch den Hinweis geben könnte, dass man manchmal das eine oder andere Weiterbildungsangebot auch mit anderen Vereinigungen und Verbänden abspricht, die teilweise auch ähnliche Weiterbildungen anbieten und zum Teil

auch mit den Weiterbildungen, die von den Ländern angeboten werden. Also hier manchmal eine etwas bessere Abstimmung zu machen, wäre sicher nicht ganz schlecht und hier die Möglichkeit vorzusehen, dass wir diesen Hinweis geben können, ist durchaus auch im Sinne eines vernetzten Angebotes von Weiterbildung.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann wird über diesen Änderungsantrag abgestimmt. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen? Bei 11 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Abänderungsantrag genehmigt.

Wortmeldungen zum Art. 23 selbst? Keine. Dann wird abgestimmt. Wer spricht sich für den Art. 23 aus? Dagegen? Enthaltungen? Bei 12 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Art. 23 genehmigt.

Art. 24

(Ausbildungs- und Fortbildungslehrgänge, Studien und Forschungsarbeiten)

1. Der Regionalausschuss kann mit Bezug auf Themenbereiche, welche die Ordnung der Betriebe betreffen, für die Verwalter, Direktoren, ehrenamtlichen Mitarbeiter und Bediensteten der Betriebe und ihrer Vereinigungen Ausbildungs- und Fortbildungslehrgänge finanzieren. Die Lehrgänge werden vorrangig auf der Grundlage der Programme der jeweiligen Autonomen Provinz von den Vertretungsvereinigungen der Betriebe oder den Autonomen Provinzen Trient und Bozen veranstaltet.

2. Die Fristen und Modalitäten für die Einreichung der Finanzierungsgesuche in Bezug auf die Lehrgänge laut diesem Artikel sowie die Kriterien für die Bewertung der Gesuche werden mit Beschluss des Regionalausschusses festgesetzt.

3. Der Regionalausschuss kann im Rahmen von Abkommen mit Universitäten, Fachinstituten, Sachverständigen bzw. Sachverständigenverbänden sowie den Vertretungsvereinigungen der Betriebe auf Landesebene Studien und Forschungsarbeiten im Sozial- und Vorsorgebereich durchführen lassen, wobei ein besonderes Augenmerk auf den Tätigkeitsbereich der Betriebe gerichtet wird.

4. Ferner kann der Regionalausschuss Studien und Forschungsarbeiten, die jenen laut Absatz 3 entsprechen, finanzieren, die von den Vereinigungen der Betriebe im Rahmen von Abkommen mit Universitäten, Fachinstituten und Sachverständigen bzw. Sachverständigenverbänden durchgeführt werden.

5. Die Fristen und Modalitäten für die Einreichung der Finanzierungsgesuche laut Absatz 4 betreffend Studien und Forschungsarbeiten sowie die Kriterien für die Bewertung der Gesuche werden mit Beschluss des Regionalausschusses festgesetzt.

ANDREOTTI:

Art. 24

(Corsi di formazione e di aggiornamento, studi e ricerche)

1. Con riferimento agli argomenti interessanti l'aspetto ordinamentale delle aziende, la Giunta regionale può finanziare corsi di formazione e aggiornamento per amministratori, direttori, volontari, dipendenti delle aziende e

loro associazioni, organizzati in via primaria, sulla base dei programmi delle rispettive Province autonome, dalle associazioni rappresentative delle aziende stesse o dalle Province autonome di Trento e di Bolzano.

2. I termini e le modalità di presentazione delle richieste di finanziamento dei corsi di cui al presente articolo, nonché i criteri di valutazione delle medesime, sono stabiliti con deliberazione della Giunta regionale.

3. La Giunta regionale può realizzare lo svolgimento di studi e ricerche nel settore assistenziale e previdenziale, con particolare riferimento all'attività delle aziende, mediante convenzioni con Università, Istituti specializzati, esperti singoli o associati e associazioni delle aziende rappresentative a livello provinciale.

4. La Giunta regionale può altresì finanziare studi e ricerche analoghi a quelli di cui al comma 3, che le associazioni delle aziende realizzano tramite convenzioni con Università, Istituti specializzati ed esperti singoli o associati.

5. I termini e le modalità di presentazione delle richieste di finanziamento degli studi e delle ricerche di cui al comma 4, nonché i criteri di valutazione delle medesime, sono stabiliti con deliberazione della Giunta regionale.

PRÄSIDENT: Gibt es Wortmeldungen? Keine. Dann wird über den Art. 24 abgestimmt. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen? Bei 14 Enthaltungen, keiner Gegenstimme und dem Rest Jastimmen ist der Artikel genehmigt.

Art. 25

(Beiträge für Ausgaben für den Gebrauch der ladinischen Sprache)

1. Zur Deckung der Mehrausgaben, die den Betrieben der ladinischen Ortschaften der Provinzen Trient und Bozen durch die Anwendung der Bestimmungen des Artikels 1 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 16. Dezember 1993, Nr. 592 und des Artikels 32 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 15. Juli 1988, Nr. 574 über den Gebrauch der ladinischen Sprache im Umgang mit den ladinischen Bürgern entstehen, wird den genannten Betrieben von Seiten des Regionalausschusses jährlich ein Beitrag im Verhältnis zu den geleisteten Diensten, der Anzahl der betreuten Personen und dem Ausmaß des Haushaltes gewährt.

ANDREOTTI:

Art. 25

(Contributo per gli oneri conseguenti all'uso della lingua ladina)

1. Per i maggiori oneri derivanti, alle aziende delle località ladine delle province di Trento e di Bolzano, dalla attuazione delle disposizioni di cui agli articoli 1 del decreto legislativo 16 dicembre 1993, n. 592 e 32 del decreto del Presidente della Repubblica 15 luglio 1988, n. 574 sull'uso della lingua ladina nei rapporti con i cittadini di lingua ladina, la Giunta regionale concede a dette aziende un contributo annuale rapportato ai servizi svolti, al numero degli assistiti ed all'entità del bilancio.

PRÄSIDENT: Gibt es Wortmeldungen? Keine. Dann wird über den Art. 25 abgestimmt. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen? Bei 9 Enthaltungen, keiner Gegenstimme und dem Rest Jastimmen ist der Artikel genehmigt.

II. TITEL

Personalordnung

I. KAPITEL

Allgemeine Bestimmungen

Art. 26

(Grundsätze)

1. Das Arbeitsverhältnis des Personals der Betriebe ist privatrechtlicher Natur und wird durch die Tarifverträge, die bei jeder Autonomen Provinz angewandt werden können, sowie durch die Arbeitsgesetze und das Zivilgesetzbuch geregelt.

2. Dem Personal wird die Anwendung der Tarifverträge im Rahmen der Satzung gewährleistet.

3. Folgende Sachbereiche sind mit Gesetzen bzw. auf der Grundlage von Gesetzen, mit vom Betrieb erlassenen Verordnungen oder Verwaltungsakten zu regeln:

- a) die wesentlichen Grundsätze der Organisation der Ämter;
- b) die Organe, die Ämter und die Modalitäten für die Zuteilung derselben;
- c) die Auswahlverfahren für den Zugang zum Dienst und die Verfahren für die Förderung der Arbeitsaufnahme;
- d) die Laufbahnen und die Planstellen sowie deren Gesamtbestand. Die Gesamtzahl der Planstellen jedes Funktionsranges und Berufsbildes wird nach entsprechender Mitteilung an die mitgliedsstärksten Gewerkschaften festgesetzt;
- e) die rechtliche Haftung der einzelnen Bediensteten bei der Durchführung von Verwaltungsverfahren;
- f) die Regelung der Haftung und der Unvereinbarkeit des öffentlichen Dienstes mit anderen Tätigkeiten und die Fälle, in denen die Ämterhäufung sowie die Häufung öffentlicher Aufträge verboten sind.

ANDREOTTI:

TITOLO II

Ordinamento del personale

CAPO I

Disposizioni generali

Art. 26

(Principi)

1. Il rapporto di lavoro dei dipendenti delle aziende ha natura privatistica ed è disciplinato dai contratti collettivi applicabili presso ciascuna Provincia autonoma, dalle leggi sul lavoro e dal Codice Civile.

2. Lo Statuto dell'azienda garantisce l'applicazione al personale dei contratti collettivi di lavoro.

3. Sono regolate con legge ovvero, sulla base di norme di legge, con regolamenti o atti amministrativi dell'azienda, le seguenti materie:

- a) i principi fondamentali di organizzazione degli uffici;
- b) gli organi, gli uffici e i modi di conferimento della titolarità dei medesimi;
- c) i procedimenti di selezione per l'accesso al lavoro e di avviamento al lavoro;
- d) i ruoli e le dotazioni organiche, nonché la loro consistenza complessiva. Le dotazioni complessive di ciascuna qualifica e profilo professionale sono definite previa informazione alle organizzazioni sindacali maggiormente rappresentative;
- e) le responsabilità giuridiche attinenti ai singoli operatori nell'espletamento di procedure amministrative;
- f) la disciplina della responsabilità e delle incompatibilità tra l'impiego pubblico ed altre attività e i casi di divieto di cumulo di impieghi e incarichi pubblici.

PRÄSIDENT: Es liegen dazu zwei Abänderungsanträge vor. Einer mit der Prot. Nr. 762/14, eingebracht von Frau Assessorin Stocker und der andere mit der Prot. Nr. 524/8, eingebracht vom Abg. Catalano. Ich verlese zuerst den Antrag Prot. Nr. 762/14:

Al comma 1 dell'articolo 26 le parole "applicabili presso ciascuna Provincia autonoma" sono soppresse. – Im Artikel 26 Absatz 1 werden die Worte „die bei jeder Autonomen Provinz angewandt werden können," gestrichen.

Wortmeldungen dazu? Bitte zuerst die Erläuterungen, Frau Assessorin Stocker.

STOCKER: Danke, Herr Präsident! Die hier ursprünglich vorgesehene Formulierung betraf die Kollektivverträge. Wir haben hier eine relativ allgemeine Formulierung vorgesehen gehabt, aber im Grunde das Gleiche gemeint, was wir jetzt unter Artikel 35 genau präzisiert haben. Das heißt, wenn das hier wegkommt, muss man gleichzeitig den Abänderungsantrag zu Art. 35 anschauen und der präzisiert das, was jetzt neu hineinkommt, nämlich die ganz klare Bezugnahme auf die jetzt gültigen Kollektivverträge in beiden Ländern.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Mosconi, Sie haben das Wort.

MOSCONI: Devo ammettere che mi ha anticipato l'assessora Stocker, perché volevo solo intervenire per un gesto di cortesia nei confronti della maggioranza, per avvertirla che l'assessora si era presa la libertà di presentare un emendamento che elimina la differenziazione dei contratti collettivi fra le due Province. Mi sentivo di dire che forse avrebbe meritato un richiamo ufficiale, una censura, però poi è intervenuta prima di me l'assessora, ha chiarito il perché e quindi sono rimasto anche un po' male a dire la verità, perché nell'art. 35 si parla comunque sempre di contratti provinciali, quindi differenziazione rimane, anche se si cancella da quell'articolo.

Ho avvertito per nulla la maggioranza, chiedo scusa.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen? Kollege Catalano, bitte.

CATALANO: Per annunciare che l'emendamento soppressivo è ritirato.

PRÄSIDENT: Somit bleibt der Antrag des Regionalausschusses aufrecht und der Antrag des Abg. Catalano ist zurückgezogen. Wir stimmen über den Antrag des Ausschusses ab. Wer spricht sich dafür aus? Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Bei 9 Enthaltungen und keiner Gegenstimme ist der Abänderungsantrag angenommen.

Wortmeldungen zum Art. 26? Keine. Dann wird darüber abgestimmt. Wer spricht sich dafür aus? Dagegen? Enthaltungen? Bei 6 Enthaltungen und keiner Gegenstimme ist der Art. 26 genehmigt.

Art. 27

(Allgemeine Voraussetzungen für den Zugang zum Dienst)

1. Die allgemeinen Voraussetzungen für den Zugang zum Dienst sind:

- a) Arbeitstauglichkeit;
- b) die im Sinne des Artikels 28 festgestellte Kenntnis der italienischen und der deutschen Sprache für die Betriebe in der Provinz Bozen sowie der ladinischen Sprache für die Betriebe der ladinischen Ortschaften in der Provinz Trient und in der Provinz Bozen;
- c) italienische Staatsbürgerschaft oder Staatsbürgerschaft eines der Mitgliedstaaten der EU, unbeschadet der Ausnahmen gemäß Dekret des Präsidenten des Ministerrates vom 7. Februar 1994, Nr. 174.

2. Die weiteren Voraussetzungen und die Modalitäten für die Einstellung des Personals werden in der Personalordnung festgelegt, und zwar unter Beachtung der regionalen Verordnung. Die diesbezüglichen Auswahlverfahren müssen angemessen sein und bekannt gemacht werden.

3. In Bezug auf seine institutionelle Tätigkeit kann der Betrieb in seiner Personalordnung innerhalb der in der regionalen Verordnung vorgesehenen Grenzen besondere Auswahlverfahren für die Einstellung des Personals mit befristetem Arbeitsverhältnis aufgrund von zeitweiligen Diensterfordernissen vorsehen, und zwar gemäß den Kriterien der Zügigkeit und der Transparenz.

ANDREOTTI:

Art. 27

(Requisiti generali per l'accesso all'impiego)

1. I requisiti generali per l'accesso all'impiego sono:

- a) l'idoneità fisica all'impiego;
- b) la conoscenza della lingua italiana e tedesca, accertata ai sensi dell'articolo 28, per le aziende della provincia di Bolzano nonché della lingua ladina per le aziende delle località ladine delle province di Trento e di Bolzano;
- c) la cittadinanza italiana o di uno dei Paesi appartenenti all'Unione europea, fatte salve le eccezioni di cui al decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri 7 febbraio 1994, n. 174.

2. I requisiti ulteriori e le modalità di assunzione del personale sono determinati dal regolamento per il personale, nel rispetto di quanto previsto dal

regolamento regionale e assicurando idonee e pubblicizzate procedure selettive.

3. Con riferimento all'attività istituzionale, l'azienda può prevedere nel proprio regolamento per il personale, entro i limiti fissati dal regolamento regionale, particolari modalità di selezione per l'assunzione del personale a tempo determinato per far fronte a particolari esigenze temporanee di servizio, secondo criteri di rapidità e trasparenza.

PRÄSIDENT: Zu diesem Artikel gibt es eine Reihe von Abänderungen. Wir beginnen mit dem Abänderungsantrag Prot. Nr. 749, eingebracht vom Abg. Catalano, der folgendermaßen lautet:

Il testo del comma 1 dell'articolo 27 è sostituito dal seguente:

Art. 27

(Requisiti generali per l'accesso all'impiego)

1. I requisiti generali per l'accesso all'impiego sono:

- a) l'idoneità fisica all'impiego;
- b) la conoscenza della lingua italiana per le aziende della Provincia di Trento; la conoscenza della lingua italiana e tedesca per le aziende della Provincia di Bolzano, nonché della lingua ladina per le aziende delle località ladine delle province di Trento e di Bolzano;
- c) la cittadinanza italiana o di uno dei Paesi appartenenti all'Unione europea, fatte salve le eccezioni di cui al decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri 7 febbraio 1994, n. 174. Per quanto riguarda il personale medico e tecnico-sanitario nella Provincia di Trento, in deroga a tal requisito, è consentito l'accesso all'impiego con contratto a tempo determinato anche a persone provenienti da paesi extracomunitari.

Absatz 1 des Artikels 27 wird durch den nachstehenden ersetzt:

1. Die allgemeinen Voraussetzungen für den Zugang zum Dienst sind:

- a) Arbeitstauglichkeit;
- b) die Kenntnis der italienischen Sprache für die Betriebe in der Provinz Trient, die Kenntnis der italienischen und der deutschen Sprache für die Betriebe in der Provinz Bozen sowie die Kenntnis der ladinischen Sprache für die Betriebe der ladinischen Ortschaften in der Provinz Trient und in der Provinz Bozen;
- c) italienische Staatsbürgerschaft oder Staatsbürgerschaft eines der Mitgliedstaaten der EU, unbeschadet der Ausnahmen gemäß dem Dekret des Präsidenten des Ministerrates vom 7. Februar 1994, Nr. 174. Dem ärztlichen und medizinisch-technischen Personal ist in der Provinz Trient – als Ausnahmeregelung – der Zugang zum Dienst mit befristetem Arbeitsverhältnis auch Personen aus Nicht-EU-Ländern gestattet.

Kollege Catalano, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

CATALANO: Con il mio emendamento mi sono permesso di ripristinare quello che era il testo originario, presentato in Commissione e poi una piccola modifica più di stile che di altro.

L'aggiunta che faccio, rispetto a quello che era il testo originario, è stato letto, si tratta semplicemente di prevedere, come diceva il testo originario, che il personale medico e tecnico sanitario nella provincia di Trento può essere assunto anche con contratti a tempo determinato.

Non sono presente nella Commissione che ha valutato questo disegno di legge, quindi non so chi ha presentato questo emendamento abrogativo, vedo la mano del cons. de Eccher, quindi ora so chi è stato, ma se so chi è stato non capisco perché la maggioranza lo abbia approvato e perché una parte della opposizione debba quindi ripristinare il testo originario. Questo azzoppamento proposto dal cons. de Eccher, che capisco che tutela l'italianità, però mi sembra un pochino xenofobo, nel senso di negare a delle categorie di lavoratori, per l'assenza del possesso del requisito della cittadinanza italiana, quello di poter essere assunti con contratti a tempo determinato.

Mi meraviglia che in Commissione questa maggioranza abbia fatto passare questo emendamento. La meraviglia aumenta, considerato che l'assessore presenta a sua volta un emendamento ripristinatorio, però in questo emendamento esclude la figura dei medici. Allora sarà bene che spieghi l'assessore se l'assenza dei medici in questo emendamento ripristinatorio ha una valenza tecnica, per cui non sconosco quella norma che impedisce di assumere i medici, che hanno il requisito del riconoscimento del titolo di studio, della laurea e quant'altro, ad avere un rapporto a tempo determinato, oppure se invece la motivazione è di tipo politico, allora in quel caso rimane il commento che mi sono permesso di fare rispetto all'emendamento passato in Commissione e presentato dal cons. de Eccher.

Mi ero anche permesso di aggiungere un requisito supplementare, cioè il fatto che se chiediamo la conoscenza della lingua italiana e tedesca per le assunzioni nella provincia di Bolzano, è un buon requisito chiedere in ogni caso a chiunque la conoscenza della lingua italiana se viene assunto nella provincia di Trento, perché questo sì che può essere un problema. Cioè avere un operatore straniero che sconosce la lingua italiana totalmente, è difficile che possa prestare un'opera utile ed efficace nei confronti dei pazienti.

Quindi la limitazione della lingua italiana lo ritengo un requisito funzionale, il limitare le assunzioni ai soli cittadini italiani e vietarli ai cittadini stranieri mi sembra un requisito xenofobo.

Diciamo che il mio emendamento permette di ripristinare la situazione così com'era, riparando ad un addormentamento in Commissione ed aggiunge questo requisito selettivo di richiedere la conoscenza della lingua italiana per chi intende essere assunto in una casa di riposo o un IPAB della provincia di Trento. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege de Eccher, bitte.

de ECCHER: Presidente, il termine xenofobia utilizzato dal collega Catalano, che pure ha una sua legittimazione, perché credo che a fronte dei dati che vengono sistematicamente forniti dal ministero degli interni, una qualche forma di paura per gli stranieri, in particolare quelli clandestini, presumo sia legittima, quindi nel termine letterale xenofobia, timore, per gli stranieri credo che obiettivamente un qualche fondamento possa sussistere. In ogni caso, per

argomenti di questo genere, io preferisco fare riferimento alla preferenza nazionale.

Non esistono problemi, questo va chiarito fin dall'inizio, circa la disponibilità di personale di tipo tecnico e medico italiano per i posti ai quali stiamo facendo riferimento, quindi si tratta semplicemente di andare incontro, perché questo è stato esplicitato anche in Commissione, a delle richieste che vengono dai presidenti delle IPAB, i quali hanno davanti a sé l'ipotesi di poter in qualche maniera risparmiare. Non è un caso che il riferimento è a contratti a tempo determinato, quindi contratti sicuramente più elastici, in ogni caso andando incontro a queste richieste noi non facciamo altro che danneggiare il personale italiano che potrebbe avere una sua forma di stabilizzazione.

Quindi l'obiettivo che ha in mente il cons. Catalano è diverso da quello che andrebbe a realizzare, laddove le sue proposte venissero raccolte.

Posso aggiungere anche che il ruolo di questi presidenti è stato, nell'ambito di questi lavori, a mio giudizio, esagerato; addirittura abbiamo assistito ad alcuni incontri nei quali i presidenti parlavano della loro legge, mettendo forse anche in difficoltà la stessa assessora Stocker, che si è trovata a seguire delle indicazioni che venivano da altri. In particolare ricordo una riunione con le rappresentanze sindacali in cui questa 'posizione e questo atteggiamento sono emersi in maniera veramente offensiva per il ruolo delle istituzioni, delle Commissioni e del Consiglio.

Per quanto riguarda il personale medico, il personale tecnico sanitario bisogna anche fare alcune precisazioni, c'è il problema della conoscenza della lingua, solamente chi frequenta le case di riposo ed ha occasione di verificare le difficoltà che ci sono in una professione che ha il massimo della delicatezza, tenete conto che vi sono situazioni in cui facendo ricorso a personale di questo genere, tra infermiere non riescono nemmeno a comunicare, quando cambia il turno non riescono a fornire tra di loro quelle indicazioni che servono per seguire i pazienti nel periodo di turno di competenza. Per i medici evidentemente il problema è ancora più importante, perché il loro ruolo richiede una perfetta conoscenza della lingua italiana e torno a ripetere che noi abbiamo medici italiani in cerca di lavoro, sicuramente in abbondanza, senza porci il problema di ricorrere a medici che provengono da paesi extracomunitari.

Tra l'altro abbiamo anche la disponibilità, ce ne fosse bisogno, ma non ce ne è, di tutti i medici, di tutto il personale tecnico ed infermieristico che proviene dai paesi comunitari. Quindi obiettivamente è una situazione di cui non c'è assolutamente necessità.

Altro problema che merita un qualche approfondimento è quello dei titoli, perché qui c'è un modo molto semplicistico di riconoscere i titoli, pensate che per la provincia di Trento il percorso viene attivato a livello locale, si predispongono le carte, si accertano delle corrispondenze tra presunti titoli ed eventuali competenze conseguenti e questa pratica presentata, istruita con generosità, con disponibilità a livello provinciale poi approda a Roma, dove probabilmente le verifiche lasciano il tempo che trovano.

Quindi c'è questa situazione, voglio ricordare e mi trovo nella condizione di dover chiudere il mio intervento, come questo emendamento presentato in Commissione, leggo letteralmente, è stato approvato con 7 voti a favore, 1 voto contrario ed 1 astensione. Evidentemente la Commissione non è

che ha deciso in superficialità senza i necessari approfondimenti, c'è stata una riflessione ed è stata condivisa una forma di ragionamento come quella che purtroppo in tempi contingentati e brevi ho cercato di esporre in questa sede.

PRÄSIDENT: Danke! Frau Kury, Sie haben das Wort.

KURY: Danke! Nur ganz kurz zur Erklärung, weil es liegen jetzt noch mehrere Änderungsanträge auf, von denen auch zwei von uns und einer von Frau Assessorin Stocker stammen, damit wir einmal unsere Position anlässlich der Diskussion erklären können. Selbstverständlich stimmen wir für den Antrag des Abg. Catalano.

Ovviamente siamo a favore del tuo emendamento, ma comunque saremo ancora più contenti se il Consiglio regionale potesse accettare il nostro emendamento, che estende la possibilità di accesso a persone provenienti da paesi extracomunitari non soltanto alla provincia di Trento, ma anche alla provincia dell'Alto Adige. Non si riesce a capire molto bene il motivo per cui questo accesso a Trento e ne deduco dall'emendamento dell'assessora Stocker che non ci sono problemi, che a Trento è possibile, mentre l'Alto Adige sarebbe escluso, se penso che esiste veramente un problema di trovare il personale infermieristico, specialmente in Alto Adige.

Al Presidente posso chiedere se forse prima di votare l'emendamento Catalano si potesse votare il nostro emendamento. Capisco che dal punto di vista formalistico l'emendamento Catalano, che sostituisce un capoverso avrebbe la precedenza, però dal punto di vista del contenuto il nostro emendamento è più vasto, più largo e faciliterebbe il nostro comportamento, perché è difficile votare adesso quello del cons. Catalano, esprimendo così un voto favorevole, che questa cosa si faccia nel Trentino, temendo poi che in Alto Adige non lo si facesse.

Quindi chiedo alla Presidenza se si potesse votare prima il nostro, che ripristina il testo uscito dalla Giunta regionale, però allargandolo anche all'Alto Adige e soltanto cambiando la dizione della frase, perché la proposta prima della Giunta, almeno in lingua tedesca, non funzionava grammaticalmente, per questo abbiamo cambiato la frase.

Dal punto di vista del contenuto prevede che quanto era previsto nel testo originario solo per la provincia di Trento, venga esteso anche all'Alto Adige.

PRÄSIDENT: Ich frage die Frau Assessorin Stocker.

STOCKER: Zur Fragestellung, dass wir die drei verschiedenen Änderungsanträge zusammenbringen: Ich wäre durchaus bereit, einen Teil des Abänderungsantrages vom Kollegen Catalano zu übernehmen und den mit unserem Abänderungsantrag als Regionalregierung zu kombinieren. Aber ich habe Schwierigkeiten – und das soll an dieser Stelle nicht unterschlagen werden - mit der Ausdehnung auf Südtirol. Ich denke, es ist hier nicht der Ort und jetzt auch nicht die Zeit, ein Problem, das durchaus besteht, hier so fundiert zu diskutieren, dass wir dann tatsächlich diesbezüglich zu einer Lösung kämen. Aber was einen Teil des Abänderungsantrages des Abg. Catalano anbelangt,

könnte ich mir durchaus vorstellen, dass wir zu einem gemeinsamen Vorschlag kommen.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Catalano dazu bitte. Einverstanden?

CATALANO: Il senso della mia proposta era quello di trovare unificazione tra i tre emendamenti, perché il limite che riconosco nel mio emendamento è quello segnalato dalla cons. Kury, cioè di essere un emendamento tutto calato sulla realtà trentina, ma era stato fatto per riporre un problema effettivamente. Ora visto che lo scopo dell'emendamento era porre un problema, il problema è un problema regionale e non soltanto del Trentino, quindi ci starei ad unificare i testi, se è possibile ragionare su tutti e tre gli emendamenti.

Questa è la mia posizione ed a me andrebbe bene, sui due emendamenti ho qualche problema anch'io.

PRÄSIDENT: Ich habe verstanden. Dann gehen wir also mit der Diskussion weiter.

Kollege Seppi, Sie haben das Wort.

SEPPI: Grazie, Presidente. Non riesco a trovare l'emendamento dell'assessora Stocker. Allibisco, caro cons. Catalano, all'ipotesi che ti hanno giustamente segnalato i colleghi Verdi, che lo hanno fatto con molta gentilezza e pacatezza, perché se lo avesse proposto qualcuno di queste fila ti avrebbero tirato anche le arance ed i pomodori. E' molto bello avere questa ottica di santità, questa ottica di apertura nei confronti di tutti e poi fare un distinguo sulla zona in cui questa santità va applicata o meno, benissimo, cons. Catalano. In Provincia di Trento possono venire anche gli extracomunitari, in provincia di Bolzano no e tu non ti sei calato nella realtà di Trento, tu ti sei calato nella realtà della possibilità di farlo passare, sapendo benissimo che il razzismo e la xenofobia non è sui banchi della destra, ma è sui banchi di una parte della maggioranza...

(interruzione)

SEPPI: no, no, non è una bella battaglia, sei tu che ti sei incastrato da solo, sei tu che ti sei incartato, caro il mio amico che vorrebbe gli extracomunitari solo in provincia di Trento ed in provincia di Bolzano no, perché sta benissimo, ribadisco che se c'è razzismo e xenofobia è su banchi di qualcuno che è con lui alleato, non sicuramente sui banchi della destra.

Certamente a me non va di difendere sicuramente le posizioni degli extracomunitari, nel momento in cui abbiamo dottori nostri sulla strada che cercano lavoro, su questo non c'è dubbio, sono d'accordo con il collega de Eccher. Ma il fatto bello è questo, che pur di raggiungere un risultato miserevole da un punto di vista ideologico, perché se ideologicamente siete su questa posizione vi rispetto, ma allora non hanno confini territoriali le vostre posizioni, perché se hanno confini territoriali, come tu esprimi per iscritto, caro collega Catalano da te non me lo sarei aspettato, tu esprimi per iscritto che solo in provincia di Trento possono lavorare gli extracomunitari, in provincia di Bolzano no.

Allora francamente dico che è talmente strumentale il vostro modo di essere così aperti al mondo che viene da fuori, così disponibili nei confronti di chi viene nei paesi comunitari da zone extracomunitarie, è così aperto il vostro modo di pensare che francamente lo ritengo più razzista, più xenofobo e addirittura più razziale di qualsiasi altro atteggiamento in quest'aula. La vostra è un'apertura a senso unico, territoriale: Trento sì, Bolzano no.

Forse pensavi che così la SVP te lo faccia passare? Ritengo che questa sia una forma di grosso "paraculismo" politico. Grazie.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Stellungnahmen? Abg. Catalano, bitte.

CATALANO: Intervengo per fatto personale. Avrebbe ragione il cons. Seppi se io non avessi prima spiegato, ma evidentemente lo dico in parole diverse che forse ci capiamo meglio, ci sono difficoltà linguistiche. Ho teso a ripristinare quello che c'era scritto ed aprire un problema politico, mi capisci se lo dico in queste parole?

Allora semplicemente era questo, il fatto che tu giustamente intervieni sul problema politico che ho posto io e poni un problema di competizione xenofoba fra le forze politiche che provengono dall'Alto Adige, mi rendo conto che può esserci questa questione, ma quello che a me interessava è che questo uscisse, che c'è un problema per cui non si possono assumere gli extracomunitari a Trento, ma per Bolzano l'assessore non è disposto a porre il problema. Quindi è l'assessore che prende la responsabilità politica, rispetto a quello che è stato detto, che vi è un problema per la provincia di Bolzano ad assumere personale extracomunitario. Allora questo problema è un problema che tu hai denunciato, ma che riguarda anche la tua forza politica, cioè vi è un problema dal centro fino a destra di xenofobia ed è bene che in quest'aula questo sia uscito.

Il mio tentativo, ripristinando il testo, era di aprire questa provocazione ed è questo che rivendico e credo che qualche risultato c'è stato.

Il silenzio in quest'aula, da parte dei settori che fanno riferimento all'assessore, anche questo è estremamente indicativo.

PRÄSIDENT: Das war eine Stellungnahme in persönlicher Angelegenheit. Kollege Divina, Sie haben das Wort, bezogen auf den Antrag.

DIVINA: Presidente dell'aula, parlo a lei perchè è l'unica persona istituzionalmente che è tenuta ad ascoltare le osservazioni dei consiglieri, lei reputa il caso di raddoppiare il numero degli assessori della Giunta regionale, di provvedere ad una norma di rivisitazione di statuto e leggi? Perché se questo sarà il proseguo di questa legislatura dovremmo avere doppi assessori, per le politiche sociali l'assessore di lingua italiana e l'assessore di lingua tedesca, perché poi uno dovrà curare la legge che vigerà sul territorio della provincia di Bolzano ed uno si specializzerà nelle norme completamente diverse che vigeranno per la provincia di Trento.

Negli ultimi anni le maggioranze della regione hanno consentito un obbrobrio istituzionale, si è messo mano alla riforma statutaria, la provincia di Bolzano ha detto: guai a voi se toccate le nostre regole, si sono tenuti la legge elettorale, hanno mantenuto i 4 anni di residenza ininterrotta per l'esercizio di

voto, eccetera, su Trento tutto si è lasciato andare secondo le dinamiche del momento, gli orientamenti politici del momento.

Le legge elettorale amministrativa, Bolzano ha preteso numeri minimi e massimi, regole, eccetera, a Bolzano città bisogna andare a rivotare, perché un sindaco eletto può anche non avere la maggioranza, viceversa per Trento premi di maggioranza, legge completamente diversa.

Indennità dei sindaci. Manca l'assessore competente, spero che non ci si porti nella stessa legislatura una norma che ci ha già fatto arrabbiare abbastanza sul come retribuire gli amministratori comunali, si è fatto un pateracchio unico ed a distanza di sei mesi si dice che bisogna riportare quella legge, perché abbiamo partorito una schifezza. Oggi continuiamo su questo binario ed abbiamo già fatto 7, 8 modifiche che valgono in un senso per Trento e non valgono, viceversa, per Bolzano.

Le privatizzazioni si potranno fare a Bolzano e non si potranno fare a Trento e gli emendamenti sull'art. 27 consentiranno, se passeranno, perché è probabile che gli emendamenti della Giunta abbiano questo canale preferenziale, dove in provincia di Bolzano non si potrà assolutamente assumere personale sanitario, non medico, proveniente da altri paesi extracomunitari, viceversa per Trento tenetevi tutti quelli che arrivano, a noi non interessa.

Presidente del Consiglio e colleghi, si può in un'assemblea, che non è divisa a metà, né a quadri, è divisa ideologicamente, ma dal momento che è unitaria si può continuare a disciplinare in modo disomogeneo? Abbiamo una base elettorale comune? Probabilmente no, ha ragione la collega, con le due leggi abbiamo anche diviso le basi, ma siccome abbiamo un vincolo di rappresentanza senza mandato, rappresentiamo l'intera regione, possiamo continuare a dire all'intera regione che noi qua dentro ci accorderemo, o meglio la maggioranza qua dentro farà gli affari suoi e darà risposte di un tipo se conviene a Bolzano e di un altro tipo se conviene a Trento?

Io mi vergogno, manco volontariamente, sono assente da questo dibattito ed ogni tanto però si perde la pazienza e si viene meno anche ai propositi, perché non è possibile continuare di questo passo.

Presidente, lei deve proporre a quest'aula una modifica statutaria regolamentare, perché si raddoppiano gli assessorati, qualcuno pensi solo per Bolzano e qualcun altro pensi solo per Trento, perché di fatto siamo ormai orientati su questa strada.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann wird über den Abänderungsantrag des Abg. Catalano abgestimmt. Wer spricht sich dafür aus? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Bei 4 Jastimmen, 6 Enthaltungen und dem Rest Neinstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Ich verlese den nächsten Antrag, Prot. Nr. 851/1, eingereicht von den Abg. Urzì, Holzmann, de Eccher und Minniti:

Al comma 1, lettera b) è aggiunta la seguente frase:

Può essere ammessa una deroga per l'accesso all'impiego, sia pur temporaneo, di personale medico, paramedico e infermieristico a favore di personale non in possesso del requisito dell'attestato di conoscenza della seconda lingua di cui sopra al fine esclusivo di garantire la funzionale e migliore offerta del servizio.

In Absatz 1 Buchstabe b) wird folgender Satz hinzugefügt:
„Für die - auch nur befristete - Aufnahme von ärztlichem und nicht-ärztlichem Personal sowie Krankenpflegern kann für jene Personen, die nicht im Besitz des oben angeführten Zweisprachigkeitsnachweises sind, eine Ausnahmeregelung vorgesehen werden, um einen wirkungsvollen und besseren Dienst zu gewährleisten.“.

Bitte, Kollege Urzi.

URZI: Grazie, Presidente. Propongo che d'ora in avanti per ogni emendamento o articolo si chiarisca in apertura di dibattito se ci si riferisce alla provincia di Bolzano, a quella di Trento o a zone della provincia, in modo che possano sentirsi direttamente coinvolti una volta solo i consiglieri della provincia di Bolzano, una volta solo quelli della provincia di Trento, una volta quelli di un territorio specifico. In questo caso annuncio che possono svegliarsi dal loro torpore i consiglieri della provincia di Bolzano e quelli della valle di Fassa, perché si tratta solo di loro, gli altri possono tornare a dormire.

L'emendamento, signor Presidente, per ovvie ragioni, per necessità funzionali riguarda solamente una porzione del territorio regionale e riguarda la porzione sulla quale vengono ad essere applicate quelle norme che attengono la richiesta per l'accesso all'impiego della conoscenza della lingua italiana e tedesca, accertata ai sensi dell'art. 28, per le aziende della provincia di Bolzano, nonché della lingua ladina per le aziende delle località ladine delle province di Trento e di Bolzano.

La norma ha un valore chiaramente legato ad una specificità del territorio, che secondo le attuali disposizioni di legge impone un rapporto fra l'utenza e colui che svolge un servizio di interesse pubblico, sulla base della conoscenza delle diverse lingue.

Detto questo, signor Presidente, il nostro emendamento nella sostanza propone di prendere atto di una condizione oggettiva, cui si è fatto anche riferimento nel corso del dibattito, ossia il problema che in provincia di Bolzano – mi riferisco automaticamente da qua in avanti, quando dico provincia di Bolzano, anche alle località ladine della provincia di Trento – esiste nel poter disporre di personale che possa garantire il servizio con una adeguata qualificazione professionale e che possa contemporaneamente anche garantire una adeguata competenza linguistica nel rapporto con l'utenza .

Signor Presidente, fughiamo subito il dubbio, è ovvio che tutti noi, nel momento in cui ci troviamo in una condizione per cui abbiamo la necessità di farci assistere o abbiamo la necessità di avere una relazione con un personale il cui rapporto di lavoro sia regolato secondo determinati canoni di rilevanza pubblica, ebbene, tutti noi avremmo non solo il piacere, ma richiederemmo anche il diritto ad avere un rapporto che si svolga nella nostra lingua.

E' anche pur vero, signor Presidente, che esiste una condizione che è quella che abbiamo descritto, di difficoltà nell'avere un'adeguata offerta professionale a rispondere alla richiesta, per cui di fronte alla carenza di un servizio preferiamo sicuramente avere la garanzia del servizio, anche se offerta non con quella competenza linguistica che pure auspicheremmo. In altri settori, non è questo il caso, signor Presidente, noi diciamo che preferiremmo sicuramente essere curati bene a Washington, gesticolando con le mani, cercando di farci capire da un medico statunitense, piuttosto che essere curati

malissimo a casa nostra, per poi magari doverne anche pagare conseguenze definitive.

Detto questo, era un paragone improprio e concludo, signor Presidente, torniamo al merito del nostro dibattito. Con questo emendamento sostanzialmente si ammette una deroga per l'accesso all'impiego, sia pur temporaneo, che sia chiaro questo concetto, di personale medico, paramedico ed infermieristico a favore di personale anche non in possesso del requisito dell'attestato di conoscenza della seconda lingua. Ciò e lo specifichiamo nell'emendamento, al fine esclusivo di garantire la funzionale e migliore offerta del servizio, sempre in attesa di tempi migliori, per cui evidentemente si possa garantire la migliore offerta del servizio ed anche la migliore competenza linguistica, ma se dobbiamo scegliere preferiamo la migliore offerta del servizio prima della competenza linguistica e solo dopo anche la competenza linguistica. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Bitte, Frau Abg. Klotz.

KLOTZ: Da seid ihr jetzt perfekt in die eigene Falle getappt.

Cristano de Eccher hat hier sehr, sehr ausführlich dargelegt, warum es wichtig ist, die Dienste in der eigenen Muttersprache zur Verfügung zu haben. Er hat sich über den Vorschlag des Abg. Catalano aufgeregt, für das Trentino auch vorzusehen, dass Personal eingestellt wird, das möglicherweise der italienischen Sprache bzw. des Trentiner Dialektes nicht so Herr ist. Aber jetzt auf der einen Seite würde man uns in Südtirol zumuten, dass Deutsch nicht so wichtig ist, dass der Dienst versehen werden kann. So habe ich es auch vom Abg. Catalano verstanden, dass man Probleme hat, die Dienste im Trentino aufrecht zu erhalten, weil anscheinend nicht genügend italienischsprachiges Personal vorhanden ist. Alessandro Urzi, jetzt hast du dich selber einmal Lügen gestraft und selber ausgeliefert.

Dann die Darlegungen, die Sprache sei nicht so wichtig: Die Sprache ist sehr wichtig. Ich hoffe, dass ihr auch gelernt habt, dass es nicht so ist, wie man in der Zeit des Faschismus in Südtirol gesagt hat, die Sprache spielt keine Rolle, denn auch das Rindvieh braucht keinen Arzt, der die deutsche Sprache spricht, das Rindvieh wird doch gesund, wenn es ein ausgebildeter Tierarzt ist. Ich glaube, soweit haben wir uns jetzt schon verstanden, dass die Sprache wichtig ist. Ich habe mich, was die Verhältnisse für das Trentino, also was diese Ausnahmeregelung anbelangt, der Stimme enthalten, weil ich der Meinung bin, das müsst ihr hier im Trentino selber wissen. Aber auf der anderen Seite ist die zweite Falle, in die ihr selber getappt seid. Ihr klagt hier dauernd: wir sind sowieso zwei getrennte Realitäten, also hört ihr nicht hin... Ihr liefert uns ja dauernd die Beweise dafür, dass man eigentlich diese Region abschaffen sollte. Übernehmen wir die Kompetenzen Land für Land, dann ist Ruhe, dann brauchen die einen dem anderen nicht vorzuhalten, dass sie übertölpelt und fremdbestimmt werden. Das ist jetzt ein ganz klassisches, schönes Beispiel. Für mich natürlich ein besonderer Augenblick, feststellen zu können, dass das, was wir seit Jahrzehnten verlangen, im Grunde genommen eigentlich auch der Natur eurer eigenen Seelen entspräche und dass wir soweit von der Realität nicht fern sind.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Catalano, bitte.

CATALANO: Proprio per manifestare la mia contrarietà a questo emendamento, perchè questo emendamento presta assolutamente il fianco ai rilievi logici che sono stati appena espressi dalla cons. Klotz. Cioè se l'assistenza deve essere prestata a delle persone ed il rapporto all'interno di una casa di riposo è un rapporto umano di relazione, è evidente che il criterio linguistico è fondamentale, quindi è del tutto ovvio che il personale dovrà avere quelle conoscenze linguistiche che permettano... d'accordo, allora lo dividiamo in due. Da un punto di vista della logica ha assolutamente ragione la cons. Klotz, quando dice: non potete fare questo ragionamento, perché questo ragionamento lo avete appena fatto sugli extracomunitari che sono diversi.

Io dico che se è diverso, allora l'eccezione va fatta per tutti, se non ci sono assistenti è bene che ci siano, allora che siano di lingua italiana o di lingua magrebina è la stessa, identica cosa, non potete inventarvi una diversa graduatoria di male. Quindi se c'è emergenza dovete fare un emendamento in cui sia aperto a tutti, compresi i lavoratori extracomunitari, se non c'è emergenza c'è il criterio linguistico, ha un senso, perché è inutile che io che non conosco una parola di tedesco faccia dell'assistenza ad una persona di quella madrelingua, è un guaio, allora se c'è quel guaio non possiamo distinguere fra italiani e cittadini di altra lingua, vanno bene tutti...

(interruzione)

CATALANO: ...io dico tutti, però mi permettevo di dire che il requisito che invece c'era nel mio emendamento e che voi avete respinto era che ci fosse la conoscenza della lingua italiana per esempio in provincia di Trento, quello sì che era un criterio che ovviamente riduceva la platea dei possibili assumendi, perchè chiedeva il requisito della lingua, quindi non posso assumere un lavoratore extracomunitario che non conosce l'italiano all'interno di una casa di riposo, ma non posso assumere un lavoratore che non conosce il tedesco in una casa di riposo dove sono tutti quanti assistiti di lingua tedesca, questo mi sembra del tutto ovvio. Se c'è un'emergenza allora apriamo a tutti quanti, perché abbiamo bisogno di tutti e questo lo diciamo chiaramente però. Non respingiamo gli emendamenti secondo criteri, accusando di razzismo in certi casi e poi praticandolo o viceversa.

PRÄSIDENT: Ich ersuche bitte die Kolleginnen und Kollegen nicht zu unterbrechen. Sie haben gemäß Geschäftsordnung Ihre Zeit und die gehört Ihnen. Wenn Sie taktisch dazwischen rufen wollen, kann ich es nicht ändern, aber Selbstdisziplin wird auch verlangt. Sie haben also jeweils die Möglichkeit, sich dann zu Wort zu melden, wann Sie dran sind. Ich versuche jedem und jeder ihr Recht zu geben.

Bitte, Frau Kury, Sie haben das Wort.

KURY: Danke! Alessandro Urzì hat also beim Art. 27 versucht, das Problem für Südtirol zu lösen, wie man mit jenen Pflegerinnen und Pflegern umgeht, die die Zweitsprachprüfung nicht haben. Ich ergreife jetzt das Wort, weil wir diese Problematik beim Art. 28 aufgreifen, nämlich dort, wo genau festgelegt ist, dass

der Zugang zu den Diensten an die offizielle Zweitsprachprüfung „patentino“ geknüpft ist. Wir werden uns bei Deinem Änderungsantrag, Kollege Urzi, enthalten, aber doch jetzt versuchen, unsere Meinung dazu vorzulegen. Wir gehen davon aus, dass es für uns sehr wichtig ist, dass in den Altersheimen die Sprache der Betreuten gesprochen wird. Allerdings ergibt sich die Frage, woran misst man die Sprachkenntnisse. Ist es richtig und kommt es den Bedürfnissen der Betreuten entgegen, wenn wir als ausschließliches Zugangskriterium das so genannte „patentino“ definieren. Das „patentino“ ist sehr beschränkt in der Anzahl der Prüfungen, beschränkt auf den Ort Südtirol, wo diese Sprachkenntnis auch nachgeprüft werden kann und deshalb von der EU nicht mehr so akzeptiert. Wir gehen von den Bedürfnissen der Betreuten aus und ich denke, dass diese Bedürfnisse das Altersheim am besten kennt und dass es wichtig ist, dass die Sprachkenntnisse, die wir von den Pflegerinnen und Pflegern verlangen, mit den Bedürfnissen der Betreuten überein stimmen und nicht irgendwelche theoretische, linguistische Abhandlungen betreffen. Deshalb schlagen wir beim Art. 28 vor, dass wir als zusätzlichen Sprachnachweis zum offiziellen „patentino“ auch eine Prüfung, die vom Altersheim organisiert wird, zulassen, weil das Altersheim die Bedürfnisse kennt und ich wirklich aus eigener Erfahrung sagen kann, dass Leute, auch wenn sie von Sizilien oder von Tunis kommen, in relativ kurzer Zeit jene Sprachebene erlernen, die auf der Altersheimebene gebraucht wird, wie Begrüßungsfloskeln oder etwa die Frage, wie es jemanden geht usw. Es kommt auf den Willen, auf die Motivation an, das zu lernen und das geht schnell. Eine Kommunikationsebene kann relativ schnell hergestellt werden, die den Insassen das Gefühl verleiht, hier kümmert sich jemand um mich. Allerdings sind diese Personen nie und nimmer imstande, eine Sprachprüfung zu bestehen, bei einem normierten „patentino“ durchzukommen. Deshalb ist es wichtig, dass man diese Möglichkeit zulässt.

Ich möchte noch einen Schritt weitergehen. Wenn wir wollen, dass erstens einmal in den Altersheimen von Südtirol der Dienst gewährleistet wird – und wir wissen um den Personalnotstand, man darf das Wort nicht sagen, aber es ist so, es gibt großen Mangel an einheimischem Pflegepersonal - dann kann man darauf unterschiedlich reagieren. Man kann Dienste auslagern und damit wirklich überhaupt nicht mehr garantieren, dass beide Sprachen gesprochen werden. Wäre es da nicht besser zu schauen, dass man Leute, die sonst keine Möglichkeit haben, längerfristig angestellt zu werden, weil sie die Zugangsbedingungen nicht erfüllen, zumindest längerfristig anstellt und sie dann in die Lage versetzt, die Sprache tatsächlich zu lernen. Das wäre mit dieser Zusatzprüfung, die wir bei Art. 28 vorschlagen, möglich: Die Leute länger anzustellen, sie stückweise in die Lage versetzen und sie zu motivieren, die beiden Sprachen zu lernen, die sie brauchen. So könnte man beides gewährleisten, nämlich die Dienste sichern, die notwendig sind, aber auch die Sprache. Wenn man den Leuten keine längerfristige Anstellung zukommen lässt, weil sie die Zugangskriterien nicht haben, haben wir dort jene, die die zweite Sprache oder Deutsch nicht lernen wollen.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. Seppi, Sie haben das Wort.

SEPPI: L'art. 28, collega Kury, lo discutiamo quando arriviamo all'art. 28, altrimenti io apro parlando dell'art. 36. Mi conceda, collega Kury, quando c'è

sordo che non voglia capire, è evidente che il collega Urzì, che ha scritto in maniera molto semplice il suo emendamento, può stare ad illustrarlo anche cinque ore, ma evidentemente quando non si vuole capire non si capisce.

Il collega Urzì ha solamente detto che nel momento in cui non è possibile, nell'ipotesi in cui non fosse possibile sposare la professionalità con la conoscenza delle lingue, è preferibile scegliere la professionalità che non la conoscenza delle lingue e questo mi sembra ovvio.

Considerato in un'ottica di chi non vuol sentire, perché fa un emendamento e questo non me lo dimentico, cons. Catalano, per quanto tempo ti possa vedere con tutto il bene umano che ti voglio, secondo cui un ricoverato in una casa di riposo del Trentino può farsi fare una siringa da un magrebino nero, ma in provincia di Bolzano no, perché guai a Dio! Questo lo dovrai spiegare davanti ai tuoi elettori, perché su questo ritengo che ci sia veramente da porre l'attenzione, altro che le questioni portate dal cons. Urzì, che non servirebbe nemmeno portarle se vivessimo in un Parlamento, in una realtà di persone civili ed intelligenti. Ma siccome non lo viviamo, giustamente il cons. Urzì lo porta ed addirittura viene contestato. Ma per favore!

Nessuno dice che non sia importante conoscere le due lingue, nessuno dice che in una casa di riposo tedesca non ci debba andare qualcuno che non sa il tedesco, nessuno ha affermato questo, ma siccome stiamo ragionando nell'ipotesi in cui non ci fosse la possibilità di garantire il servizio per mancanza di personale, si dice: se uno sa perfettamente due lingue, ma non sa dove si mette una siringa, preferiamo quello che sa dove mettere una siringa e sa una lingua sola.

Questo mi sembra talmente evidente, mi sembra talmente logico che non meriti né le controdeduzioni della collega Klotz, che forse un po' di controsenso lo avrà anche trovato, ma è strumentale, né le controdeduzioni della collega Kury, perché un discorso di questo tipo mi sembra talmente ovvio, che non vi augurerei mai di essere su un'isola deserta con un attacco di peritonite, che arriva un medico che sa solamente il sudafricano e dico di non operarmi perché non sei capace di parlare l'italiano o il tedesco. Mi fate ridere e quando non volete capire l'emendamento del collega Urzì mi fate ancora più ridere!

Francamente ritengo che arrivati a questo punto dobbiate fare una seria riflessione, perché ciò che ha espresso il cons. Urzì non andava neanche espresso, perché è talmente evidente, logico e palese che non meriterebbe la discussione in un Parlamento, ma addirittura una fesseria di questo tipo diventa l'ordine del giorno di una discussione importante.

Invece viene trascurato il fatto, cara collega Kury, che tu assieme al cons. Catalano hai votato un emendamento per il quale gli extracomunitari vanno bene a Trento, ma a Bolzano no.

Questa è una cosa della quale francamente dovrete pagarne le conseguenze. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. de Eccher, Sie haben das Wort.

de ECCHER: Presidente, intendo intervenire per confutare il ragionamento della collega Klotz, che apparentemente sembra disporre di una sua logica. Le due situazioni, quella della provincia di Bolzano e quella della provincia di

Trento, sono totalmente diverse. Da noi non esiste il problema del personale, nella provincia di Bolzano trovare il personale che abbia le conoscenze, così come sono previste dal successivo art. 28 sul bilinguismo è effettivamente difficile. Questo ha aperto le porte ad una situazione che ha visto protagoniste le cooperative con tutta una serie di conseguenze. Ricordo che un collega di partito, il consigliere comunale Angeli, a suo tempo, aveva presentato un esposto alla Procura della Repubblica, c'era stato tutto un seguito, mi pare anche un procedimento di tipo amministrativo ed effettivamente questa forma di gestione allegra è emersa con tutte le sue conseguenze.

Effettivamente la realtà è assolutamente diversa, da una parte si cerca di intervenire per provvedere ad una situazione di emergenza, dall'altra questo stato di emergenza oggettivamente non esiste.

Per quanto riguarda i riferimenti dell'assessore, anche qui una qualche riflessione; non si può pensare di garantire gli ospiti delle case di riposo dell'Alto Adige e lasciare che, viceversa, la situazione del Trentino prenda una strada diversa. Noi qui siamo in veste di consiglieri regionali e quindi dovremo avere a cuore il quadro complessivo della cittadinanza che ci troviamo a tutelare.

Il problema della conoscenza della lingua è un problema fondamentale, provate ad andare nelle case di riposo a chiedere agli ospiti se ritengono importante il problema della comunicazione, ma parlate non solo con gli ospiti, parlate anche con il personale, laddove ci sono difficoltà di comunicazione tra persone che svolgono la stessa mansione. Questi sono i problemi che in qualche modo andiamo ad affrontare.

Provate a domandare, se avete la fortuna di averli ancora i vostri genitori, se nell'ipotesi doveste andare in una casa di riposo con chi volete comunicare? Volete che il personale conosca perfettamente la vostra lingua? Diciamo di più, che sia della vostra zona o meno? Questo è il problema.

Guardate che le motivazioni che stanno alla base di queste scelte sono motivazioni poco nobili, parliamo di contratti a tempo determinato, perché nell'ambito di queste strutture si spendono i capitali per la dirigenza, per la struttura, per i consigli e poi si vuole risparmiare sul personale. Sul personale più si scende di livello e più si vuole risparmiare ed è una situazione che si ripete.

Se andate al Mart è la stessa cosa, i dirigenti pagati a fuor di milioni, le cooperative, lo sfruttamento dell'ultimo lavoratore e la sinistra su questo si piega ed è una vergogna, si privilegia l'ideologia, si privilegia la sovrastruttura e si manca sul piano della socialità, perché questa è socialità e lo tengano a mente i colleghi della sinistra.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. Mosconi, Sie haben das Wort.

MOSCONI: Grazie, Presidente. Intervengo brevemente, perché è un argomento che coinvolge. Una riflessione la voglio fare anche di carattere generale, perché mi rendo conto che nella nostra realtà regionale – insisto su questo termine – è quotidiano lo scontro che si verifica fra quello che possiamo definire uno stato ideologico ed uno stato di necessità. Dipende dalle visioni, dalle culture, dipende da quello che uno pensa delle relazioni umane ed anche all'interno di

attività produttive o assistenziali come quella di cui stiamo parlando in questo momento.

C'è chi vorrebbe la chiusura totale all'ingresso di persone che non fanno parte della nostra realtà, della nostra civiltà, della nostra cultura, quindi quelli che usiamo definire extracomunitari; esistono anche persone che profondamente convinti di questo poi si mettono in fila per chiedere il permesso davanti alla questura per chiedere il soggiorno a scopo di lavoro, perché hanno bisogno assoluto, vitale in certe attività produttive, mi riferisco in modo particolare a quelle in questo momento, ma potrebbero essere anche quelle assistenziali e quindi in questo caso sopravviene lo stato di necessità rispetto a quello culturale che vedrebbe il rifiuto di queste persone sul nostro territorio.

Allora bisogna trovare il modo di metterci d'accordo su queste situazioni, salvaguardando nel limite del possibile le posizioni degli uni e degli altri, come dirò poi alla collega Klotz, in una cornice regionale.

Qui ci troviamo di fronte ad un emendamento che penso sia frutto anche, da parte di chi l'ha presentato, di una volontà di approfondire, di essere realisti quando è necessario essere realisti e quindi bisogna leggerlo per come è scritto, non per come uno lo vuole intendere a tutti i costi perché debba essere bocciato. Abbiamo assistito ieri ad una dimostrazione della forza dei numeri, contro la quale noi potremo anche stare zitti e non prendere parola, perché tutto passa ciò che viene proposto dalla maggioranza e nulla passa se è proposto dalla minoranza, come è sempre stato.

Qui si parla di un emendamento che prevede la presenza di questo personale medico, paramedico, infermieristico, con un tipo di rapporto di lavoro a tempo determinato, nel solo caso in cui non sia possibile disporre assolutamente di personale in possesso della conoscenza delle due lingue. Fosse anche solo ipotetico questo caso, fosse solo potenziale e proprio perché nell'emendamento sono inseriti i limiti nei quali può essere utilizzato, mi chiedo per quale motivo si deve essere contrari. Se diciamo che non esiste personale in possesso del bilinguismo nella provincia di Bolzano e necessita però che sia portato avanti questo servizio, è il classico stato di necessità che passa al di sopra di tutto il resto e che quindi rende applicabile temporaneamente questa apertura che vuole portare questo emendamento.

Quindi non mi scandalizzerei che venisse accettato e votato anche da chi ha idee completamente diverse.

Un brevissimo accenno, Presidente, alla collega Klotz che stimo molto e nei confronti della quale non mi pongo la questione di convincerla, perché so che perderei tempo, però questa continua differenziazione fra Trento e Bolzano, porta solo a dimostrare che in più di 50 anni di storia autonomistica della nostra regione è stata la convivenza a far portare a risultati concreti, a far fare passi in avanti alla nostra società regionale, a farci conquistare situazioni di progresso e di benessere come conosciamo e sono profondamente convinto che sarà ancora la convivenza che ci farà superare questi momenti di ostacolo, che ci fa superare divisioni, a volte conflittualità ideologiche e che ci potrà portare ad ulteriori situazioni e posizioni di progresso e di benessere. Con la convivenza si vince, senza la convivenza rischiamo di diventare noi stessi stranieri in casa nostra. Questa è la mia opinione.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Klotz.

KLOTZ: ...in persönlicher Angelegenheit. Kollege Mosconi, ich will nicht in deinem Haus anschaffen, habe das nie gewollt, aber lass uns die Freiheit zu wünschen, dass Südtirol in aller Freundschaft mit dem Trentino Kontakte pflegt, aber ohne, dass das Trentino mitbestimmt, was bei uns zu geschehen hat. Das ist das Prinzip der Selbstbestimmung, dafür bin ich in die Politik gegangen und Du hast Recht, niemand wird mich vom Gegenteil je überzeugen können.

PRÄSIDENT: Das war eine Stellungnahme in persönlicher Angelegenheit. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, wird der Antrag des Abg. Urzi abgestimmt. Wer spricht sich für den Antrag aus? Dagegen? Enthaltungen? Bei 12 Jastimmen, 1 Enthaltung und dem Rest Neinstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Änderungsantrag, Prot. Nr. 757/2, eingebracht von Frau Abg. Kury und anderen:

Im Artikel 27, Absatz 1, Buchstabe c) wird folgender Satz angefügt:

„Was das ärztliche, das medizinisch-technische und das Pflegepersonal betrifft, ist – als Ausnahmeregelung – der Zugang zum Dienst mit befristetem Arbeitsverhältnis auch Personen aus Nicht-EU-Ländern gestattet.“

Alla lettera c) dell'articolo 27 comma 1 è aggiunta la seguente frase:

“Per quanto riguarda il personale medico, tecnico-sanitario e infermieristico, in deroga a tale requisito, è consentito l'accesso all'impiego con contratto a tempo determinato anche a soggetti provenienti da Paesi extracomunitari.”

Kollege Dello Sbarba hat das Wort zur Erläuterung.

DELLO SBARBA: Grazie, Presidente. Con questo emendamento che noi presentiamo e che è quello più comprensivo di quelli che fino adesso abbiamo discusso su questo argomento, cioè sulla possibilità di assumere personale medico, tecnico, infermieristico, quindi si allarga tutta la gamma del personale e questo anche a soggetti provenienti da paesi extracomunitari, qui le posizioni dei singoli partiti e dei singoli consiglieri e consiglieri possono essere definitivamente chiarite.

Non ci si può più nascondere dietro al dito di essere contro solo perché la cosa divide fra Trento e Bolzano, questa norma è una norma che vale proprio perché siamo convinti anche noi che su questa questione non abbia senso distinguere tra le due province, sono due province che hanno 470 mila abitanti circa, sono due province alpine, sono due province vicinissime, sono due province che hanno gli stessi problemi per quanto riguarda la mancanza di personale e quindi anche la stessa opportunità e necessità di assumere personale non residente in provincia e neanche nella comunità europea, ma personale extracomunitario.

Quindi su questo mi aspetto, da un lato il sostegno di chi si lamentava che si prevedeva nei precedenti emendamenti normative diverse tra Trento e Bolzano, questa è una normativa comune di Trento e di Bolzano, è una normativa della Regione, sia chi diceva che non si può fare gli antixenofobi a senso unico, cioè nella terra del vicino e in questo senso mi rivolgo all'assessora Stocker, perché devo capire, cioè lei assessora Stocker ci ha

proposto una regola di questo tipo solo per la provincia di Trento, io le chiedo perché solo per la provincia di Trento e non per la provincia di Bolzano, che ha gli stessi se non più grossi problemi, perché poi vedremo quando arriviamo alla questione della proporzionale, vedremo che la provincia di Bolzano ha gli stessi, se non più grossi problemi.

Durante un incontro che abbiamo avuto tutti i capigruppo e tutti i consiglieri con i sindacati, è emerso per la provincia di Bolzano un dato che adesso ripeteremo e cioè che in provincia di Bolzano il 40% dei posti nelle case di riposo sono coperti non da lavoratori assunti a tempo indeterminato e buona parte di questo 40%, alcuni sono posti a tempo determinati, ma la maggior parte di questi posti sono coperti, proprio per la difficoltà di coprirli con personale regolare, fisso che corrisponde a tutte le caratteristiche, eccetera, la quasi totalità di questo 40% è coperto da personale assunto in cooperativa, quindi esternalizzato e sappiamo benissimo che questo personale è personale al 100% extracomunitario.

Tra l'altro il fatto che si sia affidato alle cooperative questo personale con contratti di servizio, ha portato a delle complicazioni ed anche degli scandali che sono finiti sui giornali, perché l'amministrazione non aveva il diretto controllo di questo personale e c'era qualcuno che giocava su questo personale, mentre se diciamo che di questo personale ne abbiamo bisogno, anche a tempo determinato e lo assumiamo direttamente, lo possiamo controllare e quindi possiamo controllare direttamente le condizioni di lavoro di questo personale.

Ripeto, questo è l'emendamento su cui non si può più parlare con lingua biforcuta, non si può essere antixenofobi o xenofobi a senso unico e quindi mi aspetto un caloroso sostegno da parte dell'aula.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. Urzì, Sie haben das Wort.

URZÌ: Grazie, Presidente. Rilevo un limite in questo emendamento, che è quello di non indicare i motivi per cui si possa derogare, cioè la causa che giustifichi una deroga rispetto ai soggetti indicati.

Cosa che non avveniva, anche se in un contesto diverso, nel nostro emendamento, dove si chiariva con chiarezza che si deve garantire, questa è la priorità assoluta ed esclusiva, la migliore e più funzionale offerta del servizio, ossia che l'obiettivo principe è la qualità del servizio, che l'obiettivo secondario è quello di garantire il rispetto delle regole come sono date e che sono in subordine, eventualmente si deroga, ma però bisogna chiarire nell'emendamento quali cause devono essere a monte soddisfatte, prima dell'applicazione della deroga e qui in questo emendamento non si chiarisce che la deroga dovrebbe scattare solo nel caso in cui non ci fosse la possibilità di soddisfare la regola, perchè la deroga esiste quando c'è la necessità di prevedere la possibilità di aggirare la regola.

Qui non è chiaro e quindi non è chiaro a tal punto da rimanere sospeso nell'aria, facendo intendere che si può derogare alla regola, indipendentemente da una condizione e dall'altra, addirittura l'ipotesi che è indicata, che è quella dell'assunzione a tempo determinato, eccetera, potrebbe preferire la regola che invece è data dall'art. 27, così come esposta, per cui si

assume coloro che sono in grado di garantire la conoscenza della lingua, la cittadinanza italiana, eccetera, poi se non c'è nessuno allora si deroga.

Invece con questo emendamento prima c'è la deroga e poi c'è la regola, questo è il concetto e questo non va bene, lo dico con chiarezza e contraddice quello che è lo spirito delle nostre iniziative. Quando noi sosteniamo, signor Presidente, che è prioritario, cara collega Klotz, garantire la conoscenza delle due lingue, siamo fieri e sostenitori di questo principio, perché se c'è qualcuno che ne paga le conseguenze evidentemente in provincia di Bolzano è il gruppo linguistico italiano di questa violazione della regola.

Ebbene quando sosteniamo che è necessario la garanzia della conoscenza delle due lingue, sosteniamo che laddove queste condizioni non sono date si può derogare, ma per garantire la migliore e funzionale offerta del servizio, ma solo in presenza di queste condizioni si può derogare, non si deve porre di fatto fingendo che trattarsi di una deroga prevedere una regola che permetta di mettere fuori applicazione la regola.

Signor Presidente, questa era l'obiezione principale che non permette di aderire a questo emendamento, perché è scritto con tutto rispetto, capisco anche lo spirito positivo, però è scritto male.

Detto questo, dico al collega Catalano che le riserviamo un bel posto in una casa di riposo di Bolzano – per quando sarà – in modo da poter sperimentare di persona la straordinaria condizione di equilibrio e salute civile e di convivenza nella nostra provincia. Magari gli vorremmo riservare quel posto in quella casa di riposo esclusivamente per coloro che possono vantare un'appartenenza ad un gruppo linguistico e non agli altri, cioè una casa di riposo solo per cittadini di lingua tedesca che anche il suo partito ha voluto fortemente in omaggio alla convivenza a Bolzano. In omaggio alla convivenza si è voluto fare il blocco monolitico tedesco, dove il personale, gli ospiti, gli uscieri ed anche coloro che puliscono i bagni devono essere appartenenti al gruppo linguistico tedesco. Allora le vorremmo riservare questo posto, collega Catalano, a Bolzano, se non fosse impossibile, perché lei è italiano. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. de Eccher, Sie haben das Wort.

de ECCHER: Per quanto riguarda i ragionamenti presentati dal collega del gruppo dei Verdi voglio ribadire che le due situazioni sono tra loro molto diverse. Non si possono equiparare i problemi della realtà di Bolzano con quelli della realtà di Trento. A sottolineare questo aspetto voglio ricordare un passaggio dell'emendamento che avevamo presentato e che è stato respinto, laddove si ipotizzava la possibilità di deroga, al fine esclusivo di garantire la funzionale e migliore offerta del servizio, quindi si andava a fronteggiare una situazione che purtroppo abbiamo modo di conoscere, di cui la stampa si è più volte occupata.

Nella realtà della provincia di Trento lei mi deve spiegare perché, a fronte di numerosi moltissimi medici in cerca di lavoro, trentini, figli nostri, noi dovremmo creare dei disoccupati per offrire opportunità di lavoro a medici che vengono dall'estero. Lei mi deve spiegare la ragione logica che ci può portare a realizzare questa discriminazione che andrebbe a penalizzare i nostri figli e per essere chiaro io ho un figlio laureato in economia e commercio, non sono direttamente interessato.

Questo per farle capire che obiettivamente la sua posizione non ha né capo, né coda, l'unico obiettivo che si può riscontrare in posizioni di questo genere, è quello di favorire operazioni di risparmio, di sfruttamento per andare poi magari a pagare stipendi lauti ai dirigenti, ai componenti del consiglio di amministrazione, perché la filosofia è sempre quella: si risparmia su chi lavora veramente, per garantire poi a chi occupa determinate posizioni, magari più per meriti politici che professionali, tutta una serie di prebende immeritate. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Mosconi, Sie haben das Wort.

MOSCONI: Intervengo per dire innanzitutto al collega dello Sbarba che capiamo perfettamente lo spirito e vorremmo essere disponibili al massimo ad approvare un emendamento, però ci permettiamo di fare qualche suggerimento che l'emendamento andasse nella direzione giusta, che fosse poi praticabile, quindi faccio anche delle domande a voi di chiarimento.

La proposta vostra si inserisce nella lettera c) che definisce i requisiti generali, è vero che riguarda la regione e quindi non posso che essere favorevole su questo aspetto, ma penso che sia finalizzato anche a superare la carenza del testo precedente e gli emendamenti che finora hanno riguardato solo Trento. Quindi l'inserimento vostro nella lettera c) dell'art. 27 non risolve il problema, perché rimarrebbe comunque in piedi la lettera b) che presuppone per Bolzano la conoscenza della lingua italiana e tedesca.

È una domanda che faccio, come diventa praticabile, voi direte: facciamo anche qualcosa sull'art. 28, immaginavo che fosse questa la risposta.

C'è però anche un'altra carenza, che è stata evidenziata dal cons. de Eccher, che è inaccettabile anche questa, per cui paradossalmente potrebbero essere assunti a Bolzano a tempo determinato, capisco le finalità, personale extracomunitario, ma non personale trentino che conosce la lingua italiana e non il tedesco. Questa è una situazione che potrebbe verificarsi.

Chiedo a questo punto, se andiamo a vedere i limiti dell'emendamento proposto dalla collega Stocker, che riguarda solo la provincia di Trento, quindi non realizzerebbe gli obiettivi proposti dal gruppo dei Verdi, in questo senso sono perfettamente d'accordo con il cons. Catalano per quanto riguarda i requisiti della lingua italiana per i trentini, mi sembrerebbe ovvio anche quello.

Forse sarebbe opportuno un attimo di sospensione e vedere se assieme si può rivedere l'art. 27 per contemperare le esigenze della Giunta per un verso, ma anche dei gruppi consiliari per un altro verso, perché ci troviamo di fronte ad un problema importante che riguarda stati di necessità per i quali si potrebbe avere bisogno di personale disponibile anche extracomunitario. Si parla sempre a tempo determinato ed a fronte di specifiche necessità. Quindi perché non rivedere assieme in termini costruttivi e produttivi questo art. 27, penso che con 10, 15 minuti di sospensione si potrebbe superare. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Weitere Wortmeldungen? Keine. Dann wird über den Abänderungsantrag abgestimmt. ...Sì, però Lei sa che è già stato respinto una prima volta e che c'è anche un emendamento da parte della Giunta.

...Prego, cons. Catalano, sull'emendamento.

CATALANO: Intervengo sull'emendamento e rinnovo la proposta che ha fatto il collega Mosconi e non credo che si possa soltanto far cadere nel silenzio. Credo che questa sospensione sia utile e necessaria per costruire un emendamento equilibrato, che fissi dei criteri generali per l'intera regione. È in questo senso che ho subito detto di ritenere questo emendamento migliore di quello da noi presentato, anche se ho spiegato gli scopi per cui noi avevamo presentato quell'emendamento che era di tipo ripristinatorio già di una situazione.

Credo non si possa passare burocraticamente al voto, ma credo che l'assessore e gli altri colleghi dovrebbero trovare modo di pronunciare su questo. Ciò premesso avrei preferito intervenire su un testo concordato.

Mi sembrava di aver capito dall'intervento del cons. Dello Sbarba che nelle case di riposo gli extracomunitari entrano lo stesso, ma entrano attraverso delle cooperative, rosse, a pallini, di tutti i colori...

(interruzione)

CATALANO: ...molto spesso le cooperative tradiscono lo spirito cooperativistico ed invece sono strumenti di becero sfruttamento. Questa è una cosa che è chiara, si è utilizzato un metodo solidaristico per raggiungere fini di esaltazione del profitto non solidaristico ovviamente.

Ergersi a difensori della contrattazione collettiva dicendo che non facciamo entrare gli extracomunitari, perchè abbasserebbero il potere di contrattazione dei lavoratori, è una bufala, perché quando ai lavoratori viene assicurato un contratto collettivo, quindi in questa legge viene assicurato il rispetto dei contratti collettivi, è più difficile introdurre metodi di riduzione dei diritti che avviene invece attraverso le cooperative, quello sì, perché sono in parte in deroga rispetto ai contratti collettivi, perché appaiono come soci e non come lavoratori dipendenti.

Poi mi fa veramente sorridere che il cons. de Eccher, che appartiene ad una maggioranza che ha introdotto tutte le forme di precariato possibile ed immaginabile e di sfruttamento becero dei lavoratori, dei loro diritti, si erga per coprire la sua xenofobia esclusivamente a tutela dei lavoratori. Qui non ci casca nessuno consigliere, sia un po' più sincero e dica che quei tipi di lavoratori non le piacciono, ma non è dividendo i lavoratori che così si difendono. I lavoratori sono unici, che siano verdi, bianchi, rossi o a pallini ed è proprio l'unificazione dei lavoratori che li rende forti e non il dividerli in figli di trentini, figli di nonesi o in figli di qualche altra valle di nostra competenza.

PRÄSIDENT: Danke! Kollegin Kury, Sie haben das Wort.

KURY: Danke! Erstens würde ich Frau Martha Stocker noch einmal ersuchen, uns eine Replik auf das zu geben, was bisher gesagt worden ist. Es scheint fast unglaublich, dass sich jetzt Folgendes abzeichnet, nämlich dass wir fürs Trentino die Möglichkeit des Zugangs für Nicht-EU-Bürger öffnen, wo der Pflegenotstand nicht so groß zu sein scheint wie in Südtirol und in Südtirol, wo wir alle Tage mit diesem Problem konfrontiert sind, diese Möglichkeit nicht schaffen. Das scheint mir fast unglaublich zu sein, deshalb würde ich noch einmal fragen, ob wir uns noch einmal kurz zusammensetzen könnten und das

Problem besprechen bzw. gibt es politisch eine Möglichkeit, hier einen Konsens zu finden. Wir sind gerne bereit, die auch vom Kollegen Urzì vorher gewünschten Klärungen anzuführen, dass das als Übergangsregelung gedacht ist, als Ausnahmeregelung, auf alle Fälle dafür gedacht ist, um Dienste aufrecht zu erhalten, was doch das Wesentliche sein sollte. Wenn wir von Altersheimen reden, sollten wir eigentlich die Ideologien vielleicht ein bisschen ablegen und fragen, was ist in dem Bereich das Wesentliche. Ich hoffe, dass das Wesentliche das ist,...

(interruzione)

KURY: Ich möchte noch etwas hinzufügen: Ich denke, wenn wir alle der Meinung sind, dass die Gewährleistung, die Aufrechterhaltung der Dienste das Wesentliche ist, alte Leute, die uns anvertraut worden sind, zu versorgen und zu betreuen, dann müsste es auch ein Anliegen sein, das Personal in die Lage zu versetzen, längerfristig tätig zu sein, weil hier ein Zusammenhang zwischen Sicherheit des Arbeitsplatzes und Motivation besteht und die Bereitschaft sich einzusetzen, sich weiterzubilden, auch die Sprache zu lernen. Ohne diese Sicherheit am Arbeitsplatz fehlt diese Motivation, weil man weiß, man ist nur auf Abruf da und wird sich umschaun, so schnell wie möglich eine Stelle zu bekommen, die eine bessere Sicherheit gewährleistet. Insofern möchte ich noch einmal hier eine Lanze für jene Änderungsanträge brechen, die wir dann im Anschluss auch präsentiert haben. Logischerweise macht es nicht Sinn, nur diese Tür für Arbeitskollegen aus Nicht-Eu-Ländern aufzumachen, wenn wir nicht parallel dann auch weitere Voraussetzungen schaffen, dass diese angestellt werden können. Das heißt, dass wir beim Nachweis der Sprache (Art. 28), aber auch bei der Abweichung vom Proporz eine Zusatzmöglichkeit schaffen, sonst ist es eine Farce. Und da haben Sie Recht, ich wollte nur darauf hinweisen, dass wir diese Reihenfolge vorgesehen haben: a) Öffnung des Zugangs bei Altersheimen aufgrund des Pflegenotstandes für Nicht-EU-Bürger, Zusatzmöglichkeit bei der Sprachprüfung, um die Leute zu motivieren, so schnell wie möglich die Sprache den Bedürfnissen der Betreuten entsprechend zu lernen und drittens Abweichmöglichkeit des Proporz, um Notstände zu überwinden. Das sind der Reihe nach unsere Vorschläge. Aber das ist die Voraussetzung dafür, um den Notstand zu überwinden. Noch einmal: Frau Martha Stocker, gibt es politischen Spielraum darüber zu reden, denn dann würden wir um Unterbrechung ansuchen, auf dass wir keine Patzerei machen, sondern einen möglichst ausgewogenen Änderungsantrag, der alle Fragen beantwortet, die hier aufgeworfen worden sind.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. Leitner, Sie haben das Wort.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Dieser Artikel 27 hat hier ganz unterschiedliche Diskussionen ausgelöst, angefangen wieder einmal von der Rolle der Region, wo selbst die größten Verfechter der Region zugeben, dass wir hier unterschiedliche Ausgangspositionen haben. Das gilt nicht nur für diesen Bereich, sondern auch für andere. Da fragt man sich schon, warum man so ein Gesetz im Regionalrat macht und nicht in den beiden autonomen Provinzen. Zum einen die ganze Diskussion um die Nicht-EU-Bürger, wo die

Vertreter der Grünen vorschlagen, dass selbst ärztliches, medizinisch-technisches Personal von Nicht-EU-Ländern angestellt werden soll. Die Regionalregierung geht soweit, dass sie bereit ist, nur für das Trentino nichtärztliches Personal aus den EU-Ländern bereitzustellen. Also das ist eine Konfusion sondergleichen und mir geht etwas einfach ein bisschen ab. Kollegin Kury, Du sprichst vom Pflegenotstand. Jetzt ist Landesrat Theiner nicht da, aber der hat vor nicht allzu langer Zeit im Südtiroler Landtag gesagt, wir haben keinen Pflegenotstand, wir haben nur einen Pflegebedarf. Ich würde ihn gerne fragen, wo der Unterschied besteht, so groß ist der nicht. Ich will damit nur zum Ausdruck bringen, dass man einerseits die Realität nicht wahrhaben will, denn wir haben einen Pflegenotstand, das ist überhaupt keine Frage. Die Alterspyramide der Bevölkerung kennen wir auch. In Südtirol haben wir 75.000 Menschen, die älter als 65 Jahre sind. Im Trentino wird es nicht viel anders sein. Wir haben 3.000 Pflegebetten in Strukturen, die ständig belegt sind, also ausgelastet sind. Wir zahlen sehr viel für die Pflege zu Hause, was richtig ist, aber wo wir große Defizite haben, das ist in der Behandlung des ausgebildeten Personals, das wir haben. Es hat immer wieder Vorschläge von Frühpensionierungen gegeben. Wir wissen, dass viele Pflegebedienstete psychosomatische Krankheiten haben, das Born-Out-Syndrom und dergleichen mehr. Es bräuchte Anreize für den Wiedereinstieg, Frühpensionierungen, längere Wartestände und dergleichen mehr. Noch etwas: Seit kurzem haben wir keine Zivildienner mehr, denn in diesem Bereich hatten wir auch Zivildienner und diese sind jetzt weggefallen. Da entsteht jetzt noch ein größeres Loch, das man jetzt wahrscheinlich nicht berechnet hat. Wenn wir nicht – das ist jetzt meine ganz persönliche Überzeugung – in diesem Bereich mehr tun, dann werden wir diese Löcher wahrscheinlich nicht stopfen können und der Ersatzzivildienst, der verpflichtenden Dienst, den wir eingeführt haben, der bietet nicht die Anreize, dass junge oder auch ältere Leute diesen Dienst versehen werden. Wir werden – und das sage ich in diesem Zusammenhang ein weiteres Mal, ich habe das im Südtiroler Landtag oft gesagt und wir haben auch entsprechende Anträge gestellt – nicht umhinkommen, ein verpflichtendes soziales Jahr einzuführen. Dann könnten wir auch diese Lücke leichter schließen. Ich gebe dem Kollegen Dello Sbarba Recht, dass uns die Praxis gezeigt hat, dass man ein Schlupfloch gefunden hat, Personal aus Nicht-EU-Ländern über Genossenschaften anzustellen. Das passiert ja bereits und das können wir auch nicht ignorieren. Deshalb müssen wir schon mit der Situation ehrlich sein und versuchen, eine Lösung zu finden, die zunächst alle Ressourcen aus unserem Bereich anspricht und verpflichtet, sofern es geht. Ich würde das gesetzlich so nicht festschreiben, wir werden deshalb auch gegen diese Anträge stimmen, aber sich der Realität zu verschließen und nur ideologische Grabenkriege zu führen, bringt uns inhaltlich nicht weiter.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Seppi, Sie haben das Wort.

SEPP: Grazie, Presidente. Ritengo che no ci sia poi questa grande necessità di vedersi e discutere per fare un emendamento comune, perché onestamente capisco la volontà, collega Kury, di andare a creare delle condizioni per andare a creare quella falla che vi siete fatti, è mastodontico l'autogol che vi siete combinati. Non avevo visto il tuo emendamento, avevo visto solo quello

dell'assessora Stocker, che visto dalla sua parte lo condivido, ma che tu avessi fatto un emendamento nel quale dici anche tu: *Per quanto riguarda il personale medico, tecnico-sanitario e infermieristico nella provincia di Trento...*, nella provincia di Trento! Il numero dell'emendamento è prot. n. 757/3...

PRÄSIDENT:...757/2, questo è l'emendamento che trattiamo per il momento!

SEPPI: ...questo è firmato Kury, Dello Sbarba, Heiss...

PRÄSIDENT:...ma viene dopo!

SEPPI: ...viene dopo o viene prima, ha parlato dell'art. 28 lei per dieci minuti!

PRÄSIDENT: Chiarisca su cosa vuole parlare, per favore!

SEPPI: Parlo in generale su questo discorso, voglio dire che ha fatto un autogol pazzesco, questo è roba da conferenza stampa, è gravissimo quello che avete fatto, cara collega Kury! È inutile che cercate poi di rimpallarvi l'autogol, lo avete fatto grande come una casa, in provincia di Trento gli extracomunitari sì, in provincia di Bolzano no! Su quale ovvia cosa, che se potesse resuscitare il povero Langer vi prende a picconate, per l'amor di Dio cara Kury! Questo è un karakiry, non una cara Kury!

Il problema è un altro, non avete nemmeno messo, cari colleghi della sinistra, che andiamo ad assumere gli extracomunitari a Trento nel caso in cui non ci fosse la disponibilità sul mercato del lavoro regionale o nazionale, non lo avete nemmeno messo, di conseguenza avremo i magrebini che fanno il concorso assieme ai trentini, ai bolzanini, ai milanesi per avere un posto di lavoro in queste IPAB, nemmeno questo tipo di salvaguardia avete messo e non avete nemmeno considerato che i vostri nonni, che forse sono meno laureati in scienze confuse di voi, perché hanno studiato di meno, ma sono molto più terra, terra, forse a vedere il *babao* che va a mettergli una siringa prendono paura e muoiono prima. È questo che volete?

Francamente ritengo che al di là della lingua e del paese di provenienza, ci siano dei problemi di avvicinamento a determinate situazioni, ci siano problemi di abitudini di vita, ci siano problemi di conoscenza di quelli che sono gli usi ed i costumi che non possono essere posti in secondo piano. Ma che si possa distinguere, cara Kury, la possibilità di dare lavoro agli extracomunitari su una parte del territorio e sull'altra no all'interno di un Consiglio regionale è un'aberrazione ideologica della quale dovete rendere conto e non avete via di scampo.

Volevo dire all'assessora che non serve fare alcun tipo di *convention*, perché tanto abbiamo capito come funziona, mettiamo ai voti.

PRÄSIDENT: Sie haben abgeschlossen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Es wird abgestimmt.

...Bitte, Frau Stocker, Sie haben das Wort.

STOCKER: Ich denke auf einige der gestellten Fragen muss ich eingehen und es ist auch wichtig, dass ich darauf eingehe. Ich möchte vorausschicken, dass

ich durchaus einige der hier vorgebrachten Wortmeldungen nachvollziehen kann, dass ich durchaus die Überlegungen bzw. auch den Inhalt zu einem Teil teilen kann, vor allem das, was von der Kollegin Kury und vom Kollegen Dello Sbarba vorgebracht worden ist. Ich bin aber sicher nicht imstande, die verschiedenen Wortmeldungen, Anregungen und Überlegungen, die in diesen Abänderungsanträgen vorgebracht worden sind, zu einem einheitlichen Abänderungsantrag zusammenzubringen. Ich möchte auch wiederholen, was ich bereits an anderer Stelle gesagt habe. Ich denke die Problematik, die vorgebracht worden ist, ist vertiefter zu behandeln, zu diskutieren. Es ist allerdings hier im Regionalrat nicht der Ort und vor allem ist auch nicht die Zeit, dieses sehr komplexe, schwierige Thema der Bediensteten in den verschiedenen Formen in Alters- und Pflegeheimen, ob sie nun EU-Ausländer oder EU-Inländer sind, ob es italienische Staatsbürger oder Südtirolerinnen oder Südtiroler sind, mit einem Abänderungsantrag zu diesem Gesetz definitiv abzuschließen. Es ist sicherlich so, dass wir bei Ausnahmeregelungen, die wir für die Provinz Bozen, das Land Südtirol vorsehen - und das muss uns allen klar sein -, auch an den Grundprinzipien der Autonomie rütteln. Insofern ist es kein Thema, das wir so leicht hier irgendwo nebenbei abhandeln können und sollen. Aber ich denke, es ist uns allen bewusst, dass die Problematik, die aufgezeigt worden ist, mit der Versorgung unserer älteren Menschen auch im Zusammenhang mit Ausländern, dass das ein Thema ist, das wir zu behandeln haben.

Aus diesem Grund und weil es hier auch um Grundprinzipien der Autonomie geht, gibt es diesen Unterschied zwischen Trient und Bozen und gibt es diesen Unterschied auch in meinem Abänderungsantrag, wo wir vorgesehen haben, dass für das nichtärztliche Personal in der Provinz Trient die Voraussetzung geschaffen werden soll, dass dieses Personal auch Aufnahme findet. Für die Provinz Bozen ist einfach im Zusammenhang mit dem, dass es um wesentliche autonomiepolitische Bestimmungen und Ausnahmeregelungen geht, an anderer Stelle fundiert mit allen hier auch vorgebrachten Überlegungen zu diskutieren und vielleicht dann eben auch – und das immer in Übereinstimmung mit den Autonomieprinzipien – eine Lösung zu finden, von der wir auch sagen können, dass sie mit den Prinzipien übereinstimmt, aber auch für die Menschen in den Altersheimen das Beste ist.

PRÄSIDENT: Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer spricht sich für den Antrag der Abg. Kury und anderer Abgeordneter aus. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Bei 4 Jastimmen, 1 Enthaltung und dem Rest Neinstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag, Prot. Nr. 757/3, eingebracht von den Abg. Kury, Dello Sbarba, Heiss und Bombarda.... Dieser ist zurückgezogen.

Der nächste Antrag, Prot. Nr. 762/15, eingebracht von der Regionalassessorin Stocker, lautet folgendermaßen: All'art. 27 comma 1 lettera c) è aggiunto il seguente periodo: „In deroga a tale requisito, per quanto riguarda il personale sanitario non medico nella provincia di Trento, è consentito l'accesso all'impiego con contratto a tempo determinato anche a soggetti provenienti da Paesi extracomunitari.“.

Im Art. 27 Absatz 1 Buchstabe c) wird der nachstehende Satz hinzugefügt: „In Abweichung von der oben genannten Voraussetzung ist der

Zugang zum Dienst mit befristetem Arbeitsverhältnis, was das nichtärztliche Sanitätspersonal in der Provinz Trient betrifft, auch Personen aus Nicht-EU-Ländern gestattet.“

Zur Erläuterung, Frau Assessorin Stocker.

STOCKER: Ich darf nur ganz kurz darauf eingehen, weil es vorhin einige Male angesprochen worden ist. In der Kommission ist dieser Passus zur Gänze herausgekommen. Er umfasste damals auch noch die Ärzte, weil eine Reihe von Kommissionsmitgliedern richtigerweise der Meinung waren, dass das ärztliche Personal sicherlich auch von Seiten der Trentiner bzw. der Staatsbürger dieses Staates gestellt werden kann und deshalb haben damals mehrere für den Abänderungsantrag des Kollegen de Eccher gestimmt. Wir haben jetzt wieder einen Abänderungsantrag eingebracht, wo wir das Ganze auf das nichtärztliche Personal beschränken und ich denke, dort ist es nachvollziehbar, dass wir hier diese Ausnahmeregelung machen.

PRÄSIDENT: Der Abg. de Eccher hat sich zu Wort gemeldet.

de ECCHER: Volevo ricordare ai colleghi che questo emendamento va contro quello che la Commissione a suo tempo aveva deliberato e voglio ricordare i nomi di quelli che a suo tempo si erano espressi, mi pare si fosse astenuta la cons. Thaler ed avesse votato contro il cons. Lamprecht, quindi si erano espressi a favore i cons. Lenzi, Mair, Barbacovi, Carli, de Eccher, Denicolò, Muraro e Viola.

Questo perché ciascuno sia messo di fronte alle proprie responsabilità e soprattutto alla propria coerenza.

Mi pare che il compromesso che è stato raggiunto con questa proposta riguardi soprattutto i medici, che sono stati tutelati probabilmente perché sul fronte della sinistra abbiamo l'ex presidente dell'ordine dei medici, che in qualche maniera ha ritenuto di tutelare la categoria che ha rappresentato nel tempo, per gli altri simili garanzie non sono state ottenute.

Chiedo anche, per conto di altri colleghi della minoranza, il voto segreto su questo emendamento.

PRÄSIDENT: Dann braucht es fünf Hände. Wer wünscht die geheime Abstimmung? Genehmigt. Weitere Wortmeldungen?

Kollege Divina, bitte.

DIVINA: Oltre a condividere il fatto che ci sia una piena libertà su questa votazione, e l'unica libertà che si può consentire al singolo è dargli almeno l'immunità, nel senso di non doverne rispondere al proprio capogruppo o capo frazione o capo bastone, riporto un po' il problema sulla questione ordinamentale, Presidente.

Vi devo riportare all'art. 2, qua stiamo parlando di enti con personalità giuridica di diritto pubblico, le IPAB saranno, alla fine della nostra legge, aziende pubbliche di servizi alla persona, enti senza fini di lucro, aventi personalità giuridica di diritto pubblico. Questi enti hanno dei precisi obblighi nei confronti della comunità, uno dei quali, per esempio, è il reclutamento del personale; il reclutamento del personale in enti pubblici o comunque parificati in

quanto aziende pubbliche con personalità giuridica di diritto pubblico, deve avvenire salvaguardando i principi della imparzialità che spettano alle pubbliche amministrazioni. Principio di imparzialità vuol dire non possibilità di chiamata diretta, non possibilità di selezione ad personam, ma selezione secondo i canoni pubblicistici, cioè le procedure concorsuali.

Qua si viene a sovvertire quello che è un principio della pubblica amministrazione, si dice, senza dirlo, in deroga a questi principi si potranno assumere con contratto a tempo determinato soggetti provenienti da paesi extracomunitari. Allora qua potremmo leggere e rileggere plichi di normative che impongono determinati rispetti nei confronti dei cittadini oggi appartenenti non più a 12 o a 15, ma a 25 realtà europee, dove con dei protocolli internazionali ci si sono scambiati dei reciproci riconoscimenti e vantaggi, ma questi non possono essere vantati da soggetti fuori delle comunità territoriali che hanno siglato questi accordi.

Di più, in termini di lavoro abbiamo le discipline nazionali che si concretizzano nella devoluzione ai contratti collettivi nazionali a disciplinare le modalità con cui possono essere assunti, licenziati, eccetera, sostanzialmente i diritti dei lavoratori.

Qua con un articolo discriminatorio, perché non si capisce e ci dovrebbe spiegare l'assessora Stocker, si dice che queste deroghe, trovate sul corso di questo percorso irto per confezionare poi la legge che è arrivata in aula, si è stabilito che le deroghe devono valere soltanto per la provincia di Trento, chissà perché Bolzano si chiama fuori, o meglio Bolzano rimane nei canoni della legalità, segue i contratti nazionali di lavoro, segue i trattati internazionali che pongono diritti o meno a cittadini provenienti dalla comunità, rispetta il diritto sostanziale, rispetta i principi che determinano l'obbligo dell'operatività delle pubbliche amministrazioni, per la provincia di Trento tutte queste necessità non esistono più.

Due sono pertanto le questioni che si possono obiettare a questo articolo, disparità di trattamento tra Trento e Bolzano, dopo di che andare oltre le righe, andare oltre la competenza che ci è consentita nello stabilire chi si può e chi non si può eventualmente chiamare. Una deroga in questi termini, secondo me, potrebbe essere fatta soltanto dal Ministro del lavoro che dice: di fronte ad una situazione di urgenza mettiamo via una serie di normative, viga un periodo e viga una norma straordinaria. Ma io non credo che questo lo possa fare la Regione autonoma Trentino-Alto Adige.

Votiamo nel segreto dell'urna con la piena libertà e coscienza di ognuno.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann wird über den Antrag des Regionalausschusses, Prot. Nr. 762/15, geheim abgestimmt. Ich ersuche um die Verteilung der Stimmzettel.

Ich bitte um den Namensaufruf.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende: 48
Jastimmen: 31
Neinstimmen: 14
Weiße Stimmzettel: 3

Damit ist der Änderungsantrag genehmigt.
Ich schließe die Sitzung für heute. Die Arbeiten werden auf morgen,
10.00 Uhr, vertagt.

(ore 18.06)

INDICE	INHALTSANGABE
---------------	----------------------

<p>DISEGNO DI LEGGE N. 11: Nuovo ordinamento delle Istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza – Aziende pubbliche di servizi alla persona - <i>(presentato dalla Giunta regionale)</i></p> <p style="text-align: right;">pag. 1</p>	<p>GESETZENTWURF NR. 11: Neuordnung der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen – öffentliche Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste - <i>(eingebracht vom Regionalausschuss)</i></p> <p style="text-align: right;">Seite 1</p>
---	---

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

de ECCHER Cristiano (ALLEANZA NAZIONALE)	pag.	6-51-61-66-73
STOCKER Martha (SVP - SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	6-8-13-16-17-21-34-38- 44-48-53-54-71-73
CATALANO Agostino (RIFONDAZIONE/TRENTINO AUTONOMISTA)	"	8-9-16-17-20-22-23-48- 50-54-55-59-68
URZÍ Alessandro (ALLEANZA NAZIONALE)	"	10-42-57-65
MOSCONI Flavio (FORZA ITALIA)	"	11-24-32-48-62-67
MORANDINI Pino (U.D.C. - UNIONE DEI DEMOCRATICI CRISTIANI E DEI DEMOCRATICI DI CENTRO)	"	14-28
PAROLARI Giuseppe (SINISTRA DEMOCRATICA E RIFORMISTA DEL TRENTINO PER L'ULIVO)	"	20-23
KURY Cristina Anna Berta (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	22-53-59-68
CARLI Marcello (U.D.C. - UNIONE DEI DEMOCRATICI CRISTIANI E DEI DEMOCRATICI DI CENTRO)	"	25
BEZZI Giacomo (AUTONOMISTI - CASA DEI TRENTINI)	"	26
SEPPI Donato (MISTO)	"	26-31-37-54-60-70
VIOLA Walter (FORZA ITALIA PER L'ALTO ADIGE)	"	27
GIOVANAZZI Nerio (FORZA ITALIA PER L'ALTO ADIGE)	"	29
DIVINA Sergio (LEGA NORD - TRENTINO - PADANIA)	"	30-55-73
KLOTZ Eva (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	58-64

DELLO SBARBA Riccardo
(VERDI - GRÜNE - VERC)

" 64

LEITNER Pius
(DIE FREIHEITLICHEN)

" 69